

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3,30 M. monatlich 1,10 M.
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonnen-
zeile über deren Raum 50 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Inserate.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 16. Januar 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Noch immer heftige Kämpfe in Ostgalizien.

Wohin die Reise geht.

Der gestrige Artikel des Genossen Hilferding, in dem dar-
gelegt wurde, daß es sich bei den gegenwärtigen Auseinander-
setzungen innerhalb der Partei um die grundsätzliche Stellung-
nahme der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu den Fragen nicht
nur der Kriege, sondern auch der gesamten künftigen Friedens-
politik handelt, erhält seine volle Bestätigung durch zwei
Artikel, auf die wir näher eingehen wollen; nämlich durch
einen Artikel in Nr. 8 des „Correspondenzblattes“
der Generalkommission der Gewerkschaften
Deutschlands“ (der auch an anderer Stelle unseres
Blattes in anderem Zusammenhange erwähnt wird) und durch
Darlegungen, die Genosse Kolb im Karlsruher „Volksfreund“
zu machen für notwendig hält.

Wer noch daran zweifeln konnte, daß es bei diesen Aus-
einandersetzungen um die Taktik der Partei wirklich um's
Ganze geht, nämlich um die Prinzipien der Arbeiterbewegung,
deren Taktik natürlich nur ein Ausfluß der Grundföhe der
Partei sein kann, dem sollten durch Auslassungen der Art, wie
wir sie in dem „Correspondenzblatt der Generalkommission“
und in dem Karlsruher Parteiblatt finden, die Augen geöfnet
werden.

Beschäftigen wir uns zunächst mit den Ausführungen in
dem offiziellen Blatte der „Generalkommission der Gewerks-
chaften Deutschlands“. Da wird auseinandergesetzt, daß die
Gewerkschaften der Entwicklung der Dinge in der Partei mit
der größten Besorgnis entgegensehen. Gewerkschaften und
Partei seien seit Menschengedenken auf einander ange-
wiefen und ihre Mitgliederkreise vielfach die gleichen.
Es habe nicht erst der Mannheimer Resolution
bedarf, um beide Teile zu veranlassen, sich in großen
gemeinsamen Fragen der Arbeiterbewegung zu verständigen.
Seit dem Mannheimer Beschluß sei aber die Entscheidung
über solche Fragen in die Hand der beiderseitigen
zentralen Körperschaften gelegt und deren
Verständigung zur Voraussetzung der Aktion
gemacht. Da nun in der gegenwärtigen Stellung-
nahme zum Kriege beide Teile der Arbeiterbewegung ein
Lebensinteresse hätten, sei es das Recht der Vertretung der
Gewerkschaften, ihren Standpunkt mit aller Entschiedenheit zur
Weltung zu bringen. Deshalb müsse erklärt werden, daß die
Politik des 4. August 1914 den vitalsten Ge-
werkschaftsinteressen entspreche. Die Gewerks-
chaften müßten an dieser Politik unter
allen Umständen festhalten und könnten nicht
eindringlich genug vor den Bestrebungen warnen, diese Politik
der jetzigen Fraktion zu durchkreuzen.

Es ist nicht zum ersten Mal, daß die Generalkommission
der Gewerkschaften bzw. die Gewerkschaftsleitungen während
des Krieges in der schärfsten Form Stellung zu den Fragen
der sozialdemokratischen Partei nehmen. Wir haben diese
Form der Stellungnahme bereits früher als ungerechtfertigt
und unzulässig zurückgewiesen, und wir müssen
heute mit besonderem Nachdruck unseren da-
maligen Einspruch gegen eine derartige
Geltendmachung und Begründung der
Wünsche der Gewerkschaftsleitungen zum
Ausdruck bringen.

Die sozialdemokratische Partei war bisher eine Organi-
sation, die sich selbst ihre Gesetze gab und ihre programmatischen
Richtlinien schuf, ohne sich von dritter Seite hineinreden
zu lassen. Sie hat bis zum letzten Tage vorm Kriegs-
ausbruch auch jeden Einspruch der Gewerkschaftsleitungen
zurückgewiesen, sofern sich diese als die Vertretung eines
andere gearteten Körpers präsentierten hätten, als
es die sozialdemokratische Partei ist. Daß die Gewerkschaften
das Recht haben, und nicht nur das Recht, sondern auch die
Pflicht, sich und ihre spezifischen Interessen innerhalb der
Partei zur Geltung zu bringen, ist ihnen auf den verschiede-
nen Parteitagen ohne jeden Widerspruch, ja gerade unter
ausdrücklicher Bestätigung der Linken der
Partei zugestanden worden. Das allerdings ist stets von
allen Seiten der Partei — und in all den vergangenen Jahren
wiederholt auch in dem damals unangefochtenen Zentral-
organ der Partei, dem „Vorwärts“, ohne jede Desavouierung
offizieller Parteinstangen — erklärt worden, daß die
Gewerkschaften natürlich nur insofern auf die Grundföhe
und die praktische Gestaltung der Parteipolitik einen Einfluß
ausüben berechtigt seien, als sie wirkliche Bestand-
teile der sozialdemokratischen Partei darstellen.
Nicht die Gewerkschaften als solche haben über die
sozialdemokratische Politik mitzusprechen, sondern
nur die Gewerkschaftler in ihrer Eigenschaft als Mit-
glieder der sozialdemokratischen Partei.
Zweifellos gibt es in den Reihen der Gewerkschaften, die der

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
15. Januar 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf der Front keine besonderen Ereignisse.
Ein nordöstlich von Albert durch Leutnant Völle ab-
geschossenes feindliches Flugzeug fiel in der englischen
Linie nieder und wurde von unserer Artillerie in Brand
geschossen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei der
Heeresgruppe des Generals v. Linington
scheiterte in der Gegend von Czernysz (südlich des Styr-
Bogens) ein russischer Angriff vor der Front östereich-
ungarischer Truppen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.
Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalkriegsbericht.

Wien, 15. Januar. (W. Z. B.) Amtlich wird ver-
lautbart: Wien, 15. Januar 1916.

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Neujahrsschlacht in Ostgalizien und an der bessarabi-
schen Grenze dauert fort. Wieder war der Raum von Toporoh
und östlich von Karanze der Schauplatz eines erbitterten Ringens,
das alle früheren auf diesem Schlachtfelde sich abspielenden
Kämpfe an Heftigkeit übertraf. Viermal, an einzelnen Stellen
schonmal, führte der zähe Gegner gestern seine 12-14 Glieder
tiefen Angriffskolonnen gegen die heftigstretenden Stellungen
vor. Immer wieder wurde er — nicht selten im Nahkampf mit
dem Bajonett — zurückgeworfen. Für die Verluste des Feindes
gibt die Taktik, daß im Gefechtsraum einer östereichisch-
ungarischen Brigade über tausend russische Leichen gezählt
wurden, einen Maßstab. Zwei russische Offiziere und zwei-
hundertvierzig Mann wurden gefangen genommen. Die braven
Verteidiger haben alle ihre Stellungen behauptet, die Russen
niemals auch nur einen Fuß breit Raum gewonnen. An der
Stupa und in Wolhynien keine besonderen Ereignisse. Am
Kornyn wies Wiener Landwehr einen überlegenen russischen Vor-
stoß ab.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Das feindliche Artilleriefeuer gegen die Räume von Mal-
borgeth und Raibit setzte auch gestern wieder ein und war vor-
nehmlich gegen Ortschaften gerichtet. Am Gdrer Brückentopf
entriß unsere Truppen den Italienern eine seit der letzten
Schlacht fast ausgebaute und besetzte Stellung bei Dslavija.
Ein feindlicher Flieger überflog Raibach und warf Bomben ab;
es wurde niemand verletzt und kein Schaden verursacht.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Den geschlagenen Feind verfolgend, haben gestern unsere
Streitkräfte mit ihrem Südfügel Spizza besetzt. In Cetinje
wurden 154 Geschütze verschiedenen Kalibers, 10 000 Gewehre,
zehn Maschinengewehre und viel Munition und Kriegsmaterial
erbeutet. Die Zahl der bei den Kämpfen um das Lovcengebiet
erbeuteten Geschütze erhöhte sich auf 45. Die Zahl der gestern
eingebrachten Gefangenen beträgt dreihundert. Südlich von
Berane, wo der Gegner noch zähen Widerstand leistet, erkümrten
unsere Bataillone die Schanzen auf der Höhe Gradina.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalkriegs-
v. Dosez, Feldmarschallleutnant.

Generalkommission angeschlossen sind, auch Personen, die der
Partei nicht angehören, ja ihre Grundföhe und
Taktik sogar mißbilligen. Wie könnten diese Mit-
glieder der Gewerkschaften irgendwelchen Anspruch erheben,
einen Einfluß auf die Gestaltung der prinzipiellen und der
taktischen Richtlinien der Partei auszuüben!

Wie die verschiedensten Parteitage beweisen, hat man
stets die Mitarbeit der in den gewerkschaftlichen Organisatio-
nen vertretenen Arbeiter und ihrer Organisationsleiter be-
grüßt und keineswegs gering geschätzt. Stets hat man be-
tont, auf beiden Seiten betont, daß Gewerkschaften und
Partei eine innere Einheit darzustellen hätten; aber diese
innere Einheit ist natürlich nur möglich auf der Grund-
lage der Grundföhe der Partei und der Zu-
gehörigkeit zur sozialdemokratischen Or-
ganisation. Wenn von den Gewerkschaften, sei es von
dem Teil, der der Partei formell nicht angehört, oder sei es
auch von Gewerkschaftlern, die sich nominell zur Partei be-

fennen, auf Grund angeblicher gewerkschaftlicher
Interessen und Forderungen Grundföhe aufgestellt oder eine
Taktik vorgeschlagen werden sollte, die mit den Grund-
föhen und den Richtlinien der Partei in
Widerspruch stehen, so wäre es doch nach der ganzen
Geschichte, der ganzen Tradition und der ganzen
Existenzmöglichkeit der sozialdemo-
kratischen Partei selbstverständlich, daß diesen Be-
einflussungsversuchen unmöglich Rechnung ge-
tragen werden könnte.

Es ist deshalb eine mit aller Entschiedenheit zurückzu-
weisende Forderung zwar nicht der Gewerkschaften,
aber der Mitglieder der Generalkommission
und vielleicht auch weiterer Gewerkschaftsführer freige, daß
die sozialdemokratische Partei sich nicht auf sozialdemokratische
Grundföhe und die ganze sozialdemokratische Praxis der ver-
gangenen Jahrzehnte zu stützen habe, sondern ausgerechnet
auf den im Wirbelsturm sich überstürzender Ereignisse ge-
faßten Zufallsbeschluß vom 4. August, einen Beschluß,
der in einer ganz besonderen Lage und ohne Be-
fragung der großen Masse der Partei-
genossen gefaßt wurde.

Die sozialdemokratische Partei muß die Forderung, daß
die Gewerkschaften an der Politik des 4. August von 1914
unter allen Umständen festhalten müssen, deshalb
als einen Eingriff in das legitime Selbst-
bestimmungsrecht der sozialdemokratischen
Partei mit aller Entschiedenheit ablehnen.

Ueber die Politik der sozialdemokratischen Partei bestim-
men die Parteigrundföhe und die Massen der sozialdemo-
kratischen Partei, deren Vertreter sich nach ausgiebiger Aus-
sprache auf den Parteitagen zusammenzufinden haben.
Die Wünsche der Gewerkschaftsmitglieder haben alles Gehör
zu beanspruchen, soweit sie im Namen von Partei-
genossen innerhalb sozialdemokratischer
Organisationen vertreten sind. Ein Veto der Ge-
werkschaften als solcher gibt es nicht! Erst recht
nicht aber eine Beeinflussung der Parteitag- und Partei-
beschlüsse durch einen Kreis von Gewerkschaftsführern,
von denen überdies in keiner Weise feststeht, mit welchem
Rechte sie sich in diesem Falle als Wortführer der den Gewerks-
chaftsorganisationen angehörigen Massen auszuweisen
vermöchten. Denn politische Diskussionen und Aus-
sprachen der notwendigen Art finden ja innerhalb der
Gewerkschaften nicht statt. Beachtliche Beschlüsse
größerer Massen von Parteigenossen können also nur
innerhalb der zuständigen Parteiorgani-
sationen gefaßt werden.

Sehr zu Unrecht beruft sich auch die Generalkommission
auf den Beschluß des Mannheimer Parteitags.
Denn dieser Beschluß räumte keineswegs der Generalkom-
mission das Recht ein, neben dem Parteivorstand als gleich-
berechtigte Institution der Partei ihres Amtes zu walten,
sondern er besagte nur, daß bei gemeinschaftlichen Aktionen
(es handelte sich dabei speziell um den politischen Massenstreik),
die ein einheitliches Vorgehen erheischten, die Zentralleitungen
der beiden Organisationen sich zu verständigen hätten. Dann
aber hieß es:

„Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und
Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein
unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des
... bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die
gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste
der Sozialdemokratie erfüllt werde. Es ist
daher Pflicht eines jeden Sozialdemokraten, in diesem Sinne zu
wirken.“

Zur Voraussetzung der Zusammenarbeit wird also
die Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung in einem ganz genau
umschriebenen Sinne gemacht. Und daß darunter nicht etwa
der heute grassierende Geist des Umlernens und des Sich-
anpassens an die bürgerliche Gesellschaft verstanden wird, be-
weisen zur Genüge die Verhandlungen des Mannheimer
Parteitags!

Die Vorgänge in Saloniki.

Paris, 15. Januar. (W. Z. B.) Dem „Petit Parisien“
wird aus Saloniki gemeldet: Die Säuberung Salonikis
wird fortgesetzt. Weitere Personen, darunter zwei Frauen, wurden
unter der Beschuldigung, daß sie Spionage betrieben, Waffen ver-
steckt und dem Feinde Nachrichten über Truppenbewegungen gegeben
hätten, auf die Schiffe gebracht. Zahlreiche sehr interessante Pa-
piere wurden beschlagnahmt.

Barzilai über den Zusammenbruch
Montenegros.

Bologna, 15. Januar. (W. Z. B.) Meldung der „Gazetta
Siefani“. In einer Rede vor der Vereinigung pro Patria hob der

Minister ohne Portefeuille, Marzilai, die Schwere und die Notwendigkeit eines großen Erfolges der nationalen Anleihe hervor. Er sprach sodann von den Ereignissen am Balkan und sagte:

Der Zusammenbruch Serbiens und derjenige Montenegro, der unglücklicherweise beinahe unvermeidlich ist, vermehren nach demjenigen Belgiens seitdem die harten Aufgaben des Viererverbandes, wenn der Sieg unfehlbar die Erfüllung aller Aufgaben sowohl der geistigen wie der sittlichen bedeuten soll, die zusammen mit der Verteidigung der politischen und wirtschaftlichen Interessen in erster Linie den Krieg rechtfertigen.

Der itaerische Epilog heute ist schon lange unabwendbar beschlossen worden, als angesichts der klar ausgesprochenen deutsch-österreichischen Umtriebe im Orient den Alliierten ein gemeinsamer und vordringender Balkanplan fehlte, wie dies der Minister eines alliierten Staates offen zugegeben hat. Ein anderer Minister hat schon voller Loyalität anerkannt, daß keineswegs Italien am meisten für den Mangel an Voraussicht der sich vorbereitenden Ereignisse verantwortlich ist. Es war also eine große Illusion, zu glauben, daß man nach der Niederlage Serbiens durch Itälie und nicht im Verhältnis stehende Hilfeleistungen das Schicksal Montenegro würde abwenden können und eine sehr große Illusion, daß man den Loben entgegen könnte, ohne das gesamte benachbarte Königreich zu retten. Die Hilfe in letzter Stunde fehlte ihm nicht, aber man konnte ihr nicht vor seinem Gewissen eine entscheidende Wirksamkeit zusprechen. Wenn die vorübergehende Vergewaltigung dieses heroischen Landes ohne Zweifel auch einen schmerzlichen Schicksalsschlag in der gemeinsamen Bilanz darstellt, so kann doch die Ueberzeugung der Bedeutung des Lobensberges, die fremden Strömungen oder unserer irrtümlichen Eindrücke zugeschrieben ist, nicht vor der Prüfung durch die Wirklichkeit bestehen. . . .

Wenn die Mittel zur völligen Rettung von Montenegro — die 200 000 bis 300 000 Mann erfordert hätte und eine vielfach so große Anstrengung, um mit ihnen in Verbindung zu bleiben — so wäre der Versuch, ob bewaffnet oder unbewaffnet, doch mit dem übrigen Gelände in die Hände des Feindes gefallen. Der unausbleibliche Sieg der Waffen der Alliierten wird die Ergebnisse dieses kläglichen Handstreichs ebenso zu nichte machen wie die anderen bemerkenswerten, die der Feind aus der Notwendigkeit heraus, den Frieden zu beschleunigen, ausgeführt hat. Damit aber die unbefriedigbare Ueberlegenheit der Mächte des Viererverbandes an Menschen, wirtschaftlichen und finanziellen Hilfsmitteln und Schiffen nicht wirkungslos und vergeblich wird, ist ein enges, dauerndes, unzerstörbares einheitliches Vorgehen erforderlich. Die jetzigen Ereignisse sind die unvermeidliche Folge von Fehlern einer Zeit, die der Vergangenheit angehört. Aber glücklicherweise weisen diese Anzeichen darauf hin, daß die Auffassung von einer einzigen Front, von einem einzigen Krieg und einem gemeinsamen Schicksal unter der Wirkung der schmerzlichen Erfahrung große Fortschritte gemacht hat. . .

Der französische Tagesbericht.

Paris, 15. Januar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Freitag nachmittag. Schwache Artillerietätigkeit während der Nacht. Südlich von der Somme im Abschnitt von Eihons griff eine unserer Patrouillen eine deutsche Patrouille an, die entflohen und zwei Tote und einen Verwundeten liegen ließ. In der Champagne nahmen wir deutsche Truppen in den Verbindungsgängen und Schützengräben am Hügel von Mednil unter Feuer und geschossen zu.

Paris, 15. Januar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Freitag abend. In Belgien hat das auf die feindlichen Werke nördlich von Steenstraete gerichtete Feuer unserer Artillerie zwei starke Explosionen hervorgerufen. Nördlich der Aisne haben wir einen Provianttransport in dem Abschnitt Chivy nordöstlich Bailly unter Feuer genommen. Südlich von Verch au Vac liegen wir bei dem Hügel 108 eine Mine springen, die die Munition des Gegners vernichtete. Zwischen den Argonnen und der Maas haben unsere großkalibrigen Geschütze ein feindliches Blockhaus in der Gegend von Farges zerstört.

Belgischer Bericht: Artilleriekampf, besonders im Zentrum des belgischen Abschnittes. Der Bombenkampf wurde in der Gegend von Steenstraete wieder aufgenommen.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 15. Januar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 14. Januar.

Westfront: Keine Veränderung. Kaukasusfront: Im Laufe der Kämpfe an dieser Front haben wir mehr als 300 Mann, 4 Geschütze und eine Menge Munitionskisten erbeutet. Eine türkische Abteilung, die in die Gegend nordwestlich von Arsbijah vorgestoßen war, wurde nach Osten zurückgetrieben.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 15. Januar. (W. Z. V.) Amtlicher Kriegsbericht vom Freitag. Im Abschnitt zwischen der Sarca und der Etsch besetzten wir zum Schutze von Loppio am Eingang des Crestatales gelegene Stellungen und besetzten sie. Im Terragnolotale fuhr die feindliche Artillerie am 12. fort, Brandbomben zu schleudern, ohne uns Schaden zuzufügen. In dem bergigen Abschnitt nördlich vom Sugonatal führte die Tätigkeit unserer Abteilungen zu einigen für uns günstigen Zusammenstößen mit feindlichen Gruppen. Im Hochcordebole wurde die Anwesenheit des Gegners in Vord festgestellt. Unsere Artillerie beschloß das Dorf, setzte es in Brand und trieb die Truppen, die es besetzt hielten, in die Flucht. Die militärischen Werke auf dem Predilpaß wurden gleichfalls mit gutem Erfolge von uns unter Feuer genommen. Auf dem Karst zeigte die feindliche Artillerie, die von der unferigen systematisch bekämpft wird, gestern weniger Tätigkeit. Die Befestigungsarbeiten wurden fortgesetzt. General Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 15. Januar. (W. Z. V.) Das Hauptquartier meldet von der Kaukasusfront: In der Nacht zum 10. Januar begann der Feind zunächst mit geringen Kräften Angriffe und Ueberfälle gegen die linke Flanke unseres Zentrums. Diese Versuche wurden abgelehnt. Der Feind ging vom 11. und 12. Januar ab mit neuen Verstärkungen zu einer allgemeinen Offensive auf einer Front von 150 Kilometern zwischen dem Karadaghberg südlich vom Arasfluß und Jahan südlich von Nisio vor. Die Kämpfe, die sich dort seit nahezu fünf Tagen in heftigster Weise entwickelten, nehmen einen für uns günstigen Verlauf dank der unvergleichlichen Tapferkeit unserer Soldaten, die in fast allen Abschnitten zum Gegenangriff übergehen. Nach dem zuletzt eingetroffenen Berichte läßt sich der Verlauf der in jedem Abschnitt gelieferten Kämpfe wie folgt zusammenfassen:

Erstens: Die am 9., 10. und 11. Januar wiederholt von den Russen mit geringen Kräften in dem Abschnitt der Gegenden von Jahan bis zum Lauf des Id unternommenen Angriffe wurden von unseren Truppen mit dem Bajonett abgewiesen. Sie töteten Hunderte von Feinden.

Zweitens: In der Nacht zum 12. Januar griff der Feind mit starken Kräften die vorgeschobenen Stellungen in dem Abschnitt zwischen dem Arasfluß und dem südlich davon ge-

legenen Berg Karadagh an. Unsere Truppen, die sich hier vielfach überlegenen Kräften gegenüber befanden, begegneten den feindlichen Stürmen nicht nur mit Festigkeit, sondern gingen an einzelnen Punkten zum Gegenangriff über und fügten dem Feinde schwere Verluste zu. Am 13. Januar vormittags wurde ein vom Feinde unternommener heftiger Angriff nach einem erbitterten Kampf zwischen der beiderseitigen Infanterie und der beiderseitigen Artillerie von uns mit kräftigem Feuer empfangen. Er scheiterte vollkommen. Am Nachmittag griff der Feind von neuem alle unsere in diesem Abschnitt gelegenen vorgeschobenen Stellungen an. Die Russen, die in einige unserer Schützengräben hatten eindringen können, wurden mit dem Bajonett abgewiesen.

Drittens: In der Nacht des 11. Januar griff der Feind unsere Stellungen in dem Abschnitt zwischen dem Nordlauf des Aras bis zum Karmanpaß an. Ein Teil der vorgeschobenen Stellungen befindet sich auf dem östlich von Azab gelegenen Gängen, die der Feind besetzt hatte. Er wurde im Anschluß an unsere Gegenangriffe wiedererobert. Wir fügten dem Feinde bei dieser Gelegenheit ziemlich schwere Verluste zu und erbeuteten eine große Menge von Waffen und zwei Maschinengewehre. Eine unserer Abteilungen, die von überlegenen feindlichen Streitkräften nördlich Kizlar Kale umzingelt wurde, schlug sich tapfer durch die feindliche Linie durch und zog sich in ihre alten Stellungen zurück, indem sie den Russen gleichzeitig ziemlich schwere Verluste zufügte. Am 13. Januar nachmittags mußte der Feind nach einem von uns gegen ihn gerichteten Angriff östlich Azab einen Teil seiner Stellungen aufgeben. Ein anderer Angriff, den wir nordöstlich von dieser Gegend und östlich von Kizlar Kale ausführten, konnte infolge eines Schneesturms nicht weiter geführt werden.

Viertens: In der Nacht des 12. Januar beiderseitiges Gewehrfeuer und Bombenwerfen in dem Abschnitt zwischen Karmanpaß und Jahan. Ein Ueberfall des Feindes am 2. Januar vormittags bei Arab Gadoq wurde abgelehnt. Die Russen verloren über hundert Tote. Am 13. Januar führten zwei russische Angriffe bei Karadagh südlich Kizlar zu einer vollkommenen Niederlage des Feindes. Im Verlauf des letzten Kampfes warfen sich unsere Offiziere mit dem Revolver in der Faust und unsere Grenadiere mit Hochrufen unter den Klängen der Nationalhymne auf die feindlichen Truppen und zwangen sie zu einer regellosen Flucht. Die in diesem Abschnitt gemachten Gefangenen erklären, daß in den viertägigen Kämpfen jedes ihrer Regimenter zum mindestens achthundert Mann Tote gehabt habe.

An den anderen Fronten keine Veränderung.

„Die Freiheit der Meere“.

Berlin, 15. Januar. (W. Z. V.) Das englische „Foreign Office“ verbreitet folgende Nachricht:

Vor einiger Zeit schon seien Einzelheiten veröffentlicht worden, welche zeigten, daß die Deutsche Regierung die „Freiheit der Meere“ nach ebendenselben Prinzipien handhabte, deren Befolgung sie der englischen Regierung vorwerfe. Es werde daran erinnert, daß schwedische Schiffe mit Marierungspapieren in schwedischer und deutscher Sprache versehen sein müßten, auch müßten die schwedischen Zollbehörden die Abfahrt von Schiffen aus Schweden telegraphisch nach Berlin melden und müßten gleichzeitig mitteilen, daß diese Schiffe keine Bannware als Ladung führen.

Jetzt zeigt sich, daß schwedische Schiffe trotz dieser Maßregel häufig mit einer Preisbesetzung nach Swinemünde geschickt würden, wo sie sich einer Untersuchung von mindestens 48 Stunden zu unterziehen hätten. Seit Einrichtung der Untersuchungsstelle in Swinemünde seien so etwa 500 bis 600 Schiffe untersucht worden. Eine Untersuchung finde jedoch dann nicht statt, wenn die Papiere in Ordnung seien. Obgleich nun dieses Resultat auch am Sund von den Offizieren der deutschen Wachboote erreicht werden könnte, würden dennoch die Schiffe gezwungen, nach Swinemünde zu laufen.

Man habe den Zweck dieser Einrichtung noch nicht ganz durchschaut, schwedische Kapitäne glaubten jedoch, die Einrichtung sei geschaffen, um den nordischen Nationen auf diese Weise die deutsche Seegewalt vor Augen zu führen.

Bei der deutschen Regierung sollten viele Reklamationen eingelaufen sein, durch welche Schadenersatz dafür verlangt würde, daß Schiffe nach Swinemünde hätten einlaufen müssen, obgleich sie mit Freigut beladen gewesen seien.

Von besonderer Seite wird dem W. Z. V. hierzu geschrieben: Es erübrigt sich eigentlich, auf diese englische Anspielung einzugehen, denn wer lesen kann und verstehen will, versteht auch ohne Kommentar. Die Nachricht ist jedoch in einem Punkt nicht unwichtig. Bekanntlich hat die englische Regierung über Deutschland eine sogenannte Blockade verhängt. Ist es da nicht recht merkwürdig, daß die englische Regierung nun selbst veröffentlicht, daß etwa 500 bis 600 Schiffe von deutschen Seestreitkräften nach einem deutschen Hafen eingezogen worden seien? In dankenswerter Weise illustriert die englische Regierung hierdurch ihr am Tage vor dieser Veröffentlichung erschienenen Weißpapier, indem sie offen zugibt, daß die englische Blockade weder effektiv sei noch jemals effektiv werden könne.

Wenn im übrigen die englische Regierung, die allem Anschein nach endlich an die Verantwortung der amerikanischen Note vom 5. November denkt, noch einen Präzedenzfall sucht, um damit den Vorwurf der Seeräuberei abzuwehren, so kann darauf hingewiesen werden, daß die von deutscher Seite erfolgte Ausübung des Anhaltungs- und Durchsuchungsrechts und der Untersuchung in Swinemünde hierzu ganz und gar nicht geeignet sind. Die deutschen Seestreitkräfte üben das ihnen zustehende Recht nur nach Maßgabe des bestehenden Völkerrechts aus, und die Anweisungen, die sie haben, unterscheiden sich in ihrem Inhalte durch nichts von der Instruktion, die die amerikanischen Seestreitkräfte während des Bürgerkrieges hatten. Die Mitteilung dieser Instruktion an die englische Regierung ist in dem Appendix I zur amerikanischen Note erfolgt, deren Veröffentlichung jedoch bezeichnenderweise in den englischen Zeitungen unterblieben ist.

Kriegskritik.

In einer die Lage der kriegführenden Länder behandelnden Artikelserie kommt das sozialdemokratische „Bücher-„Volksrecht“ vom 3. 1. zu dem Ergebnis, daß ein baldiger Friedensschluß ebenso sehr im Interesse der Mittelmächte wie deren Gegner liegt, entwirft aber von der militärischen Lage der Mittelmächte folgendes Bild:

Welches ist, nächsten und unparteiisch gesehen, die militärische Lage, und welche Aussichten verpricht sie?

Die Waffen der Mittelmächte sind bisher im Westen wie im Osten erfolgreich gewesen. Die Niederwerfung Serbiens ist ihr neuester, nicht zu unterschätzender Triumph.

Der Triumph liegt ebensosehr auf militärischem, wie auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete. Die serbische Armee ist schon jetzt zum größten Teil vernichtet oder gefangen. Und zu diesem Punkt für den Verband kommt als Plus für den Zweierverband der Anbruch der bulgarischen Armee — gut 400 000 Mann — und die Russbarmachung der türkischen Volkskräfte durch die nunmehr gesicherte Zufuhr von Waffen und Munition. Die Türkei kann nunmehr offensiv eingreifen. Der politische Erfolg liegt in der dauernden Neutralität Griechenlands und Rumäniens. Wenn aber dennoch diese Mächte zu den Waffen greifen sollten, so sicherlich nicht gegen die Mittelmächte.

Der Balkanfeldzug ist für den Verband verloren. Selbst wenn er, was kaum wahrscheinlich, eine halbe Million Truppen nach Saloniki, Albanien oder Keddagatsch ausschickte (und welche Ersatz- und Beurlaubungsdienstleistungen würde das kosten, abgesehen von der Unsicherheit der Transportschiffe im Mitteländischen Meer, aber auch bei dem ungünstigsten Verkehr), würden sie den Feind höchstens von Aktionen in Asien abhalten können, ihn niemals aber ernstlich bedrohen, geschweige die so wichtige Verbindung zwischen Wien und Konstantinopel wieder unterbrechen können. Auch etwaige vorderasiatische Expeditionen des Verbandes würden im besten Falle reinen Defensivcharakter tragen, niemals aber eine Niederwerfung auch nur der Türkei ermöglichen.

Sind aber die Siegesaussichten des Verbandes auf den anderen Kriegsschauplätzen günstiger?

Italien müht sich seit dem Rai vergebens, die österreichische Front zu durchbrechen. Die winzigen Fortschritte, die es bisher gemacht, stehen in keinem Verhältnis zu seinen gewaltigen Verlusten. Sicherlich kann Italien sagen, daß seine Offensive wenigstens durch Festlegung einer gewissen Truppenzahl seinen Verbündeten genügt habe. Aber selbst wenn Italien unter enormen Opfern nach Görz und Triest, nach Niua und Trient gelangen sollte — hie he das etwa eine Entscheidung des Krieges herbeiführen? Aber auch wenn Italien jetzt endlich ein paar hunderttausend Mann nach Albanien, Saloniki oder Kleinasien schicken sollte — an dem schweren Mißerfolg des Balkanfeldzuges vermöchte es nichts mehr zu ändern.

Nehmen wir die Westfront. Die letzte Offensive Joffre, doch nach der denkbar stärksten Artillerievorbereitung und mit gewaltigen Heereskräften auf breiter Front unternommen, ist, als Durchbruchversuch betrachtet, nicht minder gescheitert als alle früheren Experimente der gleichen Art. Und das, obwohl sie zu unermesslichem Zeitpunkt kam, in einem Augenblick, wo man die deutschen Verteidigungslinien erheblich geschwächt hatte, um die serbische Offensive durchzuführen. Wenn Joffre seine neue Offensive unternimmt, wird er noch stärkere und zahlreichere Schanzwerke niederzukämpfen, beträchtlich verstärkte Truppenmassen zu zer Sprengen haben. Aber selbst wenn wider Erwarten nach ungeheuren französischen Verlusten da oder dort ein wirkliches Durchstoßen sämtlicher deutscher Staffeln gelänge — wäre das wenigstens die sichere Bürgschaft des „Sieges“? Was es mit dem Austreten einer so ungeheuren und von Millionenheeren verteidigten Front auf sich hat, das hat ja selbst Deutschland in Gallien und Polen erleben müssen. Oberdritt würde Deutschland nicht unter dem Munitionsmangel leiden, der zur russischen Katastrophe in Gallien geführt hat. Ein französischer Versuch, in Nordfrankreich die Entscheidung zu erzwingen, würde aller Voraussicht nach Frankreich nur viele hunderttausend Tote und Verwundete kosten, aber keinen ernstlichen Gewinn eintragen.

Und im Osten? Rechnen wir mit dem für Russland günstigen Fall, daß es bis zum Frühjahr seine Armeen reetabliert und so reichlich mit Ersatzmannschaften aufgefüllt hat, daß es zu einer ernstlichen Offensive großen Stils übergehen könnte. Starke Kräfte müßte es ja außerdem noch gegenüber Bulgarien, der Türkei in Europa und im Kaukasus, Persien und Afghanistan mobil halten — aber rechnen wir immerhin mit der Möglichkeit einer starken Kraftentlastung gegen die deutsch-österreichischen Truppen. Würde aber diese russische Offensive mehr Erfolg versprechen als die französische? Kaum, denn nach dem siegreich beendeten serbischen Feldzug kann die Befestigung des okkupierten Landes und die Abwehr der etwaigen Angriffe des Verbandes ziemlich reiflos Bulgarien und der Türkei überlassen werden, so daß die Kräfte in Serbien verwendeten Streitkräfte der Mittelmächte bald abgelöst sein werden und an jeder anderen Front gefehlt werden können. Es könnte deshalb umgekehrt sogar zu einer neuen energischen deutsch-österreichischen Offensive kommen!

Ist aber für den Augenblick und die nächsten Monate sein Erfolg gegen die Mittelmächte zu erwarten, worauf hofft man denn sonst? Auf die Aushungerung Deutschlands? Darauf hoffen eifrigere Gegner Deutschlands schon lange nicht mehr. So hat zum Beispiel der Senator Charles Humbert in „Le Journal“ über diese Dinge so verständige und aller Illusionen beraubende Ausführungen gemacht, daß wir seinen Artikel einfach abschreiben könnten. Aber wir wollen uns kurz fassen und nur kategorisch erklären: An Hunger und Munitionsmangel ginge Deutschland nicht zugrunde und wenn der Krieg noch mehrere Jahre dauerte. Fette und einzelne Nahrungsmittel sind knapp, aber am Nötigsten mangelt es nicht, wenn auch die Preise erheblich gestiegen sind. Aber diese Preissteigerung ist in allen kriegführenden Ländern zu beobachten.

Ebenso wenig aber sollte man sich im Vertrauen auf die unbestreitbar vorhandenen russischen und zum Teil auch englischen Mannschafreserven auf den unausbleiblichen Erfolg des „Auszehrungs- und Erschöpfungskrieges“ verlassen. Auch vor solcher Selbsttäuschung hat ja Humbert bereits eindringlich gewarnt. Deutschland verfügt noch über Millionen unausgebildeter Wehrfähiger, die ins Feld geschickt werden können, und in Oesterreich-Ungarn fehlt's nicht an mehr.

Einem Aufreißungskrieg würden also die Mittelmächte sicherlich ebenso lange widerstehen können wie Frankreich, auf jeden Fall aber länger, als die Entente den Krieg moralisch und finanziell auszuhalten vermöchte.

Wir dürfen das um so rücksichtsloser aussprechen, als wir selber verständlich garnicht daran denken, etwa umgekehrt die Lage Deutschlands und Oesterreichs schön färben zu wollen.

Der „Avanti“ zum französischen Parteitagbeschlusse.

In einem Leitartikel bespricht der „Avanti“ das Ergebnis des jüngsten französischen Parteitages. Das Zentralorgan der italienischen Partei stellt fest, daß das undemokratische, reaktionäre Vorgehen der französischen Partei, die den Verlauf des Kongresses hat geheimhalten wollen, niemand wundern könne; es entspreche der Stellung der Partei, die die Mitarbeit der Regierung und der herrschenden Klassen angenommen und ihre besten Mitglieder in die Regierung entsandte. Logischerweise kann die französische Partei sich nicht mehr um den Sozialismus, um das Recht, um die Gerechtigkeit bekümmern und um so weniger um proletarische Interessen.

Das Manifest der französischen Partei wird vom „Avanti“ folgendermaßen zusammengefaßt und kommentiert:

1. Die französische Partei hat die Absicht, ihre Politik der Mitarbeit mit der Regierung weiterzuführen. Somit bestätigt die französische Partei die Mitverantwortlichkeit des französischen Proletariats für die militärische Politik der bürgerlichen Klassen nicht nur bis zum Friedensschlusse, sondern auch während der Friedensverhandlungen und über sie hinaus, und so wird die französische Arbeiterklasse für alle Folgen verantwortlich gemacht, die der Krieg und die aus ihm entstehenden Verhältnisse auf die innere und äußere Politik haben mögen.

Furchtbare Verantwortlichkeit!

Wir erinnern daran, daß — und zwar ist es nicht so lange her — die französische Bourgeoisie auf das begeisterte „Nach Berlin! Nach Berlin!“ sich nach Versailles hat zurückziehen müssen, und die Pariser Plebs hat die Kommune gemacht. Würde sich der Fall wiederholen, mit wem wären die Sozialisten der „union sacrée“ (heiligen Einheit), mit Thiers oder mit den Kommunalen?

2. Die französische sozialistische Partei, die an der Regierung der Nation teilnimmt, hat ihr Programm der internationalen Politik festgesetzt. Befreiung der Kleinen, unterdrückten Völker,

Reonexion von Esch-Löhringen unter Schwärzung des Rechts auf Referendum, internationale Schiedsgerichte usw. Dieses Programm könnte jedoch von den Regierenden, mit denen die französische sozialistische Partei mitarbeitet, auch nicht angenommen werden. In wessen Namen haben die Minister Guéde, Sembat und Thomas gesprochen, als sie sich an der Diskussion beteiligten und darauf drängten, daß die Delegierten ihre Mitarbeit an der Regierung unter den erwähnten Voraussetzungen gutheißen? Sind die Denny Cochin, die Gollini und die Pellines, die Reaktionen von gestern, heute die Mitarbeiter der Sozialisten im Ministerium, sind auch sie für ein solches Programm der internationalen Demokratie? Wird dieses Programm mit allen seinen Konsequenzen auch von der englischen Plutokratie und der russischen Autokratie angenommen? Oder haben die französischen sozialistischen Minister den französischen Proletariern das Varenfell verkauft?

3. Die französische sozialistische Partei hat als Bedingung für die Wiederaufnahme der sozialistischen Beziehungen und speziell für die Wiederaufnahme brüderlicher Beziehungen mit den deutschen Sozialisten die Forderung aufgestellt, daß die deutschen Sozialisten endgültig und in augenscheinlicher Weise ihre Beziehungen zum Kaiserthum aufgeben und seine Annexionsgelüste desavouieren. Haben sich die französischen Sozialisten zufällig gefragt, ob die deutsche Minorität nicht das Recht hätte, ihrerseits dieselben Garantien zu verlangen? Nur sehr berechtigt ist die Forderung, die deutschen Sozialisten sollten den Imperialismus desavouieren; aber müssen die Franzosen mit dem ihrigen nicht ebenso verfahren? Und wie könnten sie es tun, wenn sie an derjenigen Regierung der bürgerlichen Republik teilnehmen, die nach ihrem eigenen Urteil an der schrecklichen Lage, in der sich Europa befindet, mitverantwortlich ist, sei es auch indirekt?

Umsonst wollen die französischen Sozialisten, die an der militäristischen Regierung ihrer Nation teilnehmen, sich zu Richtern aufspielen. Die schweren Beschuldigungen, die sie selbst stets gegen das bürgerliche Frankreich erhoben haben, bilden ein erdrückendes Anlagematerial, welches sie auf die gleiche Anlagebank mit den kaisertreuen Sozialisten setzt. Wohl werden sie auf mildere Umstände plädieren können, und die Internationale wird sie ihnen zusprechen können, aber die französischen Sozialisten werden es nicht verhindern, daß das internationale Proletariat sie schuldig spricht desselben Verbrechens, dessen die deutschen Sozialisten von den französischen angeklagt werden.

Nur diejenigen, die unbegreiflich auf dem Boden des Klassenkampfes geblieben sind und ausdrücklich jede Solidarität mit der eigenen Bourgeoisie abgelehnt haben, dürfen heute die Beschuldigung erheben, die alle Mitschuldigen am schrecklichen, verhängnisvollen Morde trifft.

Umsonst aber wollen die französischen Sozialnationalisten, die allen Reaktionen die Hand bieten, sich als Hüter der revolutionären Traditionen gebärden. Diese Traditionen haben sie verleugnet. Die Thomas und die Sembat, die unter dem Segen der Freimaurerei ihre Hand und ihre Unterstützung den Feldern von Journies und den Strategen von Sarafat bieten, appellieren geradezu an die abstrakten Grundzüge der Moral und der Gerechtigkeit.

Nur die wenigen, die in Paris für Zimmerwald gestimmt, sind mit jener Tradition, mit jenen Grundzügen.

Verleumdungen der „Daily Mail“.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Ueberschrift: „Schmähliche Verleumdungen: Die kaiserliche Regierung hat dem hiesigen amerikanischen Vorkämpfer folgende Aufzeichnungen zur Uebermittlung an die britische Regierung übergeben:

In der englischen Zeitung „Daily Mail“ vom 7. und 9. September 1915 finden sich zwei Artikel einer „Gefangenenerzählungen“ (Prisoners' Stories) überschriebenen Artikelreihe, in denen über angeblich unwürdige und grausame Behandlung von Gefangenen in den Lazarett in Mühlheim an der Ruhr und in Paderborn berichtet wird. Nach dem Artikel vom 7. September soll ein aus Winnipeg stammender Kanadier in dem Lazarett in Mühlheim gelegen und am eigenen Leide erfahren haben, daß dort zwar die Einrichtung gut, die Behandlung aber sehr schlecht gewesen sei. Schwerkranken hätten im strengen Winter kalte Bäder im Freien nehmen müssen, Verbände seien am Körper gelassen worden, bis sie üble Düfte verbreiteten; hilflose Kranke seien rauh behandelt worden und wenn ihre Verbände gewechselt wurden, seien sie mit roher Gewalt von den Wunden heruntergerissen worden. Mühlheim a. d. Ruhr würde der in Rede stehende Kanadier sobald nicht vergessen.

Die von der deutschen Heeresverwaltung über diesen Fall eingeleiteten Ermittlungen haben das Ergebnis gehabt, daß sich in Mühlheim a. d. Ruhr niemals ein Mann aus Winnipeg und überhaupt kein Kanadier in Lazarettbehandlung befunden hat. Schon hieraus ergibt sich ohne weiteres die Unwahrheit der Meldung in der „Daily Mail“.

Am 9. September berichtete dieselbe Zeitung, daß ein junger Mann namens S. Lees aus British Columbia vom kanadischen Kontingent in ein Lazarett in Paderborn gebracht worden sei, wo er einige Wochen zugebracht habe, dann sei er nach dem Sennelager übergeführt worden. In dem bezeichneten Lazarett sollen die Verzte die englischen Gefangenen nach seinen angeblichen Mitteilungen stets ohne Verläubung operiert haben; auch ihm sei ein Auge ohne Verläubung herausgenommen worden.

Diese Meldung hat gleichfalls Anlaß zu einer genauen Untersuchung gegeben, wobei folgendes festgestellt worden ist: Ein Soldat Harold Lees vom 8. kanadischen Infanterie-Regiment, Maschinengewehr-Kompanie, ist in dem Referenzlazarett in Paderborn vom 7. Mai bis 2. Juli 1915 ärztlich behandelt worden. Bei seiner Entlassung war das rechte Auge bereits entzündet. Irgeendwelche Operation ist an dem Mann in Paderborn überhaupt nicht vorgenommen worden, es wurde ihm lediglich nach Ausheilung der Wunde ein künstliches Auge eingesetzt, worauf er als genesen in das Sennelager übergeführt wurde.

Die sämtlichen in den Lazarett in Paderborn tätigen Verzte haben gegen die Behauptung, daß an den Gefangenen Verwundeten irgendwelche Operationen ohne Verläubung vorgenommen würden, auf das nachdrücklichste Verwahrung eingelegt. Bei allen größeren Operationen wird die Narkose und bei kleineren stets eine örtliche Verläubung angewandt. In der Behandlung der deutschen und der gefangenen feindlichen Verwundeten wird nicht der geringste Unterschied gemacht.

Diese Erklärung der Verzte ergibt somit einwandfrei, daß die von der „Daily Mail“ veröffentlichten Behauptungen eine schmähliche Verleumdung sind und offenbar nur bezwecken sollen, den Haß des englischen Volkes gegen Deutschland zu schüren. Artikel, wie die hier besprochenen, liefern den traurigen Beweis dafür, daß die englische Presse in diesem Bestreben selbst die verwerflichsten Mittel nicht scheut.

Die Unruhen in Yunnan.

Peking, 10. Januar 1916. (M. T. B.) Ueber die Unruhen in Yunnan wird uns aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt: Die Zivil- und Militärregierungen der Provinz Yunnan, Tong Chi-pao und Jen Ko-feng, welche feinerzeit die monarchistische Bewegung eifrig unterstützten und den Präsidenten wiederholt telegraphisch ersucht haben, den Thron zu besteigen, hatten seit der Rückkehr des Generals Tsoi Ku aus Japan plötzlich ihre ursprüngliche Gesinnung geändert und sich gegen die monarchistische Regierungsform gestellt unter dem Vorwand, es sei zu befehlen.

daß durch die Wechsel der Regierungsform die Nationalwürde und die Hoheitsrechte Chinas wegen der abratenden Haltung gewisser auswärtiger Mächte leiden könnten. Infolgedessen sind die beiden Gouverneure ihrer Ämter entbunden worden, und General Tiao Kuen wurde beauftragt, den ersten Strafzug gegen sie zu führen. Es ist jetzt festgestellt worden, daß Yunnan infolge des Mangels an nötigen Mitteln die aufständische Bewegung nicht fortsetzen kann. Die Anwerbung ist ergebnislos ausgefallen, und der Provinz wird die Zufuhr von der Außenwelt abgeschnitten. Jeder Widerstand ist unmöglich. Alle anderen Provinzen bleiben ruhig.

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstage trat am Sonnabend nach den Verhandlungen über die Kriegsbesoldungsordnung ein Vertreter der Parteien nach dem anderen auf, um im Namen seiner Freunde Sühne für den „Baralong“-Fall zu verlangen. Graf Westarp begann als erster den Reigen. Ihm folgten Roske für die Sozialdemokratie, Spahn (Zentrum), Wasser mann (Natl.) und Dr. Fischel (fr. Volkspartei). Die Rede Roskes, die von stürmischen Beifallsäußerungen unterbrochen wurde, fiel so aus, daß Herr Dr. Dertel mit Recht konstatierte, es sei ihm unmöglich gewesen, eine neue Betonung bei der Behandlung des „Baralong“-Falles zu bringen. Nur Genosse Ledebour legte dagegen Verwahrung ein, daß man das ganze englische Volk für die Vergehen einzelner verantwortlich mache und Repressalien ergreife, die Unschuldigen den Tod bringen könnten.

Zu Beginn der Sonnabend Sitzung wurde der Antrag des Haushaltungsausschusses auf Herabsetzung der Grenze für die Altersversicherung verhandelt. Neben Genossen Röllkenbuhr traten auch die Redner der bürgerlichen Parteien für die Verbesserung ein. Dr. Delbrück sicherte gegenüber diesem einmütigen Wunsch neue Prüfung der Angelegenheit zu. Ablehnender verhielten sich die Minister Helfferich und v. Wandel und auch die bürgerlichen Parteien gegenüber der von Genossen Stücklen begründeten Forderung auf Erhöhung der Mannschafslöhne und Revision der Offiziersgehälter.

Direkte oder indirekte Steuern?

Das „Berliner Tageblatt“ hat sich mehrmals sehr lebhaft gegen die Forderung eines Zentrumsblattes gewandt, daß die Bürgerlichen gemeinsam einen Steuerblock gegen die Sozialdemokratie bilden müßten. Die Haltung, die das bürgerliche Blatt in Steuerfragen einnimmt, führt es aber selbst an die Seite der Konservativen. Die „Kreuz-Zeitung“ kennzeichnet das ganz treffend:

„Wir sind in der seltenen Lage, da einmal mit dem „Berliner Tageblatt“ an einem Strange zu ziehen. Das ist uns um so erquicklicher, als dies Blatt sich bekanntlich zum rührigen Verfechter der Forderung gemacht hat, daß zu neuen Lasten im Reiche nicht zuletzt auch der Vesty heranzuziehen sei. Das „Berliner Tageblatt“ glaubt, daß die hohen Steuerlätze, die sich durch die neuen Zuschläge für den Steuerzahler ergeben, doch vielleicht nahe an gewisse Grenzen heranzutreten, die der direkten Besteuerung nun einmal durch die Natur der Dinge gezogen seien. Es rechnet mit der Gefahr, daß infolge so hoher Steuern die Unternehmungslust, der Trieb zum Geldverdienen ermatten könne und so das Steuerthema sich die eigenen Quellen abgrabe. Stelle sich diese Befürchtung als berechtigt heraus, so bleibe nichts übrig, als auf indirekte Steuern und Monopole zurückzugreifen. Wir haben zu oft den Vorzug der indirekten Besteuerung betont, als daß wir in den Verdacht kommen könnten, leichtfertig anderen Auskunftsmitteln zuzustimmen. Aber wenn unter Ausnahmeverhältnissen die Möglichkeiten eines Steuerthemas erschöpft sind, wäre es widersinnig, aus starrem Dogmatismus jeden sonst gangbaren Weg abzulehnen.“ Als geeignete Gegenstände der Besteuerung empfiehlt das Blatt dann die eigentlichen „Genußmittel“. Ob indirekte Abgabe oder Monopol, sei in diesen Fällen nur eine Frage der Form. Auch bei den Monopolen müsse man diejenigen wählen, die nicht sowohl die ärmeren Klassen drücken, als den Vermittelbaren ihren „Komfort“ verteuerten. Bei anderen Monopolen ließe sich durch staatliche Zusammenfassung der Produktion eine Verbilligung der Leistungen herbeiführen, die dem Staate bei der Abgabe an den Verbrauch zugute käme. Hier nennt das Blatt als Beispiel das Staatsmonopol für elektrischen Strom. Kürzlich hatte schon ein anderes volksparteiliches Blatt dem Monopolgedanken das Wort geredet. Es scheint danach, als ob man heute doch den Steuerfragen in weiten Kreisen vorurteilsfrei gegenüberstehe. Das wird hoffentlich die Lösung der schwierigen Aufgaben erleichtern, die unferer in der Steuerpolitik nach dem Frieden harrten.“

Bei solcher Haltung kann der bürgerliche Steuerblock nur zu leicht Wirklichkeit werden, denn daß die Sozialdemokratie über indirekte Steuern völlig anders denkt, dürfte dem „Berl. Tageblatt“ bekannt sein.

Steuerfragen.

Die angekündigten Steuerzuschläge in Preußen haben den Schwarm der großen Steuerzahler in Aufruhr gebracht. In allen Ecken und Enden hört man lebhaftes Murren über die hohen Zuschläge, die das Vermögen in Gefahr bringen und das Einkommen erheblich schmälern sollen. Im „Tag“ nimmt der Graf v. Mirbach-Sorquitten, preussisches Herrenhausmitglied, das Wort, um eindringlich vor einer Erhöhung der Vermögenssteuer zu warnen. Er hat vorbeugend schon vor längerer Zeit an eine Erzeuzung einen Brief gerichtet: In dem Briefe wird die Hoffnung ausgesprochen, daß der Friede die Möglichkeit der Entlastung auf dem Gebiete der Vermögenssteuer bringen möge. Und statt dessen ist jetzt durch die Kriegssteuern das Vermögen gleich dem Einkommen mit Zuschlägen bedacht worden. Dagegen erhebt nun Mirbach seine warnende Stimme. Es ist ihm nicht so sehr um die Besteuerung des Einkommens zu tun, hier würde er für größere Zuschläge zu haben sein; aber das Vermögen, das gerade beim Großgrundbesitz eine wichtige Rolle spielt, das soll von der Steuer möglichst verschont bleiben. Um seinen Standpunkt zu rechtfertigen, rechnet Graf Mirbach heraus, daß die Mente auf landwirtschaftlichen Grundbesitz vielfach nicht mehr als 2½ Proz. betrage, in schlechten Jahren sogar nur 1 Proz. herabsinke, und daß sich dabei eine Vermögenssteuer in der jetzigen Höhe nicht rechtfertige. Graf Mirbach kommt über Warnungen nicht hinaus. Er rechnet vorläufig noch mit einer „uns zuletzenden Kriegsschädigung“, von deren Höhe die künftigen Steuern abhängen würden.

Kriegsinvaliden im Eisenbahndienst.

Bei der badischen Eisenbahnverwaltung haben sich bis zum 15. Dezember v. J. 268 kriegsinvalide Bewerber zur Aufnahme in den Eisenbahndienst gemeldet, die früher in der Privatindustrie und sonstwie beschäftigt waren. Die Generaldirektion hat von den Gemeldeten 114 eingestellt, 20 an den Kriegsteilnahmeweis verwiesen, 17 vorgemerkt und 14 abgewiesen. 45 Bewerber haben ihre Gesuche zurückgezogen, 48 Fälle sind noch nicht erledigt. Auch invalide Offiziere sollen im badischen Eisenbahndienst Verwendung finden.

Wie Fleischermeister „kalkulieren“

Uns wird von einem Fachmann geschrieben: Das Jammern und Stöhnen der Fleischermeister über „ungeheure Verluste“ nimmt kein Ende; es wird noch größer, je mehr ihnen von anderer Seite bewiesen wird, daß sie keine Ursache zu Klagen haben. Um das „beweissträchtig“ zu zeigen, veröffentlichten sie nun Kalkulationen, wonach sie an jedem Stück Vieh große Verluste erleiden. Woher sie aber das Geld nehmen, um alle diese Verluste decken zu können, hat noch keiner gesagt.

In der „Allgemeinen Fleischzeitung“ veröffentlicht ein Fleischermeister eine „Schweinekalkulation“, die mit Verlust abschließt. Hier ist sie:

Das Lebendgewicht der Schweine betrug	244 Pfd.	
a 1,06 M.		= 258,64 M.
	ab vereinbarte Tara	12,98
		245,71 M.
	Wiegegebühr	0,50
		246,21 M.

Geschlachtet gewogen	ergab Fleisch mit Kopf	
und Fuß 101 Pfd., verteilt auf:		
28 Pfd. Speck	Pfd. 1,80 =	50,40 M.
28 „ Bauch	1,20 =	33,60 „
82 „ Weichbraten	1,40 =	44,80 „
70 „ Div. Fleisch	1,30 =	91,00 „
9 „ Fett	1,70 =	15,30 „
18 „ Kopf	0,80 =	7,80 „
7 „ Eisbein	0,90 =	6,80 „
4 „ Spigbein	0,25 =	1,00 „
Eingeweide	8,00 =	8,00 „
	Summa	258,20 M.

25 für Einbauen, Trocknen usw. 8 Proz. = 7,74

25 für Geschäftsunkosten (Zöbnc, Kost der Leute, Pferde und Fuhrwerk, Steuern und sonstige Ausgaben (Betrag in meinem Geschäft genau kalkuliert) pro Pfd. 15 Pf., dierieses Fleisch, das verwertet ist 25,40

33,14 = 225,06

Witkin Verlust 21,15 M.

Es muß selbst dem Laien auffallen, daß hierbei nicht alles stimmt. Hat der Mann nichts zur Wurst verarbeitet? Hat er wirklich nur die Preise genommen, die er angibt? Selbst wenn er nichts verurteilt hat, wird er nicht die Preise genommen haben, wenn er den ersten Willen hatte, ohne Verlust zu arbeiten, sondern jene, die der Qualität und den Höchstpreisen entsprechend die Fleischermeister nahmen. Dadurch kriegt die Kalkulation dieses Geschäft:

Verkauf:	Einkauf: 246,21
28 Pfd. Speck	Pfd. 1,80 M. = 50,40 M.
28 „ Bauch	1,45 = 35,00
32 „ Weichbraten (Marb.)	1,40 = 44,80
70 „ Div. Fleisch (Sänten Kamm u. Schultern Fett (einschl. fettes Bauchstück, das als Schmalz verk. w.)	1,40 = 98,00
12 „ Kopf u. Waden, falls nicht die Waden zum Schweinebauch oder Speck verwog. werb.)	1,80 = 21,60
18 „ Speck verwog. werb.)	1,10 = 14,80
7 „ Eisbein	0,90 = 6,80
4 „ Spigbein	0,40 = 1,60
Eingeweide	8,00 = 8,00
	284,00 M. 284,00

25 für Einbauen, Trocknen usw. 1½ Proz. = 3,87

25 für Geschäftsunkosten usw. (wie oben, aber nicht 15 Pf. pro Pfund, was reichlich bemessen ist) 16,98 = 20,80 263,90

Witkin Verdienst 16,90

Statt des Verlustes von 21 M. wird ein Verdienst von 17 M. erzielt!

Nun weiß aber alle Welt, daß die deutschen Fleischermeister gern Wurst machen, weil mehr daran verdient wird. Es wird auch jetzt lieber Schweinefleisch zur Wurst verarbeitet, als roh verkauft; zum mindesten werden bestimmte Stücke gefolgt und geräuchert, weil dafür beim Verkauf höhere Preise verlangt werden können. Unsere Kalkulation zeigt jedenfalls, daß es auch bei den heutigen Preisen für den Fleischer durchaus rentabel ist, rohes Schweinefleisch abzugeben; mag auch der Profit etwas geringer sein, als in Friedenszeiten.

Kriegsbekanntmachungen.

Verbot der Versendung feuergefährlicher Gegenstände durch die Feldpost und den Privatpaketverkehr.

Die neueste Nummer des „Armeeverordnungsblattes“ enthält folgende Verfügung:

Trotz fortgesetzter Warnungen vor der verbotswidrigen Versendung feuergefährlicher Gegenstände durch die Feldpost und im Privatpaketverkehr werden immer noch feuergefährliche Gegenstände (Streichhölzer, Feuerzeuge mit Benzinfüllung und dergl.) abgesandt. Durch Selbstentzündung des Inhalts solcher Feldpostpäckchen sind in letzter Zeit wiederum mehrere Brandunfälle vorgekommen und ganze Eisenbahnabteilungen vernichtet worden. Dadurch ist den Angehörigen in der Heimat und den im Felde stehenden Truppen ein schwerer Schaden entstanden.

Um dem Zuwiderhandeln gegen das Verbot zu steuern, werden die Kommandobehörden und Truppenbefehlshaber ersucht, in gewissen Zeitabschnitten an einzelnen Tagen alle eingegangenen Feldpostpäckchen und Feldpostpakete in Gegenwart von Offizieren zur Feststellung offener zu lassen, ob sich darin feuergefährliche Gegenstände befinden.

Von etwa ermittelten Fällen ist unter genauer Bezeichnung der Sendungen nach Absender, Empfänger, Aufgabeort und -zeit der zuständigen Feldpostanstalt Mitteilung zu machen, die das weitere gemäß § 367 Ziffer 5a des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich voranzutreiben.

Allen Truppenangehörigen ist durch die Kompanie-, Eskadron-, Batterie- usw. Chefs von Zeit zu Zeit das Verbot der Versendung feuergefährlicher Gegenstände im Privatverkehr aus und nach der Heimat in Erinnerung zu bringen und zu befehlen, entsprechende briefliche Warnungen in die Heimat zu übermitteln.

Es wird daran erinnert, daß in den Beständen der Materialdepots (Erlaß vom 20. 11. 14 Ziffer 1b Verbrauchsgegenstände) Streichhölzer in größeren Mengen zur Deckung des dienstlichen Bedarfs niedergelegt sind. Für den persönlichen Gebrauch werden Streichhölzer als Marktware gegen Bezahlung auf Anforderung von den Provinzialdepots nachgeschoben.

In Vertretung: gez. v. Wandel.

Letzte Nachrichten.

Auf eine Mine geraten.

London, 16. Januar. (M. T. B.) Lloyd's meldet: Der holländische Dampfer „Maashaven“, der im Kanal aufgegeben wurde, nachdem er auf eine Mine gestossen war, trieb bei Calais auf den Strand und brach in zwei Teile.

Bewerkschaftliches. Bewerkschaftskonferenz.

Ueber eine Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände berichtet das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission folgendes: „Aus Anlaß einer Beratung zwischen Vertretern der deutschen und der österreichischen Arbeiterbewegung, die am 9. Januar im Reichstagsgebäude stattfand und sich mit den Fragen der künftigen Wirtschaftspolitik und eines engeren wirtschaftspolitischen Verhältnisses zwischen den europäischen Mittelstaaten beschäftigte, traten die Vertreter der Verbandsvorstände am 10. Januar zu einer eintägigen Konferenz zusammen. Drei Gewerkschaftsvertreter Oesterreichs, die Genossen Domes, Grünwald und Hanusch, wohnten als Gäste den Verhandlungen bei.“

Der Bericht der Generalkommission beschränkte sich diesmal auf die Angelegenheiten der Tarifstatistik, der Abänderung des Reichsvereinsgesetzes und der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Die Fragebogen zur Tarifstatistik sind vom Reichsstatistischen Amt bereits verhandelt und von einer Reihe von Verbänden ausgefüllt worden. Es empfiehlt sich also, sie allgemein durchzuführen, obwohl darüber kein Zweifel sein kann, daß das Berichtsjahr in tariflicher Hinsicht ein völlig anomales sei und keinerlei Vergleiche mit anderen Jahren zulasse. Einige Einzelfragen bezüglich der Statistik wurden durch die Debatten geklärt.

In bezug auf die Kriegsbeschädigtenfürsorge wurde über die Einsetzung eines Reichsarbeitsausschusses berichtet, der alle Angelegenheiten auf diesem Gebiete zusammenfaßt und durch Unterausschüsse die einzelnen Arbeitsgebiete regelt. Die Generalkommission hat zum Reichsarbeitsausschuß wie zu den Unterausschüssen Vertreter ernannt und wird gemäß dem Beschluß der vorhergehenden Vorstandskonferenz eine besondere Arbeitskraft für die Sammlung und Bearbeitung der auf diese Aufgabe bezüglichen Materialien einstellen. Eine geeignete Kraft konnte bisher noch nicht gewonnen werden. Inzwischen wurde aus der Konferenz der Wunsch geäußert, den Versuch, einen geeigneten Mann für diese Aufgabe zu erhalten, doch zu erneuern, und da Vorschläge dafür gemacht wurden, so stimmte die Konferenz dieser Auffassung zu.

Weiter wurde berichtet, daß die Aenderung des Reichsvereinsgesetzes vom Reichstag beschlossen sei, aber noch der Zustimmung des Bundesrats entbehre, der während des Krieges lediglich die Gewerkschaften von den Wirkungen des Vereinsgesetzes für politische Vereine ausnehmen, alles weitere aber bis nach dem Kriege zurückstellen wolle. Eine Gesetzesnovelle hierfür sei in Vorbereitung und noch in den nächsten Monaten zu erwarten.

Der Bericht der Generalkommission wurde zur Kenntnis genommen. Sodann beantragte die Generalkommission, in Rücksicht auf die ganz außerordentliche Verteuerung aller Lebenshaltungskosten denjenigen Angestellten, die im Innen- oder Außendienst der Generalkommission beschäftigt sind und deren seitheriges Gehalt 2000 M. einschließlich nicht übersteigt, eine Aufbesserung von 10 M. monatlich zu gewähren. Die Konferenz schloß sich der Begründung dieses Antrages an, erhöhte indes die Gehaltzulage auf 15 M. pro Monat.

In ihrem weiteren Verlauf befaßte sich die Konferenz eingehend mit den gegenwärtigen Vorgängen in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und ihren Auswirkungen für die Vertretung der Interessen der Gewerkschaften. Allgemein wurde der Disziplinbruch der zwanzig Fraktionsmitglieder, die sich zu einer Sonderaktion im Reichstage zusammengefunden haben, aufs schärfste verurteilt. Die Aussprache endete mit der Feststellung, daß die Konferenz auch angesichts der gegenwärtigen Situation an der am 7. Juli 1915 abgegebenen Erklärung festhalten müsse: Daß die Stellung der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses,

sowie des Parteivorstandes allein den Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen diene, sowie daß die von den Sonderbündlern in der Partei vertretenen Ansichten dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften widersprechen und ihre Durchsetzung eine Preisgabe alles dessen wäre, was die Gewerkschaften erstreben.“

Deutsches Reich.

Die Steuerzulage in der Handshuhindustrie scheint durch das Verhalten der Unternehmer in weitere Ferne gerückt zu sein. Der Leitung des Lederarbeiterverbandes war seinerzeit auf ein Ersuchen um Steuerzulagen von mehreren süddeutschen Handshuhfabrikanten geantwortet worden, es sei dafür ihre Verbandsteilnahme zurechenbar. Der Lederarbeiterverband wandte sich deswegen mit seinem Gesuch um Steuerzulage an den Vorstand des Verbandes der Handshuhfabrikanten. Dieser teilt aber nunmehr mit, daß keine Möglichkeit vorhanden sei, die Frage von Verband zu Verband zu regeln. An mehreren Orten seien Steuerzulagen bereits zugestanden. Da deren Höhe sich nach den jeweiligen Arbeitsverhältnissen richten müsse, wird die örtliche Regelung empfohlen. Die Anregung selbst habe Weifall gefunden. Es bleibe aber der Leitung des Lederarbeiterverbandes überlassen, sich nach dieser Richtung hin mit den lokalen Fabrikantenorganisationen in Verbindung zu setzen.

Damit ist die Angelegenheit eigentlich zu ihrem Ausgangspunkt zurückgeführt. Nur schade, daß dadurch die Bewährung der dringend notwendigen Steuerzulagen für die Arbeiterschaft sich noch weiter hinauszögert.

Ausland.

Die Mühlenarbeiter Oesterreichs beschlossen auf ihrem 5. ordentlichen Verbandstag die Vereinigung mit dem Verband der Brauereiarbeiter. Die Frage des engeren Anschlusses der Mühlenarbeiterorganisation an eine benachbarte Gruppe wurde schon 1912 beim letzten Verbandstag besprochen. Aber es war nicht möglich, den Wunsch nach Zusammenfluß mit den Bäckern zu erfüllen, weil die Unterschiede in den Einrichtungen zu groß waren. Andererseits ist das Bemühen nach einer Vereinigung nicht die oberflächliche Annahme einer Mode um jeden Preis. Der Vorstand hatte mit sehr großen Schwierigkeiten zu kämpfen, und so griff er die vom Lebensmittelausschuß herbeigeführte Anregung gerne auf und knüpfte mit den Brauereiarbeitern Verhandlungen an, die zu einem gedeihlichen Abschluß führten.

Zentralisation der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung.

Der romanische Typographenbund (für die französische Schweiz) hat in der Urabstimmung mit 704 gegen 63 Stimmen den Anschluß an den Schweizerischen Gewerkschaftsbund beschlossen. Damit hat der jahrelange Kampf um diesen Anschluß seine abschließende befriedigende Erledigung gefunden.

Aus Industrie und Handel.

Englische Kontrolle der amerikanischen Kupferausfuhr. (Aus New York durch Funkpruch vom Berichterstatter des B. L. B.) Unter der Ueberschrift: England verlangt Geschäftsgeheimnisse amerikanischer Gesellschaften berichtet „New York World“: Amerikanische Metallgesellschaften, besonders solche, die hauptsächlich an der Kupferausfuhr beteiligt sind, sind auf Veranlassung der englischen Regierung aufgefordert worden, dieser Regierung über ihre Gesellschaften und das von ihnen betriebene Geschäft Auskunft von solch vertraulicher Art zu geben, wie es die amerikanische Regierung selbst niemals von einer Gesellschaft verlangt hat. Die Gesellschaften, die eine solche Aufforderung erhielten, waren nahezu bestürzt. Ihre Beamten erklärten gestern freimütig den Berichterstattern der „New York World“, daß sie es nicht wagten, die Ermächtigung zur Veröffentlichung der von ihren eigenen Agenten erhaltenen Mitteilungen über das Verlangen Englands zu geben, weil sie fühlten, daß sicherlich eine solche Veröffentlichung die englische Regierung verdrießen und das Ergebnis

haben würde, daß sie auf die schwarze Liste gesetzt würden. Die Beamten der Gesellschaften brachten zum Ausdruck, daß eine Antwort nicht gegeben werden könne, bis die Frage dem Staatssekretär Lansing vorgelegt worden sei. Die Weigerung, England eine Auskunft bezüglich der geschäftlichen Verhältnisse durch die Direktoren der Gesellschaften zu geben, ist hauptsächlich durch den Umstand begründet, daß eine so durch eine im Handel konkurrierende Nation gemonnene Kenntnis nach ihrer Meinung benutzt werden würde, den britischen Gesellschaften für eine ersichtliche Konkurrenz Vorteile zu verschaffen, und sie würde im wesentlichen die Geschäftsgeheimnisse amerikanischer Firmen an ihre Konkurrenten ausliefern. Schließlich wird das von England gestellte Verlangen nur als ein weiterer Schritt in seinem Feldzuge betrachtet, dem amerikanischen Kupferausfuhrhandel unter Benutzung des Krieges als Vorwand zu erdrosseln.

„New York World“ berichtet von einem englischen Vorgehen, durch das die Gesellschaften aufgefordert werden, Auskunft bezüglich der Adressen und der Nationalität der Aktienbesitzer zu geben, die Namen ihrer Kunden zu nennen usw. Das Blatt führt weiter aus: Die Beamten der amerikanischen Gesellschaft, an die ein solches Verlangen gestellt war, wiesen auf die Geschäftsschicklichkeit hin, mit der dieses Vorgehen ins Werk gesetzt worden sei. Sie sagten: Dadurch war es England freigestellt, nach Belieben und ohne weitere Erklärung, als daß die Gesellschaft einen deutschen, österreichischen, ungarischen, türkischen oder bulgarischen Aktionär habe, sie auf die schwarze Liste zu setzen. Deutsche besitzen tatsächlich von jeder bedeutenden Kupfer- oder Metallgesellschaft Amerikas Aktien.

Amerika gegen die Fortsetzung des Wirtschaftskrieges.

(Aus New York durch Funkpruch vom Berichterstatter des B. L. B.) Die britische Ankündigung des Planes, den deutschen Handel nach dem Kriege zu boykottieren, wird lebhaft erörtert, besonders, da die Verwirklichung dieses Planes die Entwicklung des amerikanischen Außenhandels in ungerechter Weise treffen würde. Viele Kreise, auch Kongreßmitglieder, bezeichnen den Plan in Ausdrücken der höchsten Entrüstung als eine neue Beschränkung des neutralen Handels. Die Zeitungen tabeln den Gedanken, den Krieg auch auf das wirtschaftliche Gebiet zu übertragen.

„New York Times“ schreibt: Von den Neutralen kann nicht erwartet werden, daß sie dem Gedanken zustimmen, daß die Ueberlegenheit des deutschen Handels durch militärische oder politische Mittel besieg werden müsse. Hearst Internationaler Nachrichtendienst meldet aus Washington: Viele Senatoren hätten erklärt, daß jetzt nichts den Ausbruch einer Stimmung im Senate gegen Englands Behandlung der neutralen Schifffahrt verhindern könne. Das Staatsdepartement werde dem Senat die jetzt mit England strittigen Fragen unterbreiten. Von der Entscheidung des Senates hänge es ab, ob das Verhältnis zu England zu einer akuten Gefahr werden könne. Das Staatsdepartement habe aus nichtamtlicher Quelle die Nachricht von einem englisch-französischen Abkommen erhalten, wonach es keinem deutschen Handelsschiff mehr erlaubt sein soll, in einen britischen oder französischen Hafen einzulassen. Senator Hoke Smith werde im Senate aus Deutschland stammendes Material vorlegen, welches seine Behauptung beweisen soll, daß Englands Handlungsweise, Baumwolle als Warenware zu erklären, vollständig ungeschicklich ist. Die Depeche fügt hinzu, einige der konservativsten Senatoren hätten ihre Entrüstung über diese Tatsachen ausgesprochen, die sie als einen Beweis für den Anschluß Englands anführen, dem deutschen Handel ein Ende zu machen.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des „New York American“ erklärte Senator Chamberlain aus dem Staate Oregon, England habe während des Krieges alle Mittel zur Erdröpfung des feindlichen Handels gerechtfertigt, aber es gebe keine Rechtfertigung dafür, eine solche Politik auch nur einen Augenblick nach Beendigung der Feindseligkeiten fortzusetzen. Zu sagen, England plane ernstlich die Vernichtung des deutschen Handels nach dem Kriege und beabsichtige Deutschland oder irgendein anderes Land auch nach dem Kriege zu verhindern, sich von der unaussprechlichen Vermirrung des Welthandels, unter dem es litt, wieder zu erholen, sei eine offene Mißachtung der Rechte einer jeden Nation.

A. WERTHEIM

G. M. B. H.

Preiswerte Angebote

Große Auswahl

In neuesten

Uebergangshüten

aus Taffet, Duchesse, Kunstseide, zu sehr mäßigen Preisen

Spitzen- Reste und Abschnitte

Valenciennes, Tüll, Spachtel- und Klöppelspitzen und -Einsätze

Hohlraum- Tücher

mit gestickter Ecke

Stück 22 Pf. 32 Pf. 38 Pf.

Blusen

- Bluse aus schwarz-weiß-kariertem Barchent, moderne Form mit Satin-Kragen und Paisel 4.25
- Bluse aus halbwohlenem, kariertem Stoff, mit farbiger Seide garniert 5.90
- Bluse aus geblühtem und gestüpftem Waidwolle, moderne, gezogene Form 5.90
- Bluse aus Paillette mit Glasballist-Garnitur 11.50

Weißwaren

- Tellerkragen aus Balist mit Hohlraum 45 Pf.
- Biedermeierkragen aus Balist mit Hohlraum - Handknöpfchen 65 Pf.
- Tellerkragen aus Balist mit Filetspitze 70 Pf.
- Biedermeierkragen a. Balist m. Filetspitze u. Saumband gestickt 1.05
- Pikeeweste mit Biedermeierkragen und Häkelknöpfen 1.10
- Balistsweste mit Tellerkragen, Saumband, Motiven und Knöpfchen 1.35
- Balistsweste m. Biedermeierkrag. u. Saumband 1.40

Morgenröcke

- Morgenjäckchen aus Flausstoff, mit farbigen Schalkragen 3.75
- Morgenjäckchen aus Flausstoff mit Alltagskragen und Aermelaufsätzen 6.50
- Morgenrock aus Flausstoff, mit Blende und Knöpfen garniert 7.90
- Morgenrock a. halbwohlenem Flausstoff 12.75
- Morgenrock aus Flausstoff mit großem Alltagskragen und Aermelaufsätzen 9.75

Damen-Paletots

- Glodenform mit Gürtel aus dunklen karierten Stoffen 14.75
- Glodenform mit Gürtel, zum Teil mit Plüschkragen in einfarbig u. kariert, weiß, Stoffen 18.75

Seidenstoffe

- Gestreifte Blusenseide . . . Meter 1.25
- Einfarbige Diamantseide . . . Meter 1.75
- Karierte Blusenseide Meter 3.25
- China-Krepp etwa 100 cm breit . . . Meter 5.90

Kleiderstoffe

- Karos schwarz-weiß, doppeltbreit Meter 1.40
- Kinderschollen doppeltbreit Meter 1.65
- Blusenflanell mittelfarbig gestreift, Meter 1.90
- Kostümmstoffe hell gem., etwa 130 cm br., Mtr. 3 M.

Waschstoffe

- Krepon weiß und einfarbig Meter 53 Pf.
- Schleierstoffe einfarbig, etwa 110 cm br., Mtr. 1.25
- Gabardine schwarz-weiß gestreift, etwa 110 cm breit Meter 2.50
- Kräuselstoffe grau gemustert, etwa 120 cm breit Meter 2.80
- Bestickte Schleierstoffe weiß u. einfarbig, etwa 110 cm breit 4.50

Damen-Wäsche

- Taghemden mit Stickerei-Ansatz 2.25 2.50 2.85
- Taghemden m. handgestickt. Madetrapsse 2.90
- Taghemden mit Maschinesticker 2.50 2.60
- Beinkleider Knieform m. Sticker, v. 2 M b. 3.10
- Nadhthemden mit Umlegekragen u. Sticker garniert 4.40 6.25
- Nadhthemden m. Ausschnitt u. Sticker garn. 4.90

Taschen- Tücher

Linon

bunt-kantig, 1/2 Dutzend 95 Pf.
weiß, 1/2 Dtzd. 1.15 1.35

Kaffee- Decken

Gr. ca. 130/130, weiß mit farbiger Kante 2.50

Sport-Jacken und-Paletots

blaue, grüne oder karierte Stoffe

10.25

Reichstag.

80. Sitzung, Sonnabend, den 15. Januar 1916, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung der gezeigten Vorarbeiten über

Die Altersrenten.

Die Kommission hat einstimmig beschlossen, die Regierung zu ersuchen, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch die Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt wird.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Vereits bei Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung habe ich die Auffassung vertreten, daß es sich hier um keine grundsätzliche, sondern um eine reine Zweckmäßigkeitfrage handelt und daß es auf dem Gebiete der Arbeitsversicherung wichtiger Ziele zu erreichen gilt. Man muß doch berücksichtigen, daß es neben der Altersrente die Invalidenrente gibt, die gewährt wird, wenn der Betroffene tatsächlich Invalid geworden ist. Das gilt auch heute noch. Ich hatte den Verbündeten Regierungen zunächst empfohlen, eine Herabsetzung der Altersgrenze im Augenblick nicht eintreten zu lassen, weil ich mit dem Reichssekretär der Meinung war, daß es jetzt mitten im Kriege schwer sein werde, die Grundlagen zu finden, auf denen man diese Herabsetzung aufbauen könnte. Es ist ja auch ungewiss, jetzt eine Erweiterung unserer sozialpolitischen Leistungen eintreten zu lassen, wo wir noch nicht übersehen können, was nach dem Friedensschluß auf diesem Gebiete an anderen, vielleicht wichtigeren Aufgaben an und herantreten wird. Nachdem aber die Kommission einstimmig sich für die Herabsetzung ausgesprochen hat, habe ich mich alsbald im Einvernehmen mit dem Reichssekretär an die Neubearbeitung der Sache gemacht und werde mit größter Verehrung den Verbündeten Regierungen Gelegenheit geben, erneut zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Ueber das Ergebnis wird dem Reichstag bei seiner nächsten Sitzung ein Bericht zugehen.

Abg. Roffenbühr (Zog.):

Da alle Parteien des Hauses einig sind, ist es überflüssig, ausführlich auf die Sache einzugehen. Aber einige Gesichtspunkte möchte ich doch anführen. Beim Privatangestellten-Versicherungsgesetz ist bekanntlich beschlossen, daß die Privatangestellten mit dem 65. Lebensjahr in den Genuss der Rente kommen. Die Reichsversicherungsordnung und das Privatangestelltenversicherungsgesetz sollen sich aber ergänzen. Alle Angestellten mit einem Einkommen von weniger als 2000 M. sind sowohl auf Grund der Reichsversicherungsordnung wie auf Grund des Privatangestelltenversicherungsgesetzes versichert. Also für die Privatangestellten, die weniger als 2000 M. haben, tritt in diesem Fall eine Lücke ein, wenn in dem Gesetz das 65., in dem anderen Gesetz das 70. Lebensjahr als Grenze für den Bezug der Altersrente steht. Ferner hat die jetzige Altersgrenze für die Arbeiter das Bedenken, daß der alte Arbeiter sehr schwer noch Arbeit findet. Selbst wenn er noch eine gewisse Leistungsfähigkeit besitzt, wird er doch meist von vornherein zurückgewiesen. So kann es kommen, daß er auch den Anspruch auf Invalidenrente verliert. Deshalb ist es dringend notwendig, daß ihm auf jeden Fall beim Eintritt des 65. Lebensjahres eine gewisse Beihilfe gegeben wird. Die Leute über 65 Jahre sind in vielen Fällen noch nicht invalide, stehen aber an der Grenze der Invalidität. Die Mittel für die Herabsetzung der Altersgrenze müssen zu beschaffen sein. Im Jahre 1890 hat man angenommen, daß man mit den damaligen Beiträgen nicht auskommen würde. Aber die Beiträge sind nicht erhöht. Die Invaliditätsgrenze ist herabgesetzt, das Heilverfahren ist eingeführt und trotzdem sind noch große Heberlächer erzielt worden. Das Vermögen der Landesversicherungsanstalten ist auf über 2 Milliarden gewachsen. Man kann mit Sicherheit damit rechnen, daß die Zinsentnahmen ausreichen werden, um das zu decken, was die Herabsetzung der Altersgrenze an Mitteln erfordert wird. Gewiß wird auch der Krieg eine erhebliche Belastung der Versicherungsanstalten zur Folge haben. Aber um diese aufzubringen, muß das ganze Reich mit seiner ganzen Kraft eintreten, darunter darf die Herabsetzung der Altersgrenze für die Gewährung der Altersrente nicht leiden. Schließlich möchte ich die Regierung ersuchen, die alte Bestimmung in die Reichsversicherungsordnung aufzunehmen, daß die Rentenansprüche, die aus der Militärdienstzeit abgeleitet wurden, vom Reiche getragen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Becker-Arnsherg (Z.):

1911 mußte ich Sie bitten, im Interesse des Zustandekommens der Reichsversicherungsordnung die Herabsetzung der Altersgrenze für die Gewährung der Altersrente abzuschließen. Heute bin ich in der angenehmen Lage, die Herabsetzung befristet zu können. Die Forderung ist so populär, daß man selbst eine kleine Beitragserhöhung dafür in Kauf nehmen würde.

Abg. Baffermann (natl.):

Begrüßt ebenfalls den einstimmigen Beschluß der Kommission und hofft, daß die vom Staatssekretär zugefaltene erneute Prüfung zu einer Zustimmung seitens der Regierung führen wird.

Abg. Weinhausen (Vp.):

Die schwierige Finanzlage des Reiches verstehen wir nicht. Aber in einer Zeit, in der mit Milliarden gerechnet wird, darf die Durchführung einer solchen sozialen Maßregel nicht an finanziellen Bedenken scheitern.

Abg. Dr. Dertel (L):

Schließt sich dem Vordränger an; bei der Erfüllung dieses alten Bundes auch der konservativen Partei dürften ein paar Millionen keine Rolle spielen.

Abg. Mumm (wirtsch. Vg.):

erklärt den heutigen Tag der Einigkeit für einen Ehrentag des Reichstages.

Die Debatte schließt. Die Resolution der Kommission wird einstimmig angenommen. Die zweite Beratung der gezeigten Vorarbeiten über die Altersrente ist damit erledigt. Die dritte Beratung wird auf Antrag Baffermann (natl.), dem sich Abg. Scheibemann (Zog.) anschließt, vorbehalten, weil dadurch die Möglichkeit besteht, falls die Regierung eine Vorlage nicht einbringt, daß dies bei der dritten Sitzung vom Hause aus geschehen kann. Es folgt die Beratung über

Beurlaubungsfragen.

Hierzu beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (Zog.), die Wohnung der in Preussensland stehenden Mannschaften ab 1. Dezember 1915 auf 80 Pf. für die im Inland befindlichen auf 50 Pf. festzusetzen sowie die bisher bezahlten Zulagen den Mannschaften auch weiterhin zu gewähren. Zu der Resolution der Kommission, die eine weitere Reform der Beurlaubungsordnung wünscht, beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (Zog.) den Antrag, daß die Gehälter der Offiziere einer Revision unterzogen werden und daß Zulagen beseitigt werden, denen eine erhebliche Verdrückung nicht gegenüber steht. Weiter beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (Zog.), daß die Resolution, die die Erhöhung des Beurlaubungsgeldes für alle Mannschaften und Unteroffiziere auf 1,20 M. pro Tag erhöhen will, dem Reichskanzler nicht als Material, wie die Kommission es wünscht, sondern zur Beschäftigung überwiesen wird.

Abg. Stücken (Zog.):

Im August hat der Reichstag verlangt, daß eine sofortige allgemeine Revision der Beurlaubungsordnung veranlaßt wird und daß dem Reichstag ein Gesetzentwurf über die Beurlaubungsordnung vorgelegt wird. Nur die ängstliche Rechte war dagegen, weil sie die Beurlaubungsordnung (R. V. O.) für einen Ausfluß der kaiserlichen Kommandogewalt hält. Einen solchen Gesetzentwurf dem Reichstag vorzulegen, war ohne umfangreiche Arbeit möglich, es genügt, die jetzige R. V. O. vorzulegen, wie werden dann schon dafür sorgen, daß etwas Vernünftiges herauskommt. Gewiß muß die Militärverwaltung im Kriege im großen Umfang frei Hand haben. Darum werden die Beurlaubungsfragen als Ausnahme bewilligt. Aber Ausgaben, die von vornherein festgesetzt werden können, an denen der Kriegszustand nichts ändert, kann und muß der Reichstag festlegen. Zur gezielten Regelung der R. V. O. war Anlaß, als die Beurlaubungsordnung gelehrt geregelt wurde. Die Kommandogewalt des Kaisers erstreckt sich auf das ganze deutsche Heer, die R. V. O. aber konnte er als König von Preußen nur für das preussische Kontingent festlegen; daraus folgt schon, daß die R. V. O. mit der kaiserlichen Kommandogewalt nichts zu tun hat. Ueber die Verwendung der bewilligten Beurlaubungskredite muß dem Reichstag Rechnung gelegt werden. Der Reichstag muß daher auch die Möglichkeit haben, auf Sparfamkeit zu dringen und das ist bei der R. V. O. möglich. Für den Standpunkt der Regierung, daß die R. V. O. Ausfluß der Kommandogewalt ist, findet sich in der ganzen Literatur nicht eine einzige zustimmende Stellung. Im Januarheft der „Deutschen Juristenzeitung“ ist von dem Senatspräsidenten Stuy betont, daß die R. V. O. weder dem Parlament vorgelegt, noch überhaupt publiziert worden ist. Schon daraus ergibt sich ihre Ungeheuerlichkeit. Auch der Einwand des Herrn Baffermann, man könne die Frage im Kriege nicht regeln, trifft nicht zu. Wie notwendig die Regelung ist, zeigt schon die Vermittlung über die Frage, was mobil und immobil ist. Ist es doch vorgekommen, daß ein großer Truppenträger nachträglich mit schmerzlicher Kraft für mehrere Monate für mobil erklärt worden ist. Bei der Revision, die die Regierung vorgenommen hat, hat sie die Bezüge der Offiziere und hohen Beamten nicht getürrt, sondern sie hat unten angefangen. Das war natürlich unser Wunsch nicht. Von den Beamten beziehen viele schon über 15 Monate lang

doppelte Bezüge.

Der Krieg soll aber nicht dazu dienen, daß einzelne Kreise in der Lage sind, sich höhere Einkommen zu verschaffen, er darf nicht eine Art Geldvermehrung sein. Wir bemerken auch, jene Industriemittel zu lassen, die sich dabei aus dem Kriege ein Vermögen schaffen, um so unverantwortlicher wäre es, diesen Zustand des doppelten Gehaltsbezuges zu dulden. Wessenhaft haben sich Beamte zu Beginn des Krieges zur Verfügung gestellt, ich nehme an, aus Begeisterung. Als aber gleich darauf der Landsturm ausgebrochen wurde, hätten diese Leute auch als Landsturmpflichtig behandelt und soweit nötig, zur Wahrnehmung der Beamtenstellen kommandiert werden müssen. Das wäre für sie zwar ein finanzieller Nachteil gewesen, sie wären aber immer noch besser daran, als die Leute, die draußen in den Schützengräben Kopf und Argen riskieren. (Sehr richtig.) Die Kriegsgeldsätze bezogen 250 bis 600 M. monatlich. Im Kriege, ganz ohne Rücksicht auf ihr Dienstalter, 880 M. Der älteste hat also eine Zulage von 200 M., der jüngste eine solche von fast 600 M. Das widerspricht jedem Gefühl von Gerechtigkeit. Jetzt ist eine Revision dahin getroffen, daß die jüngeren etwas gekürzt sind, auf 300 M., der älteste ist aber noch gesteigert, von 880 auf 840 M. Ebenso liegt es bei anderen Beamtenkategorien. Bei der Reform hat man nicht einmal die Zulagen in der Heimat getürrt. Der Senatspräsident beim Reichsmilitärgericht, dessen Arbeit durch den Krieg in keiner Weise vermindert ist, bekommt eine Zulage von monatlich 187,50 M., sogar der Bibliothekar 82,50 M. Während die Gehälter der Offiziere nicht reduziert sind, sind eine ganze Anzahl schlecht bezahlter unterer Beamter noch mehr verschlechtert worden. Besonders schlecht stehen auch die Offiziersstellvertreter, die von 150 auf 130 M. herabgesetzt sind. Wenn sie Offiziere zu vertreten haben, verlangt man von ihnen, daß sie denselben Aufwand treiben. Ueberhaupt handelt es sich hier um eine unglückliche Schöpfung. Die Herren haben den Wunsch, Heilwettbewerb genannt zu werden. Dofftr einzutreten, ist nicht meine Aufgabe, aber zweifellos ist es unbillig, daß sie bald wie Offiziere, bald wie Mannschaften behandelt werden.

Außer den Offizieren sind auch die Bezüge der Feldpfarrer nicht reduziert worden. Diese beziehen monatlich 780 M. neben ihrem Zivileinkommen. Im „Reichsboten“ hat sich ein Pfarrer gegen diese Doppelbezahlung gewendet. Aber schon zwei Tage später antwortete ein anderer Pfarrer, der diese Doppelbezahlung mit einer ganzen Zahl von Gründen zu rechtfertigen suchte, u. a. auch damit, daß den Pfarrern dadurch endlich die Möglichkeit gegeben ist, aus ihren Schulden herauszukommen. (Große Heiterkeit.) Er sagt, wie soll denn ein Pfarrer, der Familie hat, bei 8200 M. außer freier Dienstwohnung ohne Schulden auskommen. Nun dafür fehlt mir jedes Verständnis. Jedenfalls wäre es ein ganz neuer Grund, daß man in den Krieg zieht.

um seine Schulden zu bezahlen.

Ich kenne die Aufgabe der Feldpfarrer nicht, aber die ganze Art ihrer Tätigkeit ist doch so, daß man den Enigelt dafür nicht mit ihr zu nahe zusammenrechnen soll. Die R. V. O. mit ihren hohen Sätzen ist auf einen ganz kurzen Krieg zugeschnitten, an einen Krieg von solcher Dauer hat zweifellos kein Mensch gedacht. Die Regierung mußte von selbst an die Revision herantreten, um Sparnisse zu machen, tut sie es nicht, so muß der Reichstag sie dazu zwingen. Gerade die Gehälter und Zulagen der R. V. O. sollten die Regierung veranlassen, sie dem Reichstag vorzulegen, damit die größten Ungleichheiten beseitigt werden. Vielleicht müssen die Offiziere draußen mehr ausgeben, aber das rechtfertigt in keiner Weise die hohen Gehälter; man kann den Offizieren doch nicht unterstellen, daß sie draußen für Geld kämpfen. Wo alle Opfer bringen müssen, werden auch die Offiziere dazu bereit sein. Man sagt, der Offizier muß einen doppelten Gehaltslohn führen. Nun, für den Haushalt, den er im Schützengraben führt (Heiterkeit), habe ich kein Verständnis, es kann doch höchstens in der Stuppe davon die Rede sein, und wenn er da wirklich etwas schlechter gestellt ist, so wird dies Unglück zu ertragen sein.

Wir wollen aber nicht nur sparen, sondern da, wo es notwendig ist, auch geben. Wie der lange Krieg die Ermöglichung der hohen Gehälter rechtfertigt, so macht er die Erhöhung der niedrigen Bezüge geradezu zur Notwendigkeit. Deshalb wünschen wir die Erhöhung der Mannschafszulage auf 50 und 60 Pf.

Es deckt sich das mit einem Zentrumsantrag in der Kommission, der eine 50 prozentige Erhöhung verlangt. Aber gerade das Zentrum will diesen Antrag der Regierung nur als Material überweisen. Was das bedeutet, wissen wir alle. Man denkt dabei unwillkürlich an einen großen Papierloch, der alles Material verschlingt. Wir wollen einen positiven Beschluß. Der Schatzsekretär meinte, wir wollten den Soldaten dadurch nur die Möglichkeit geben, Geld nach Hause zu schicken. Das ist keineswegs unsere Absicht, für die Heimat verlangen wir eine direkte Erhöhung der Familienunterstützungen, die höchsten Bezüge der Soldaten sollen ihnen selbst dazu dienen, sich Lebensmittel und andere Dinge zu kaufen, die auch der Soldat sich kaufen kann und deren Preis um 100 und 200 Proz. gestiegen sind. Es fragt sich nur, ob man diese Ausgaben decken kann, und da würde es nicht zu verstehen sein, wenn man sagen wollte, gerade für die Soldaten können sie nicht gemacht werden. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Schatzsekretär sagte, er habe zwei Herzen, ein finanzielles und ein warmes. Ich lege diesen

Antrag an sein warmes Herz. Gewiß kostet er Geld, aber gerade hier, wo es sich um die Soldaten handelt, wäre die Sparfamkeit nicht angebracht. Dagegen bitte ich um Auskunft über die Tätigkeit der Wirtschaftsausschüsse im Felde. Dort sollen prominente Persönlichkeiten dabei sein, für die keineswegs eine ausreichende Beschäftigung vorhanden ist. Da scheint Sparfamkeit eher an Blage. Auch die Erhöhung des Beurlaubungsgeldes wünschen wir der Regierung zur Berücksichtigung nicht als Material überweisen. Natürlich sind wir auch damit einverstanden, daß das Mannschafszulagegesetz eine wesentliche Verbesserung erfährt und auf alle Eingezogenen ausgedehnt wird, ohne eine Dienstbeschädigung erlitten zu haben, während bei Dienstes krank und invalide geworden sind; auch diesen sollte eine Versorgung gewährt werden. Ein derartiges Gesetz sollte dem Reichstag möglichst bald unterbreitet werden, denn draußen möchte man doch gern wissen, was man nach dem Krieg an Versorgung zu erwarten haben wird. Wollen Sie in den Schützengräben Freude und Begeisterung erregen, so stimmen Sie unseren Anträgen zu, die einerseits Ersparnisse, andererseits aber für die Soldaten berechnete Zulagen bringen. Ledt die Regierung das ab, so sollte der Reichstag die Mittel anwenden, die er hat, um die Regierung zu zwingen, seinen Wünschen Rechnung zu tragen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Colfer (natl.):

Die Beurlaubungsordnung ist sicher kein schönes Gesetz. (Heiterkeit.) Sie enthält so viele Unbilligkeiten, daß es sehr schwer ist, Einseitigkeiten hineinzubringen. Eine wirklich kostengemäße Reform dieses schwierigen Gesetzes würde und bis in den Sommer festhalten. Wichtig ist, sie geht auf der einen Seite zu viel und auf der anderen Seite zu wenig, aber es würde zu großen Unbilligkeiten führen, wenn man nun einfach das Juviel von der einen Seite nehmen und der anderen Seite zulegen würde. Sobald wir Zeit haben, also sobald Frieden ist, werden wir natürlich die notwendige Reform der Beurlaubungsordnung vornehmen müssen. Darüber gibt es allerdings keine Meinungsverschiedenheit unter uns, daß kein Geld zu viel ist, um es unseren braven Mannschaften zuzuführen. Es kommt nur auf das Material an. Ich stimme der Ueberweisung der Resolution als Material zu, aber nicht etwa in dem Sinne, daß sie nun in den Papierkorb wandern soll, sondern in der Ueberzeugung, daß dafür gesorgt werden wird, daß für wirklich bedürftige Mannschaften gesorgt wird. Auch bei den Offizieren bestehen vielfach Härten in der Beurlaubung.

Stellvertretender Kriegsminister v. Wandel:

Der Reichstag hat im August eine Revision der Beurlaubungsordnung verlangt. Inzwischen ist diese in Angriff genommen worden und sind Taten geschehen. Es wurden sehr umfangreiche, einschneidende und wirkungsvolle Änderungen vorgenommen. Wir sind dabei, die R. V. O. weiter durchzuarbeiten und hoffen, sobald das Vollen ist, auch damit hervortreten zu können. Der finanzielle Effekt der Änderungen geht in die Tausende von Millionen, die bereits export wurden. Die Frage der Reichsgültigkeit der R. V. O. möchte ich nicht weiter erörtern, sie ist strittig; ich verweise aber auf den Vortrag Professor Arndts in der Juristischen Gesellschaft, der ausführlich die Reichsgültigkeit der R. V. O. aus der historischen Entwicklung darlegt hat. Die Schwierigkeiten, die der Umarbeitung der R. V. O. entgegenstehen liegen darin, daß eine unzählige Menge von Klassen und Personen zu berücksichtigen sind — beinahe täglich werden Stellen geschaffen, deren Besetzen vorher nicht zu erwarten war —, daß die verschiedenen Dienstverhältnisse, mobile und immobile, berücksichtigt werden müssen, und daß nicht allein das Kriegsministerium beteiligt ist, sondern daß innerhalb des Heeres auch zahlreiche Beamte anderer Behörden beschäftigt sind, so von der Post, Eisenbahn usw., deren eigentümliche Verhältnisse auch Berücksichtigung verlangen. Es ist ganz unmöglich, unter den Verhältnissen des Krieges in kurzer Zeit eine vollständig neue R. V. O. auszuarbeiten. Man kann auch nicht einzelne Steine herausgreifen, sonst stürzen sofort andere nach und das erfordert dann weitere Maßnahmen. Würde die Mannschafszulage einheitlich auf 80 Pf. erhöht, so würde der Geffreite weniger haben als der Gemeine, es müßte für den Geffreiten ein besonderer Satz geschaffen werden usw. Eine so große Änderung ist nur möglich, wenn das Ganze erfolgt wird. Ich habe auch das warme Herz für die Leute und selbstverständlich wünsche ich, daß die Zulagen so hoch wie möglich wäre. Die Gründe dagegen darf man auch nicht unterschätzen. Eine schematische Erhöhung, daß jedem so und so viel zugelegt wird, würde dazu führen, daß Leute mehr bekommen, die es gar nicht nötig haben und viele Klassen erhöht würden, die jetzt schon verhältnismäßig hoch besoldet sind. Verheiratete und Unverheiratete würden gleichmäßig viel bekommen, der Mann in der Stuppe ebenso viel wie der vorne; der Feldwebel, der schon heute recht gut bezahlt ist, würde bei einer Erhöhung um 50 Proz. von 130 M. auf 184 M. steigen, was kein Grund vorliegt. Also man kann nicht einfach schematisch erhöhen. Auch die finanziellen Wirkungen wären recht erhebliche. — Ob eine Herabsetzung der Offiziersgehälter der höheren Klassen möglich ist, unterliegt der Prüfung. Früher hat Abg. Stücken gesagt, daß er an den Gehältern der höheren Offiziere nicht zu irgendwelchen Beschlüssen. Ledrigen sind die Gehälter der Offiziere sehr erheblich herabgesetzt worden, z. B. bei den Besatzungstruppen in Belgien auf den immobilen Stand, während die Mannschaften nach wie vor die höheren mobilen Gehälter erhalten. Die bei den Wirtschaftsausschüssen beschäftigten Offiziere bekommen nicht als ihre militärisches Einkommen und die aus Zivileinkommen herangezogenen Persönlichkeiten erhalten die in der R. V. O. vorgeschriebenen nicht erheblichen Tagelöhne. Die Leistung der Wirtschaftsausschüsse, die Abg. Stücken abfällig kritisiert hat, sind ganz außerordentlich vorzüglich. Sie haben sich auf allen Gebieten der Wirtschaft, des Ackerbaus und der Industrie und in anderer Beziehung hervorragend betätigt und wenn unsere Leute draußen so gut versorgt sind, wie es geschieht, weiter große Vorräte aus den besetzten Gebieten in das Inland gekommen sind, wo sie uns die Ernährung erleichtern, so verdanken wir das zu einem sehr großen Teil der geschickten und unermüdeten Tätigkeit der Wirtschaftsausschüsse. (Zustimmung.) — Ein Offiziersstellvertreter, der überzählig wird, weil ein Offizier zur Truppe kommt, tritt nicht in den Feldwebel- oder Regimentswebelgrad zurück, sondern bleibt ein Offiziersstellvertreter, bis wieder eine Stelle frei wird; es treten nur diejenigen zurück, die aus disziplinarer oder sonstigen militärischen Gründen nicht mehr für diese Stelle geeignet sind. Ich werde prüfen, ob die Schaffung von Oberfeldwebeln möglich ist. Ich bitte um das Vertrauen zu schenken, daß wir die R. V. O. gründlich prüfen und mit Vorschlägen — (Der Kriegsminister verbeifert sich.) — Mitteilungen über die Änderungen, die wir im Einvernehmen mit dem Reichskanzler für zweckmäßig gehalten haben, an den Reichstag herantreten werden. Die sozialdemokratischen Anträge bitte ich abzulehnen, sie sind nicht durchführbar. (Beifall.)

Reichssekretär Dr. Seiffert:

Wenn Abg. Stücken behauptet hat, daß wir von unten angefangen hätten, so reformieren, so kann ich diese Kritik nicht als berechtigt anerkennen. Wir haben nicht unten angefangen, sondern die Wünsche erfüllt, die der Reichstag selbst ausgesprochen hat; vor allem ist die doppelte Bezahlung beseitigt worden. Das muß gesagt werden, damit die Offenlichkeit kein falsches Bild bekommt. Was die Erhöhung der Mannschafszulage anlangt, so ist ja zweifellos, daß man bei den Soldaten nicht von Leistung und Bezahlung sprechen kann. Der Soldat kämpft für Hof und Heerd, für seine eigene Familie, für seine künftige Existenzmöglichkeit, für das Vaterland, das Volk kämpft für sich selbst. (Beifall.)

Der Begriff der Bezahlung kann hierauf nicht angewendet werden. Das aber gegeben sein kann, ist, den Truppen drauhen das Leben so erträglich wie möglich zu machen. Wie das im einzelnen gesehen sein kann, ist eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Ob zum Beispiel gerade die Erhöhung der Mannschafslöhne das richtige Mittel ist, kann durchaus zweifelhaft sein. Man kann mit dem warmen Herzen bei den Soldaten sein und braucht doch dieses Mittel nicht für das richtige zu halten. Die Frage der Gestaltung des Looies unserer kämpfenden Truppen darf nicht isoliert auf die Frage der Mannschafslöhne zugespielt werden. Viel wichtiger ist, daß der Mann drauhen weiß, daß für seine Familie zu Hause alles Mögliche geschieht. Für ihn spielt die Geldbezahlung nur eine Nebenrolle; wichtiger ist für ihn, was er von der Truppe erzählt. (Sehr richtig!) Wir haben uns also durchaus nicht so kalt und ablehnend verhalten, wie der Abg. Stücklen gemeint hat. Ich bin auch gern bereit, über das, was bisher schon geschehen ist, noch hinaus mit dem Kriegsminister in neue Verhandlungen einzutreten, um überall die bessernde Hand anzulegen, wo noch geholfen werden kann. Ich glaube auch, daß wir auf diesem Wege mit weniger Geld unendlich viel mehr leisten werden als mit einer Erhöhung der Mannschafslöhne für die ganze Armee. Darauf muß ich nämlich auch bei dieser Gelegenheit halten, daß mit dem Gelde haushälterisch umgegangen wird.

Das finanzielle Durchhalten in diesem Kriege ist nicht leicht, sondern wird schwerer mit jedem Tage.

Solange ich auf diesem Posten stehe, werde ich alles tun, was uns das finanzielle Durchhalten erleichtern kann. (Beifall.) Es ist ja außerordentlich leicht, solche Anträge zu stellen und schwer, ihnen zu widersprechen. Es wäre für mich außerordentlich bequem, zu sagen, daß ich mit den Anträgen einverstanden bin. Aber ich kann es beim besten Willen nicht. Ich werde mich von den strengen Mahnen meiner Finanzpolitik nicht abbringen lassen, und ich muß, mag es auch nicht populär sein — der Reichsfinanzsekretär ist überdies nicht sehr populär (Weiterkeit) —, dafür sorgen, daß wir finanziell durchhalten können. (Beifall.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp):

Wir empfinden den Unterschied zwischen Mannschafslöhnen und Offiziersgehältern sehr unangenehm. Der Grundlag, daß die Wohnung keine Bezahlung darstellen kann, sollte nicht nur für die Mannschaften, sondern für alle Kriegsteilnehmer gelten. Daß die Berufsoffiziere im Frieden Bezahlung erhalten, ist selbstverständlich und niemand wird verlangen, daß sie im Kriege weniger erhalten. Unverständlich ist nur für weite Kreise, daß auch Reserve- und Landwehrsoldaten so hohe Gehälter erhalten. Auf der anderen Seite geht es aber wieder nicht an, diese Offiziere geringer zu bezahlen als die anderen. Der Gegensatz zwischen Offizieren und Mannschaften in der Bezahlung wird auch gemildert durch die Familienunterstützung, die den Angehörigen der Mannschaften zuteil wird. Unverständlich ist uns aber, warum die Offiziersgehälter im Kriege namhaft höher sein müssen als im Frieden; dafür liegt gar kein Grund vor. Wenn man von dem Grundsatz ausgeht, im Kriege soll nicht mehr bezahlt werden als im Frieden, so wäre die Durchführung der Reform der Kriegsbezahlungsordnung sehr einfach. Wir werden für den Antrag Albrecht in bezug auf die Revision der Offiziersgehälter eintreten. Dagegen können wir dem sozialdemokratischen Antrag zur Erhöhung der Mannschafslöhne nicht zustimmen, da es an dem nötigen Material fehlt, um seine finanzielle Wirkung zu beurteilen. Wir haben auch das Vertrauen zur Militärverwaltung, daß sie den entsprechenden Wunsch der Kommission nicht in den Papierkorb wandern lassen, sondern nach Möglichkeit berücksichtigen wird. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. Spahn (Z):

tritt für die Kommissionsanträge ein. Im einzelnen bleibt der Redner auf der Tribüne verständlich.

Abg. Arsch (L):

Auch wir haben den Wunsch, unseren Soldaten drauhen möglichst viel zuzuwenden. Aber von einer Kürzung der Offiziersgehälter kann keine Rede sein. Wollen Sie etwa Hindenburg sein Gehalt kürzen? Wir stehen auch hier auf dem Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft von der gebotenen Ungleichheit. Es wäre ja auch langweilig, wenn alles gleich wäre. Es kommt eben doch sehr auf die Führung an. Seien wir dankbar, daß wir Führer haben, denen das deutsche Volk ruhig seine Zukunft anvertrauen kann. (Bravo! rechts.)

Abg. Berner (Wirtsch. Bg):

tritt für eine bessere Bezahlung der Mannschaften ein und tritt der Forderung auf Revision der Kriegsbezahlungsordnung bei.

Abg. Stücklen (Soz):

Gegenüber dem Herrn stellvertretenden Kriegsminister bemerke ich, daß ich mich mit meinen Worten vom August nicht im geringsten im Widerspruch gesetzt habe, wenn ich heute, nachdem der Krieg solange gedauert, einmal den Antrag stelle, daß auch die Gehälter der Offiziere einer Revision unterzogen werden könnten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Tätigkeit im Wirtschaftsausschuss habe ich nicht kritisiert, sondern lediglich im Ausnahmefalle geäußert. Wenn Herr Heisterich sich darüber aufgehalten hat, daß ich Einzelvorfälle vorgebracht habe, so ist es etwas Neues, wenn hier vom Regierungssitz aus eine Zensur daran geübt wird, was ein Abgeordneter glaubt, vortragen zu müssen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich stimme dem Staatssekretär darin bei, von einer Bezahlung der militärischen Leistungen kann keine Rede sein. Wenn man das aber anfängt, um die Erhöhung der Mannschafslöhne zu bekämpfen, dann darf man auf der anderen Seite nicht sagen, an den Gehältern der Offiziere darf nicht gerüttelt werden. Die Unterstellung, als ob wir unsere Anträge nur aus agitatorischen Gründen stellen, muß ich auf das entschiedenste zurückweisen. Die Sorge für die Reichsfinanzen teilen auch wir, gerade weil wir uns bewußt sind, daß später, wenn einmal die Deckungsfrage erörtert wird, auch die Sozialdemokraten der Frage werden näher treten müssen, wie wir dabei mitarbeiten werden. Deshalb bringen wir auf der einen Seite auf weitgehende Sparmaßnahmen und wünschen, daß auf der anderen Seite den Soldaten das gegeben wird, worauf sie Anspruch haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Damit ich ließe die Debatte. Die Abstimmung über die Resolutionen wird auf Montag vertagt.

Es folgt die Besprechung des

„Baralong“-Falls.

Abg. Graf Weltarp (F):

als Berichterstatter der Kommission: Ein feiger Mord ist geschehen. Tapfere deutsche Seesoldaten sind der ehrlichen Ausführung ihres Berufes zum Opfer gefallen, nachdem sie der türkische Feind in schändem betrügerischen Mißbrauch der amerikanischen Flagge in seine Gewalt bekommen hat. Mit Recht hat die deutsche Regierung eine Sühne dieses Verbrechens gefordert. Die Sühne ist schon abgelehnt worden. Der Vorschlag, diesen Fall einem Schiedsgericht zu unterbreiten, steht, mag man über das Schiedsgericht denken wie man will, einer Ablehnung gleich, denn er ist kein Ersatz für die Sühne und die Strafe, die das eigene Land an den aus seiner Mitte hervorgegangenen Verbrechern zu vollziehen hat. Die Form, in der die Ablehnung seitens der englischen Regierung befohlen worden ist, entspricht nicht dem Ernst, nicht der Würde der Sache und der Stunde. Die ganze Note ist durchzogen von einem Tone, für den Fremdworte gebraucht werden müssen, von dem Ton suffizianter Arroganz, anmaßender Ueberhebung, den England am Plage zu halten scheint, überall da, wo es glaubt, mit Völkern zu tun zu haben, die es als verächtliche kleine Rassen bezeichnet; einen Ton aber, den das deutsche Volk sich gefallen zu lassen, weder ge-

nötigt noch gewollt ist. Das Unerhörteste ist, daß England gewagt hat, in seiner Antwort gegen unsere Armeen, gegen unsere Truppen zu Lande und zu Wasser, gegen unser deutsches Volk in Waffen den Vorwurf zu erheben, daß unser Heer in ungezählten Fällen Verbrechen der schwersten Art begangen hätte. Worte der Abwehr gegen diesen Vorwurf mit ausreichender Schärfe lassen sich nicht finden. Eine solche verleumderische Falschbildung fällt auf ihren Urheber zurück, und wie die Tat des „Baralong“ ein Schandfleck ist für den Namen seines Schiffes und seines Offiziers, so ist die englische Note ein Denkmal der Schande für England. (Lebhafte Zustimmung.) Der Ausschuss beschäftigte sich auch mit der Antwort, die die deutsche Regierung auf diese Note erteilt hat. Man mag über Einzelheiten, über den Zeitpunkt der Bekanntgabe der Note und ihrer Antwort, über das Maß der Darlegungen, dessen England gewürdigt worden ist, verschiedenen Ansicht sein können. In der Hauptsache bestand auch hier in den Verhandlungen des Ausschusses volle Einigkeit. Die Darlegungen über die einzelnen von der englischen Regierung vorgebrachten Fälle und die übrigen völkerrechtlichen Ausführungen der Note sind, wie alle Parteien anerkannt, klar, schlüssig und unumwogen. Volle Zustimmung fand es und als selbstverständlich wurde es von allen Seiten erachtet, daß unsere Regierung es abgelehnt hat, in dem Falle weitere Verhandlungen zu führen und, was die Hauptsache ist, volle Einigkeit bestand darin, daß jetzt die Antwort besteht in der Tat, in entschlossener Tat. (Lebhafte Zustimmung.) Der Ausschuss hat die Möglichkeiten solcher Tat erörtert, er ist zu dem Ergebnis gekommen, daß es im Augenblick nicht angebracht ist, darüber öffentlich zu sprechen und hat seine Verhandlungen für vertraulich erklärt. Er richtet an die Vollversammlung des deutschen Hauses gleichfalls die Bitte, sich auf die Einzelheiten nicht einzulassen. Für Worte ist die Zeit nicht da, die Stunde gebietet entschlossenes Handeln. (Lebhafte allseitige Handklatschen.)

Abg. Roske (Soz):

Mit heller Empörung haben alle Kreise des deutschen Volkes von dem Vorkauf der englischen Note in der „Baralong“-Affäre Kenntnis genommen. Als vor Monaten die ersten Berichte darüber kamen, daß Mannschaften eines deutschen U-Bootbootes durch die Befragung eines englischen Hilfskreuzers in gerabeger bestialischer Weise getötet worden seien, habe ich und mit mir wohl viele andere eine Zeitlang an der Richtigkeit der Angaben Zweifel gehabt. Es erschien geradezu ungewöhnlich, daß Seeleute es sollten fertig gebracht haben, auf hilflos im Wasser treibende Menschen zu schießen und sie zu töten und schon gereizte Mannschaften, die aber doch wehrlose Gegner geworden waren, meuchlings zu erschlagen. Wir haben seitherzeit mit Genugtuung gehört, daß Engländer Deutsche getötet haben; es ist selbstverständlich, daß Deutsche wehrlos gewordenen Feinden gegenüber ebenso handeln. Kelteten bisher englische Schiffe mehr deutsche Seeleute, als deutsche Schiffe englische Seeleute aufnehmen konnten, worauf die englische Regierung wiederholt und jetzt wieder in ihrer Note protestantisch hingewiesen hat, trotzdem damit nur ganz Selbstverständliches geschehen ist, so nur deshalb, weil die Umstände es nicht anders mit sich gebracht haben. Im Falle „Baralong“ kann nun schon lange nicht mehr daran geäußert werden, daß die Aussagen amerikanischer Zeugen vollen Glauben verdienen. (Sehr wahr!) Wäre es anders, dann würden die englische Regierung und die englische Presse sehr bald mit der Entrüstung, die sie so gut zur Schau zu tragen wissen, den amerikanischen Zeugnisausagen und den Erörterungen in der deutschen Presse entgegengetreten sein. Das Schweigen kann nach meinem Empfinden gar nicht anders denn als Schuldbekennung bewertet werden. (Sehr richtig!)

Dann habe ich mir selbstverständlich auch die Frage vorgelegt, was die deutsche Regierung wohl tun werde, um Sühne für den feigen Mord an braven deutschen Soldaten herbeizuführen. Das deutsche Volk verspürt gar keine Reigung dafür, seine braven U-Boot-Leute als Freiwild von England behandeln zu lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb ist es seitherzeit ganz allgemein mit Genugtuung aufgenommen worden, als durch

Repressalien

die englische Regierung genötigt wurde, Gefangenen, Offiziere und Mannschaften deutscher U-Boote die anfänglich verweigerte ehrenvolle Behandlung als Kriegsgefangene zu gewähren. Nur absolut selbstverständlich war es, daß die deutsche Regierung im Falle „Baralong“ Bestrafung der Schuldigen forderte. Allen Angehörigen in dem schon an sich furchtbaren Kriege entgegenzutreten, hat jede Regierung und jedes Volk allen Anlaß, schon um das Zusammenarbeiten der Nationen nach dem Kriege nicht unmöglich zu erschweren. (Sehr wahr!) Die Bereitwilligkeit dazu läßt die englische Antwort auf die deutsche Note im Falle „Baralong“ allerdings absolet vermissen. Die englische Antwort auf die Forderung der Bestrafung der „Baralong“-Leute ist das Empörendste, was wir an Jnnismus bisher auf diplomatischem Gebiete während des Krieges erlebt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Ausflüchte der englischen Regierung, die sie weigert, die Bestrafung vorzunehmen, laufen indirekt auf eine Billigung des Mordes an den deutschen Seeleuten hinaus. Dafür hat das deutsche Volk gar kein Verständnis, es muß selbstverständlich volle Sühne fordern. (Erneute Zustimmung.) Mit Genugtuung haben wir während des Krieges Kenntnis nehmen können, daß neutrale Staaten voll anerkannt, daß die deutsche Regierung vorgekommene Ungehörigkeiten mißbilligt und sofortige Genugtuung gewährt.

Die englische Regierung bedrückt sich, deutsche Soldaten und deutsche Matrosen zu beschimpfen und ihnen den Vorwurf verbrecherischer Handlungen zu machen. Wir nehmen unsere Volksgenossen mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Verunglimpfung in Schutz. (Lebhafte Beifall.) In einer Erklärung hat vor Monaten der Vorstand der sozialdemokratischen Partei betont, daß die deutschen Soldaten

keine Hunnen und keine Barbaren

sind. Wir wissen, daß unsere Söhne und Freunde im Felde sich an menschlicher Gestattung und an kulturellem Empfinden von den Soldaten der feindlichen Länder ganz gewiß nicht übertreffen lassen. (Stürmische Zustimmung.) Schließlich sind die deutschen Soldaten nicht Autotomlinge von Affen, die sich von Menschenfleisch ernähren, und nun von Frankreich und England nach Europa gebracht und ins Feld geführt werden. (Lebhafte Sehr richtig!) Die Angehörigen unseres Heeres und unserer Flotte stammen aus unserer Mitte und sind durch unsere politische und gewerkschaftliche Schule gegangen. Wir wissen, daß sie in treuer Pflichterfüllung den Kampf für die Sicherung ihres Landes, für ihre eigene Ehre und für die Zukunft ihrer Kinder führen. (Lebhafte Beifall.) Auch die Männer, die in harter Pflichterfüllung den schweren Dienst auf den U-Booten tun, verdienen nicht den Vorwurf des Barbarentums, am allerwenigsten aus englischem Munde. (Stürmische Zustimmung.) England hat sich nicht gescheut, weil es an eine Wiedererringung unseres Heeres nicht glaubte, den Aushungerungskrieg gegen unsere Frauen und Kinder zu beginnen. An der Antimortnote unserer Regierung freyt mich die Feststellung, daß die leitenden Stellen im deutschen Heere und in der deutschen Marine nach wie vor den Krieg nach den Grundsätzen des Völkerrechts und der Menschlichkeit führen werden und daß sie streng darauf achten werden, daß alle etwa vorkommenden Verstöße genau untersucht werden sollen. Beim Lesen der deutschen Antwortnote konnte man sich allerdings im ersten Augenblick fragen, ob auf den Jnnismus der englischen Note nicht eine Antwort in energischerem Tone am Plage gewesen wäre. (Abg. Dr. Liebnecht: Hört! hört!) Das wäre an sich durchaus berechtigt gewesen. (Allseitige Zustimmung.) Aber ich billige die maßvolle Zurückhaltung; die Antwort ist nach meinem Empfinden durchaus ernst und würdig und Deutschlands gutes Recht ist in diesem Falle ein viel besseres Argument, als es starke Worte hätten sein können. (Sehr wahr!) Natürlich ist es auch unsere Meinung, daß der „Baralong“-Fall nicht durch einen papierernen Protest seine Erledigung finden kann.

Es ist richtig, wenn die deutsche Regierung selbst die verweigerter Sühne für das Verbrechen an deutschen Soldaten in die Hand nimmt.

(Lebhafte Zustimmung.) Wir bebauern jede weitere Verschärfung der Kriegsführung. Der Krieg ist wahrlich schon grausam genug. Aber das deutsche Volk hat keine Lust, eine Selbstmordpolitik zu treiben und zuzulassen, daß England mit Angehörigen seines Heeres oder seiner Flotte Schindluder spielt. (Lebhafte Zustimmung.) Von unseren U-Boot-Leuten, die wir bewundern und die wir lieben (demonstrativer Beifall), darf nicht erwartet werden, daß sie sich ruhig feigen Mordversuchen ausliehen, die von der Befragung feindlicher Transatlantische oder von Schiffen unter falscher Flagge verübt werden. (Wiederholte lebhafte Zustimmung.) Vorschläge über die Art der Vergeltungsmaßnahmen zu machen, ist nicht unsere Aufgabe. (Abg. Liebnecht: Hört! hört!) Wir haben zu den führenden Stellen das Zutrauen, daß sie verstehen werden, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet, so empfindliche Schläge zu führen, wie wir es wünschen müssen. (Lebhafte allseitige Beifall.) Aber wir haben auch das Zutrauen zu ihnen, daß sie wie bisher so auch künftig das Ansehen Deutschlands als eines Kulturlandes zu wahren und den Geboten der Menschlichkeit zu ihrem Rechte verhelfen werden. (Lebhafte, lang anhaltender Beifall. — Zischen des Abg. Liebnecht.)

Abg. Dr. Spahn (Z):

Was England in seiner Note verlangt, ist längst geschehen. Jeder einzelne Fall ist von den zuständigen Stellen bei uns untersucht und entschieden worden. Dagegen verweigert England das, was wir nach den Grundsätzen des Völkerrechts von ihm verlangen können. (Sehr wahr!) England hat am allergeringsten Ursache, in dieser Weise gegen uns vorzugehen. Es hat sein Waffenkleid dadurch befreit, daß es farbige Truppen auf den europäischen Kriegsschauplatz gebracht hat und daß es diesen Krieg in die Gebiete hineingetragen hat, in denen diese halbwilden Völkerschaften in Afrika zu Hause sind. Und nun müssen wir erleben, daß England selbst den Krieg in einer Weise führt, die sich in nichts unterscheidet von der Kriegsführung wider Völker. (Sehr wahr!) Dazu kommt die Beerdigung der Neutralen durch England. England führte den Krieg mit fremden Völkerschaften, mit Soldaten, und seine Flotte, die es gegen uns führen konnte, verkehrt es hinter seinen Anseln. Ich bin nun gespannt, was noch diesen Erörterungen jetzt das neutrale Ausland tun wird, ich bin auch gespannt, was die Alliierten von England sagen werden. England muß sich nachsagen lassen, daß es sich von dem Marke bankrotter Völker mähet. (Sehr wahr!) Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß wir durchhalten. Gerade die tüchtigen Kräfte unseres Volkes, die sich in diesem Kriege gezeigt haben, verdankten und die feste Ueberzeugung, daß wir bis zum siegreichen Frieden durchhalten können. Darüber ist sich der ganze Reichstag mit den Verbündeten Regierungen einig, daß die Maßnahmen, die als Vergeltung gegenüber England angewendet werden, unsere Zustimmung finden. (Lebhafte allseitige Beifall.)

Abg. Baffermann (natL):

Auch namens meiner politischen Freunde erhebe ich Protest gegen den „Baralong“-Fall, gegen diesen schänden Mord an deutschen Soldaten und gegen die englische Note. Der Tatbestand ist einfach und klar. Es handelt sich um Grausamkeiten, bei denen man sich nur darüber wundern kann, daß sie von Angehörigen eines Staates verübt werden konnten, der bisher so stolz auf seine Vergangenheit war. (Sehr wahr!) Als die Leute bereits tot waren, ist der Haß soweit gegangen, daß die Toten noch durch den Kopf geschossen wurden. Inhellig war die Kritik, die Empörung in deutschen Landen.

Ich freue mich über die Worte der Entrüstung, die Herr Roske hier gefunden hat.

Auch aus dem neutralen Ausland haben wir viele Stimmen gehört, die sich mit Abscheu gegen das Verhalten Englands gewendet haben. Auch dort wurde geschrieben, Englands Schuld ist mit einem unauslöschlichen Makel besetzt.

Wir sind stolz auf unsere U-Bootbesatzung, auf Offiziere und Mannschaften, die in herlichster Weise ihre Pflicht erfüllen, wir sind stolz auf ihre Erfolge in der Nordsee und im Mittelmeere. Manche tapferen braven deutschen Jungen liegen längst auf dem Grunde des Meeres, sie sind gestorben in treuer Pflichterfüllung, sie haben für das Vaterland getritten und den Tod erlitten, einen schönen und einen ehrenvollen Tod. Aber was wir hier besprechen, ist ein gemeiner Mord. Die englische Note erreicht den Gipfel der Unverschämtheit, sie ist getragen von einer ungläublichen Kriechlichkeit und heuchlerischer Ueberhebung. (Sehr richtig!) Die Wäse, die längst zum englischen Schem geworden ist, feiert hier neue Orgien. Man überschlägt sich förmlich in Beschimpfungen der deutschen Armeen. Die ganze Armeen wird des Mordes, der Brandstiftung, der Begehung von Gewalttätigkeiten beschuldigt. Man fragt sich unwillkürlich, was will England mit dieser Note, die jede weitere Verhandlung unmöglich macht. Will es uns etwa hineinreißen zu Maßregeln, denen die Ruhe und Besonnenheit fehlt? Wir werden uns dazu nicht hineinreißen lassen, unbeschadet der Energie, die bei den betreffenden Maßnahmen einzusetzen hat. Es wird der Regierung überlassen bleiben, rasch und energisch die Maßregeln zu treffen, die notwendig sind. Der Reichsminister hat erklärt, daß wir in diesem Kriege

die Sentimentalität verloren

haben. Hier Rhodus, hier Salta! Hier ist ein energisches Vorgehen notwendig. Wir sind stolz auf unsere herrliche Flotte, auf ihre Mannschaften, die mit nimmerermünder Pflichterfüllung immer und immer wieder ihr Leben unter den größten Anstrengungen hingeben. Wir sind stolz auch auf die Erfolge, die wir in diesem langen Kriege errungen haben. Vergleichen man die Bilanz des Kriegsjahres 1913 mit der von 1914, so haben wir am Ende des Jahres ein Gebiet von 470 000 Quadratkilometern besetzt mit einer Bevölkerung von 30 Millionen gegenüber einem Gebiet von nur 50 000 Quadratkilometern am Ende des Jahres 1914. Wir sind auch stolz darauf, daß unsere Kriegsführung getragen ist von dem Geist der Humanität und der Gütlichkeit. So weisen wir mit Entrüstung die englischen Nordboten zurück; wir protestieren gegen die englische, jedem menschlichen Gefühl, jeder moralischen Verpflichtung widersprechende Kriegsführung und erwarten Vergeltungsmaßnahmen. (Beifall.)

Abg. Fischel (Sp):

Kein Wort der Entrüstung, das von der Tribüne eines Parlaments gesprochen werden darf, reicht aus, um die Gefühle zum Ausdruck zu bringen, die in der gesamten gestimmten Welt über die englische Note gehegt werden müssen. England glaubte, als es den Krieg begann, daß es in wenigen Tagen Deutschland niedergeworfen haben würde; es glaubte, daß die Landheere, die es sich nach der Ueberlieferung englischer Politik dienbar gemacht hatte, in kurzer Zeit Deutschland überschwemmen und Deutschlands Macht zertrümmern würden. Es irrte sich darin. Als diese Mittel versagten, begann England eine andere Kriegsmethode, die darauf hinausging, den Hunger zu verhängen über Frauen und Kinder, über eine wehrlose Bevölkerung. Der gute Redner drüben hatte sich abermals verrechnet. Er hatte sich verrechnet in unserer wirtschaftlichen Kraft, die diesen Hungerkrieg zu stande machte, indem wir der Welt zeigten, daß wir aus Eigenem imlande seien, diesen Wirtschaftskrieg zu führen. England irrte sich noch in anderem. Der Geldgott, der in unserer Marine lebt, fand in den U-Booten ein Mittel, um England in seinem eigenen Element zu schädigen und zu treffen. Wieder griff England zu neuen Waffen und diesmal zu Waffen, die die Betrachtung der Welt herausfordern. (Sehr richtig!) Es gibt Sittengesetze, die auch in dem erbittertesten Kampf, in einem solchen Ringen, wie wir jetzt stehen, wie es die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat, nicht außer acht gelassen werden dürfen. Und England ist mit dem, was es hier in dieser Note zugelassen hat, von Stufe zu Stufe gesunken, und wir fragen uns verwundert, ob es möglich ist, daß die Politik eines Volkes noch

auf einer tieferen Stufe ankommen kann, als England mit dem, was es hier zur Verteidigung des „Baralong“-Falles getan hat, angekommen ist. (Sehr richtig!) Wir gedenken jener Helden, die die Freiheit eines englischen Kapitäns dahingemordet hat. Wir jenseits den tapferen Matrosen und Seefoldaten, die bis zum Letzten ihre Pflicht dem Vaterlande gegenüber getan haben, die das getan haben, was ihnen befohlen war, wir jenseits ihnen unsere Größe und Bewunderung in ihr nobles Heldengrab. Wir stehen mit dem Vorredner, die in einer erfreulichen Uebereinstimmung diese Dinge beurteilt haben, auf dem Standpunkt: Es ist nicht hier vor der Öffentlichkeit der Ort, und es ist auch nicht unsere Aufgabe, die Frage zu erörtern, wie diese Vergeltung zu üben ist. Das ist die Aufgabe unseres General- und Marinestabes, und wir haben nach alledem, was unsere Armee und unsere Marine bisher geleistet haben, die feste Ueberzeugung, daß sie die Kraft und das Können besitzen, auch diese Vergeltung zu üben; und wir hegen die Hoffnung, daß sie so ausfallen wird, daß das verletzete Gerechtigkeitsgefühl des deutschen Volkes und die Verletzung der Sitten der ganzen Welt, daß sie ihre Sühne finden werden. (Großer Beifall.)

Abg. Dr. Dertel (L.):

Eine so erfreuliche Uebereinstimmung in den Ansichten hat der Deutsche Reichstag, solange ich ihm angehört, selten oder fast nie gezeigt wie heute. Der Berichterstatter und der Vertreter der sozialdemokratischen Partei waren vollkommen einig in der Auffassung, in der Grundlinie ihrer Betrachtung, und ich kann nur das wiederholen, was die Herren von der äußersten Linken, von der bürgerlichen Linken und vom Zentrum gesagt haben. Ich könnte kaum irgendwo eine andere Meinung, eine andere Schätzung anbringen. Einig sind wir alle in dem herrlichen Dank, in der unermüdeten hohen Anerkennung unserer Kämpfer, gegen die die feige, erbärmliche und nicht scharf genug zu brandmarkende Mordtat der Engländer sich richtet. Ueberrastet sind wir, die wir die eigenartige Entwicklung des englischen Charakters in diesem Kriege kennen, durch diese Mordtat nicht worden. (Sehr richtig!) Die Unverschämtheit erreicht allerdings beinahe den Gipfel, beinahe die Grenze der denkbaren Möglichkeit. Wenn wir in der Geschichte zurückblenden, so werden sich ähnliche Beispiele elender Feindseligkeit finden. England reiht sich durch diese Tat den schlimmsten, den verabscheuungswürdigen Taten an, die in der Geschichte der Welt vorgekommen sind. (Zustimmung.) Aber ich verzichte darauf, Worte zu wählen, die die Tat gebührend kennzeichnen; die deutsche Sprache, nicht nur die parlamentarische, sondern auch die Sprache des deutschen Volkes hat kein Wort, das scharf genug wäre, dem Ausdruck zu leihen, was wir alle und was auch die Völker draußen, soweit sie stiller Regungen fähig sind, empfinden. (Sehr wahr!) Nach meiner Auffassung ist die Entrüstung hier auch nicht genügend. Dieser Tat gegenüber müssen wir das schärfste Maß der Verachtung entgegenbringen, der Verachtung, die diese Tat und ihre Täter aus dem Bereiche der Menschlichkeit und des Menschentums weist. (Sehr richtig!) Die deutsche Regierung hat vornehm gehandelt, indem sie der britischen die erste Note überlieferte, in der sie Urteile über die Verbrechen verlangte. Vielleicht hätte man diese Note sich erproben können, weil man die Engländer kannte. Aber ich bin durchaus damit einverstanden, daß sie überliefert wurde, auch damit, daß man ein englisches Gericht und eine englische Beurteilung forderte. Das ist der durchaus korrekte, ja selbstverständliche Standpunkt. Aber was erleben wir? Gegenüber dieser korrekten, einwandfreien Art, wie die deutsche Regierung die Sache behandelt hat, hat die britische sich zu einer Antwort verweigert, die auch mich überrascht hat. Ich hätte den Ton und den Inhalt dieser Antwort auch der jetzigen britischen Regierung eigentlich nicht zugetraut. (Sehr gut!) Sie überläßt das Maß dessen, was man von ihr erwarten konnte. Graf Weizsäcker glaubte den Ton der Note mit Fremdwörtern bezeichnen zu sollen. Nein, wir wollen ja die Fremdwörter nach Möglichkeit vermeiden. (Heiterkeit.) Wir dürfen hier gewiß ganz richtig von einer jählichen, hässlichen Unverschämtheit sprechen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich weiß nicht, was härter ist, ob die Unverschämtheit oder der satanische Ton, der durch die Note klingt und der sonst in diplomatischen Verhandlungen eigentlich ungenügend ist oder sogar angewandt wird. Die englische Note hat aber die Sache gefälscht und deshalb hat sie immerhin etwas erzieuliches. Bisher handelte es sich nur um eine Mordtat eines einzelnen englischen Schiffskommandanten, jetzt hat die britische Regierung diese Tat zu der ihrigen gemacht. (Sehr richtig!) Was wir dagegen tun, das kann sich nun nicht mehr richten allein gegen diejenigen, die den Mord verübt haben, sondern es muß sich richten gegen die britische Regierung, die die Verantwortung trägt. (Sehr richtig!) Ich habe die Stimmen der Entrüstung vernommen aus dem Lande, wie ich sie während des ganzen Krieges auch nicht annähernd gehört habe. Die deutsche Regierung wird mit dieser Stimmung rechnen. Das deutsche Volk erwartet nicht von uns, daß wir etwa die Engländer in den von mir gekennzeichneten Eigenschaften überbieten. Dazu sind wir nicht fähig und es entspricht auch nicht dem Geist der Sache selbst. Wir wollen die Leute mit der Verachtung behandeln, die jeder ehrliche innerlich anständige Mensch nicht den Mörder allein, sondern mehr noch dem Gebaren der britischen Regierung entgegenbringen muß. Die deutsche Note stellt Abwehrmaßnahmen in Aussicht. Es wäre töricht, wenn wir uns hierüber aussprechen. Abgesehen davon, daß es nicht unsere Sache ist sie zu finden und zu beurteilen, würden wir auch sehr unklug handeln, wenn wir diese Abwehrmaßnahmen hier der Öffentlichkeit unterbreiten. Angeführt darf die Tat, daß die Unverschämtheit der britischen Regierung nicht bleiben; ungefügt dürfen unsere Seehelden, denen unser Dank in ihr feuchtes Grab folgt, nicht gestorben sein. Das deutsche Volk verlangt eine entsprechende Sühne, die seinen Gefühlen entgegenkommt. Wir dürfen erwarten, daß die deutsche Regierung mit aller Entschiedenheit von den Mitteln, die sie in der Hand hat, Gebrauch macht, um die britische Regierung zu strafen, wie sie es verdient. In dieser Erwartung sind wir alle einig. (Abg. Liebnecht: Nein!) Mit Ausnahme eines, den wohl niemand in diesem Hause ernst nimmt. (Stürmischer Beifall.) Alle ernsten Männer in diesem Hause sind darin einig, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit der deutschen Regierung dankbar sein wird, wenn sie mit aller Entschiedenheit die angekündigten Abwehrmaßnahmen durchführt, wenn sie die Sühne eintreten läßt für das, was die Welt hat sehen müssen an Züchtern, an Entschämten, an Unverschämten. (Liebnecht: Die Kriegshelden sind darin einig!) Diese Einigkeit ist das schönste Ergebnis der heutigen Sitzung. Und ich freue mich wirklich noch Zeuge gewesen zu sein einer so erhebenden Einmütigkeit von der Rechten bis zur Linken. Das läßt uns mit guter Zuversicht in die Zukunft blicken, auf die letzte Entscheidung des Krieges. Hält diese Einigkeit aus, dann müssen wir liegen, dann werden wir liegen, unbedingt. (Lebhafte Beifall.)

Unterstaatssekretär Zimmermann:

Mit aufrichtiger Bemühung darf ich auch namens der Regierung die Einmütigkeit feststellen, in der Sie, meine Herren, mit dem deutschen Volke und der Regierung den schmachvollen Baralong-Fall beurteilen. Der empörende Vorfall, die impertinente englische Antwort sind von Ihnen gebührend gekennzeichnet worden. Es bedarf keines Wortes meinerseits mehr, um das noch zu unterstreichen. Ebenso ist Einigkeit darüber hier festzustellen, daß eine scharfe Sühne notwendig ist. Auch hierin stimmt die Regierung vollständig mit Ihnen überein. Ich danke Ihnen namens der Regierung für diese vornehme Art und Weise, in der Sie Ihre Entrüstung, Ihre Empörung zum Ausdruck gebracht haben. Ich bitte Sie, die Ueberzeugung mit nach Hause zu nehmen, daß die Regierung die richtigen Mittel und Wege finden wird, um diese empörende Tat scharf und nachdrücklich zu sühnen. (Beifall.)

Abg. Ledebour (Soz.):

In der Beurteilung des Falles Baralong an sich, also der Untat, die da von englischen Seeleuten gegenüber deutschen tapferen Seeleuten begangen ist, weich ich nicht ein mit allen Vorrednern. Ich verzichte deshalb darauf, das noch mit einem Worte zu be-

lenten. Ich habe auch dieselbe Empfindung schon in der Kommission zum Ausdruck gebracht gegenüber der Note der englischen Regierung, die ja gleichfalls einer ausgiebigen Kritik unterzogen worden ist, die ich nicht weiter zu ergänzen brauche. Es fällt mir auch nicht ein, etwa auf das Ledmittel hereinzufallen, das die englische Regierung in ihrer Note ausgespielt hat, indem sie angebliche parallele Fälle ähnlicher Untaten, die von deutscher Seite begangen sein sollen, zur Erörterung vorschlägt. Selbst, wenn diese von englischer Seite angeführten Untaten ebenso beweiskräftig bewiesen wären wie sie nicht bewiesen sind, würde ich es doch zurückweisen, darauf einzugehen, weil die englische Regierung in diesem Falle handelt wie gewisse Zeitgenossen, die, wenn man sie am Krage kriegen will, davonlaufen mit dem Rufe: Halten den — anderen! (Heiterkeit.) Das soll nur zur Verdunkelung dienen und wir würden die Sache an sich verdunkeln helfen, wenn wir uns auf dies Gebiet überhaupt begeben würden. Aus demselben Grunde bedauere ich es aber, daß einige der Herren Vorredner sich haben verleben lassen, nun ihrerseits gegen das englische Volk, die englische Regierung wegen verschiedener anderer Vergehen Vorwürfe zu erheben. Das lenkt auch von der Sache ab. Ganz abgesehen davon, daß zum Beispiel Herr Spahn eine historische Unrichtigkeit gesagt hat, wenn er behauptet, daß Rom niemals gegen fremde Völker Krieg geführt wie England. Das ist gerade sehr richtig, daß Rom, als es zum Weltreich geworden war, dasselbe getan hat. Das ist eben der Fluch der Weltreichspolitik, die sich in beiden Ländern zeigt. (Lachen rechts.) Herr Nischel hat dann die Frage aufgeworfen, ob ein Volk noch auf eine tiefere Stufe sinken könne, als das in der Note der englischen Regierung geschehen sei.

Das englische Volk ist durch diese Note nicht gesunken, das Sünden ist allein Sache der englischen Regierung. Derartige Vorwürfe dienen leider dazu, die bestehende Feindschaft noch zu verbittern. In der deutschen Note ist ganz zutreffend angedeutet worden, daß man zu englischen Seecoffizieren das Zutrauen haben könnte, daß sie, zu Nichtern über diese Tat berufend, sie genau so verurteilen würden wie jeder anständige Mensch. Deshalb sollte man solche Vorwürfe, die mit Recht die englische Regierung treffen, nicht allgemein auf das englische Volk ausdehnen, soweit es sich nicht auf denselben Standpunkt stellt. Ich habe das Zutrauen zu einem großen Teil des englischen Volkes, besonders zu den englischen Sozialisten, daß sie in der Beurteilung der „Baralong“-Untat mit uns übereinstimmen werden. Der U-Boot-Krieg ist verständlich als eine Abwehrmaßregel gegenüber dem Ausnahmskrieg Englands. Dieser Ausnahmskrieg wieder ist die Folge des heute leider noch bestehenden Seebücherechts und gerade die Vorgänge in diesem Kriege zeigen, zu welsch ungeheuerlichen Konsequenzen das Seebücherecht führt, nämlich notwendig und auf beiden Seiten zur Verhinderung der Kriegführung. Ich spreche die Hoffnung aus, daß, wenn wir wieder Frieden bekommen, was hoffentlich bald der Fall sein wird, daß dann die Regierungen, die schon im Frieden für die Abschaffung des Seebücherechts waren, endlich diese Bestrebungen zur Tat werden lassen, d. h. daß überhaupt das Privateigentum auf See ebenso unantastbar erklärt wird wie das Privateigentum an Lande. Wir waren es, die zuerst die Forderung erhoben haben, die deutsche Regierung möge für die Vereitigung des Seebücherechts eintreten. Die britische Regierung ist für seine Aufrechterhaltung eingetreten. Wenn die Erfahrungen im jetzigen Kriege die englische Regierung auch zu der Ueberzeugung bringen sollten, daß die Aufrechterhaltung des Seebücherechts schweren Schaden für alle Nationen bringt und wenn sie deswegen auf das Seebücherecht verzichtet, so würde wenigstens etwas gutes aus diesem Vorgehen herauskommen. — Wenn nun Vergeltungsmaßnahmen gefordert werden, so dürfen sie nach meiner Meinung in keiner Weise dazu führen, daß Personen, die an solchen Taten wie der des „Baralong“ unbeteiligt sind, etwa ihr Leben lassen sollten. Nach meiner Auffassung darf der U-Boot-Krieg nicht über die Grenzen hinausgehen, die anlässlich des Lusitania-Falles gezogen worden sind. Damals hat die Regierung selbst erklärt, daß nicht ohne vorherige Warnung torpediert würde. Würde jetzt nicht mehr gewarnt werden, so wäre das allerdings eine Kriegführung, die mit den früher von der Regierung selbst anerkannten Grundsätzen im Widerspruch steht. Da unsere Regierung aber eine derartige Erklärung nicht abgegeben hat, darf ich wohl hoffen, daß keine Veränderung eintreten wird. Angeführt der vieldeutigen Redewendungen, die von den Rednern einiger Parteien über die Vergeltung gemacht worden sind, und nach Auslassungen in einem Teil der Presse könnte der Eindruck entstehen, als ob ohne vorherige Warnung torpediert werden könnte. Deshalb ist es dringend notwendig, hier zu erklären, daß

mit einer derartigen Auffassung weite Volkskreise nicht einverstanden sind.

Vergeltungsmaßnahmen sind ja immer eine zweischneidige Waffe. Sollten in irgend einer Form Uebergriffe begangen werden, die sich mit den Grundsätzen der Menschlichkeit nicht vertragen, so müßten wir empfindlich dagegen Verwahrung einlegen. Es muß auch im Kriege darauf hingearbeitet werden, daß die Befehle der Menschlichkeit nach Möglichkeit beachtet werden. Das ist auch ein Gebot der Vaterlandsliebe. Wir können unserem Vaterlande keinen größeren Dienst erwirken, als wenn wir dafür sorgen, daß es auch in bezug auf Menschlichkeit an der Spitze der Nationen marschiert. (Beifall bei einem Teil der Sozialdemokraten.) Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Durch den Schlußantrag wird mir unmöglich gemacht, Widerspruch dagegen zu erheben, daß ein an und für sich trauriger Fall hier für die Zwecke der Völkerverehrung benutzt wird und damit — (Stürmische Unterbrechungen, in denen die weiteren Worte des Redners verloren gehen.)

Das Haus verträgt sich auf Montag 11 Uhr. (Belagerungszustand und Zensur.)

Aus der Partei.

Zur Angelegenheit Liebnecht.

Der Beschluß der Reichstagsfraktion gegen den Genossen Liebnecht bedeutet den Abschluß einer langen Reihe von Erörterungen in der Fraktion. Am 2. Dezember 1914 stimmte Liebnecht bei der Abstimmung über die Kredite entgegen dem Beschluß der Fraktion gegen die Kredite. Zu diesem Bruch der Fraktionsdisziplin veröffentlichte der Fraktionsvorstand folgende Erklärung:

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stellt fest, daß der Genosse Karl Liebnecht entgegen dem alten Brauch der Fraktion, geschlossen abzustimmen, der durch einen ausdrücklichen Beschluß für den vorliegenden Fall erneuert wurde, gegen die Kriegskreditleistungen gestimmt hat. Der Vorstand bedauert diesen Bruch der Disziplin, der die Fraktion noch beschäftigen wird, aufrichtig.

In der Sitzung der Fraktion vom 2. Februar 1915 beschäftigte sich die Fraktion mit dieser Angelegenheit und schloß sich der vom Fraktionsvorstand ausgesprochenen Verurteilung des Verhaltens Liebnechts an. Zugleich beschloß die Fraktion für künftige Fälle folgende Regel der Abstimmung:

Die Abstimmung der Fraktion im Plenum hat geschlossen zu erfolgen, soweit nicht für den einzelnen Fall die Abstimmung ausdrücklich freigegeben ist. Glaubte ein Fraktionsmitglied nach seiner Ueberzeugung an der geschlossenen Abstimmung der Fraktion nicht teilnehmen zu können, so steht ihm das Recht zu, der Abstimmung fernzubleiben, ohne daß dies einen demonstrativen Charakter tragen darf.

Dieser Antrag wurde mit 93 gegen 4 Stimmen zum Beschluß erhoben.

Am 20. März 1915 hatte sich die Fraktion wiederum mit Liebnecht zu beschäftigen, der seinen Entschluß mitteilte, gegen den Be-

schluß der Fraktion, betreffend den Kriegselaf, im Plenum zu stimmen. Die Fraktion beurteilte dieses Vorgehen durch eine erneute Erklärung in der Parteipresse.

In der Augustsitzung des Reichstags 1915 begann Liebnecht mit der Einbringung von kurzen Anfragen vorzugehen, ohne zunächst den bestehenden Beschlüssen gemäß dem Fraktionsvorstand oder der Fraktion davon Kenntnis zu geben. Nach eingehender Debatte wurde folgendes beschlossen:

1. Am 8. Mai 1912 beschloß die Fraktion: Bezüglich der kurzen Anfragen wird beschlossen, daß diejenigen Genossen, welche solche stellen wollen, diese vorher zur Kenntnis des Fraktionsvorstandes bringen sollen, wenn nicht Gelegenheit und Zeit gegeben ist, sie in der Fraktionssitzung zur Kenntnis zu bringen. Hat der Fraktionsvorstand gegen die Stellung einer Frage Bedenken, so soll eine besondere Fraktionssitzung einberufen werden.

2. Entgegen diesem Beschluß hat Liebnecht von seiner Absicht, obige Anfrage an den Reichstagspräsidenten zu stellen, dem Fraktionsvorstand keinerlei Kenntnis gegeben, sondern ihn einfach mitgeteilt, daß er diese Anfrage beim Reichstagsbüro eingereicht habe. Liebnecht hat ferner jeden Versuch des Fraktionsvorstandes, diese Angelegenheit bis zur Fraktionssitzung zurückzustellen, abgelehnt, obgleich ihm bekannt war, daß die Fraktion sich mit derselben Angelegenheit befassen werde, und obgleich in der materiellen Behandlung der Anfrage dadurch wieder eine Änderung noch Verzögerung eingetreten wäre.

Trotzdem setzte Liebnecht sein eigenmächtiges Verfahren fort und ging, als der Reichstag im November 1915 zusammentrat, von neuem auf eigene Faust mit Anfragen über wichtige politische Angelegenheiten vor. Es handelt sich dabei um Angelegenheiten, die nach übereinstimmender Meinung der Fraktion unmöglich in der Form von Anfragen sachgemäß behandelt werden konnten. In herausfordernder Verhöhnung obigen Fraktionsbeschlusses reichte Liebnecht seine Anfragen im Bureau des Reichstags ein, ohne vorher dem Vorstand oder der Fraktion die geringste Mitteilung zu machen. Da, er wies das Bureau des Reichstags telegraphisch an, daß er die schleunigste Drucklegung der Anfragen verlange und „sich jede Intervention jedes Dritten — nach dem Vorgange August 1915 — scharf verbiete“. Letzteres richtete sich gegen den im August vom Genossen Haase gemachten Versuch, Liebnecht zur Zurückstellung seiner Anfragen bis zur Fraktionsberatung zu bewegen. Die Fraktion beschloß sich wiederum mit diesem Vorgehen. Da Liebnecht infolge Krankheit nicht anwesend war, sah sie in der Sitzung vom 21. November den Beschluß, daß der Fraktionsvorstand ihn zur Zurückziehung seiner Anfragen auffordern solle. Genosse Haase besuchte Liebnecht, um die Frage mit ihm zu besprechen, aber Liebnecht verweigerte die Zurücknahme der Anfragen. Es wurde schließlich, nachdem alle Versuche, Liebnecht zur vernünftigen Einfügung in die Fraktionsarbeit zu bewegen, gescheitert waren, am 29. November folgender Beschluß gefaßt:

„Unter Umgehung und Ausschaltung der Fraktion geht Liebnecht durch Einbringung kurzer Anfragen fortgesetzt seine eigenen Wege, obwohl gerade dieses Mal wieder zeitliche noch Hindernisse anderer Art vorlagen, die von ihm selbst mitangelegten Fraktionsbeschlüssen zu respektieren. Die Reichstagsfraktion weist diese fortgesetzten Provokationen aufs schärfste zurück und lehnt jegliche Verantwortung ab.“

Auch dieser Beschluß blieb ohne Wirkung auf Liebnecht. Er beharrte bei seinem selbstherrlichen und die Arbeitgemeinschaft zerstörenden Verhalten, das er mit dem richtigen Vorwande zu bemänteln suchte, er sei der Hüter der Grundsätze der Partei. Mehrere seiner neuen Anfragen waren derartig, daß der Reichstagspräsident der Meinung war, diese Anfragen nicht zulassen zu dürfen. Der Seniorenkonvent des Reichstags mußte sich, da Liebnecht, frei von jeder politischen Verantwortlichkeitsgefühl, immerfort neue Anfragen dieser Art stellte, an drei aufeinander folgenden Tagen mit der Angelegenheit beschäftigen. Dabei trat die Meinung hervor, daß schließlich die Geschäftsordnungsbestimmungen über die Anfragen geändert werden müßten, wenn ein einzelner Abgeordneter in der Lage sein sollte, ein parlamentarisches Recht offenbar zu mißbrauchen.

So sah sich die Fraktion am 12. Januar abermals in der Lage, sich mit dem Fall Liebnecht zu befassen. Auch Mitglieder der Minderheit der Fraktion sprachen sich äußerst scharf gegen das Verhalten Liebnechts aus. Ein Mitglied der Minderheit, das zugleich Mitglied des Seniorenkonvents ist, wies darauf hin, das Vorgehen Liebnechts müsse dazu führen, daß das mühsam errungene Recht der Anfragen gefährdet und dem Reichstag wieder entzogen würde. Ein anderes Mitglied der Minderheit betonte, Liebnechts Verhalten sei ganz unentschuldigbar. Liebnecht selbst erklärte, daß er sich auch in Zukunft in keiner Weise an die Beschlüsse und die Geschäftsordnung der Fraktion gebunden erachte, sondern Politik auf eigene Faust betreiben wolle. Er blieb dabei, er werde sich nur den Beschlüssen der Fraktion unterordnen, die den Grundsätzen der Partei, wie er sie auffasse, entsprechen. Das heißt nichts anderes, als das subjektive Ermessen des einzelnen über wohlerrungene Rechtsbestimmungen zu stellen, damit das Grundprinzip einer demokratischen Arbeitgemeinschaft aufgegeben und jede wirksame Vertretung der Arbeiterinteressen im Parlament unmöglich zu machen. Die Fraktion faßte daher folgenden Beschluß:

„Da Genosse Liebnecht fortgesetzt gegen die Beschlüsse der Fraktion handelt und somit die Pflichten der Fraktionsgemeinschaft auf das gröslichste verletzt, erklärt die Fraktion, daß Liebnecht dadurch die Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit entstehen, verliert.“

Dieser Beschluß der Fraktion hielt sich durchaus im Rahmen ihrer Kompetenz. Er erkannte keineswegs Liebnecht die Zugehörigkeit zur Fraktion ab, setzte aber die daraus entstehenden Rechte außer Kraft, bis Liebnecht sich bereit erklärt, die mit den Rechten verknüpften Pflichten zu erfüllen.

Unrichtig ist die Behauptung, daß die Mehrheit der Fraktion durch den Schluß der Debatte die Gegner des Antrags mundtot gemacht habe. Abgesehen davon, daß diese Frage bereits in den früheren Beratungen in der Fraktion über Liebnechts Eigenmächtigkeiten wiederholt sehr ausgiebig behandelt worden ist, hat auch in der Sitzung vom 12. Januar eine nochmalige Debatte stattgefunden. Liebnecht hat seine Meinung in einer längeren Rede vertreten.

Die in einem Teil der Parteipresse aufgestellte Behauptung, die Fraktion habe durch ihr Vorgehen gegen Liebnecht in die Rechte der Wähler und der Parteigenossen eingegriffen, ist durchaus hinfällig. Es ist vielmehr selbstverständlich, daß die Wähler und die Parteigenossen ihren Vertreter nur in dem Sinne in die Fraktionsgemeinschaft senden, daß er sich der Disziplin und den Pflichten, die aus dieser Gemeinschaft entstehen, einordnet. Ohne dies ist eine Fraktionsgemeinschaft überhaupt unmöglich.

Der Fraktionsvorstand.

Genosse Otto Rühle

macht uns Mitteilung von folgendem Schreiben, das er an den Fraktionsvorstand gerichtet hat:

An den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.
W. G. Mit Bezugnahme auf den am 12. ds. von der Fraktion gegen den Gen. Liebnecht gefaßten, in jeder Beziehung unzulässigen Beschluß (Antrag Buch) gebe ich Ihnen Kenntnis, daß ich mich mit Gen. Liebnecht solidarisch erkläre und auch für mich die Arbeitgemeinschaft mit der Fraktion im Sinne jenes Beschlusses als aufgehoben erachte.
Berlin, 14. Januar 1916. Otto Rühle

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.
 In der gestrigen Mitteilung einer Erklärung zu dem Fraktionsbeschluss gegen den Reichstagsbeschluss hat der Druckfehler an zwei Stellen sein Unwesen getrieben. Es muß nicht heißen: „Aus geht folgende Erklärung der Minderheit der Fraktion aus“, sondern: „folgende Erklärung aus der Minderheit der Fraktion“. Ferner muß es am Schluß der Erklärung nicht heißen: „Lieber muß demnach nach wie vor als vollberechtigtes Mitglied der Fraktion gelten“, sondern: „Lieber muß demnach als vollberechtigtes Mitglied der Fraktion gelten“.

Indispositionen.
 Die „Deutsche Kriegszeitung“ des „Berliner Lokalanzeigers“ brachte am Sonnabendabend folgendes Telegramm aus Stuttgart: „Anlässlich des Beginns der preussischen Landtagsverhandlungen sagte gestern die preussische Landeskommission in Berlin. Nach der sozialdemokratischen „Schwäbischen Tagwacht“ erklärte sich die Landeskommission mit der Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einverstanden und sprach die Erwartung aus, daß diese Politik im preussischen Landtag nicht durchkreuzt werde. Von 20 vertretenen Bezirken des Königreichs Preußen gehörten zwei der oppositionellen Minderheit an.“

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Otto Kühle hat, nach demselben Blatte, sich in einer Zuschrift an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit dem aus der Fraktion ausgeschlossenen Abgeordneten Dr. Liebnicht solidarisch erklärt. Die „Schwäbische Tagwacht“ bemerkt dazu: Diese Erklärung komme nach der von Kühle offen getriebenen Parteipaltungspolitika nicht überraschend. Einen geistigen Verlust für die Fraktion bedeute das freiwillige Ausscheiden Kühles jedenfalls nicht.

Die Mitteilungen der „Schwäbischen Tagwacht“ widersprechen einem ausdrücklichen Beschluß der Landeskommission, wonach über diese Sitzung erst nach Beginn der Landtagsverhandlungen berichtet werden sollte. Dabei gehört dieses Parteiblatt zu den lautesten Schreibern gegen Indispositionen der anderen!

Seltene Hüter der Disziplin.
 Im „Correspondenzblatt der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands“ lesen wir:

„Der Parteivorstand hat vor der jüngsten Reichstagsabstimmung inoffiziell eine Warnung in der Parteipresse veröffentlicht, die auf die verderblichen Folgen eines Bruchs der Fraktionsdisziplin hinweist. Das Zentralorgan der Partei, der „Vorwärts“, unterschlug seinen Lesern diese Warnung ganz einfach, weil es sich nicht um einen offiziellen Parteivorstandsbeschluss handelte. Am übrigen gefallen sich das Zentralorgan und das wissenschaftliche Organ der Partei darin, die Maßnahmen und Beschlüsse der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes zu bekämpfen und zu durchkreuzen und den Widerstand gegen dieselben zu organisieren. Der Parteivorstand ist aber gegen die beiden Blätter maßlos, weil ihm angeblich

die Parteiführungen gegen solche mögliche Unmaßlichkeiten keine Befugnisse zur Hand gegeben haben. Man hat bei Abfassung des Organisationsstatuts der Partei vergessen, an die Möglichkeit solcher Vorkommnisse zu denken; auch gegenüber einer etwaigen Parteipaltung verlag das Statut leider vollkommen, so daß der Parteivorstand außerhandelt ist, die Gesetzmäßigkeit eines solchen Vorganges zu überwachen. Aber zu einer Tat hat sich der Parteivorstand schließlich doch aufgerafft. Er hat den Parteiaussschuß berufen, der nach dem Parteistatut mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen gemeinsam beraten und durch Beschluß sein Gutachten abgeben darf. Der Parteiaussschuß tagte am 8. und 9. Januar mit dem Parteivorstand und nahm in Sachen des Parteistreites folgende Entscheidung an.“

(Folgt das bekannte Gutachten.)
 „Das Gutachten des Parteiaussschusses läßt an Deutlichkeit und Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig, — aber es ist eben nur ein Gutachten einer Körperschaft ohne Exekutivkraft. Die Parteiregulation ruht während des Krieges einzig beim Parteivorstand und an diesem liegt es, die Verantwortung für die allein richtige Lösung des vorliegenden Streites auf sich zu nehmen. Diese Lösung kann nur darin gefunden werden, daß die mißachtete Parteidisziplin wiederhergestellt und die beharrlichen Verweigerer unschädlich gemacht werden.“

Das offene Bekenntnis der angehenden Hüter der Disziplin und der demokratischen Grundsätze ist geradezu köstlich und verdient weitest Verbreitung und Beachtung.

Ueber die eigenartige Darstellung der Kontroverse zwischen Parteivorstand und „Vorwärts“ sehen wir stillschweigend hinweg — solche Entstellungen sind wir von der General-Kommission längst gewohnt.

Aber angezogen zu werden verdient, daß auch die General-Kommission der Gewerkschaften den Parteivorstand zur Ueberschreitung seiner Kompetenzen, zum größtenteils Bruch der Parteidisziplin und der demokratischen Grundsätze aufzufordern sucht!

Denn daß der Parteiaussschuß nur ein „Gutachten“ abzugeben vermochte und „eine Körperschaft ohne Exekutivkraft“ ist, stellt ja das „Correspondenzblatt“ selbst ausdrücklich fest. Aber gerade weil nicht einmal der Parteiaussschuß ein Recht hat, irgendwelche Beschlüsse zu fassen, die lediglich einem ordnungsgemäß zustandekommenen Parteitag zustehen, gerade deshalb soll nach dem Räte der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands der Parteivorstand einen unverhüllten Gewaltstreik verüben.

Er soll die Parteidisziplin und die Parteigrundsätze in der rücksichtslosesten Weise mit Füßen treten, um — „die mißachtete Parteidisziplin wiederherzustellen“!

Was der Parteivorstand unternimmt und verantworten

muß, ist seine Sache. Darüber brauchen wir uns nicht den Kopf zu zerbrechen. Aber daß die General-Kommission, die sich bisher stets auf die „Disziplin“, die „Parteiführungen“ berufen hat, um sie gegen den Geist des Sozialismus und der Demokratie auszuspielen, jetzt selbst den Parteivorstand dazu anreizt, die Diktatur gegen die Parteigenossen zu etablieren, das rückt den Disziplin-Fanatikus der General-Kommission in eine wunderbare Beleuchtung!

Man könnte meinen: Höher gehts nimmer. Wir jedoch sagen: Nur so weiter!

Das Bremer Sonderorgan.
 Zu dem Erscheinen der von Anhängern der rechtsstehenden Minorität herausgegebenen „Bremerischen Correspondenz“ bemerkt die „Bremer Bürger-Zeitung“:

„Das Erscheinen der „Bremerischen Correspondenz“ könnte als die glückliche Lösung einer starken Spannung, die durch das für und wider der Politik vom 4. August 1914 ihren Höhegrad erreichte, begrüßt werden, wenn es nicht gleichzeitig eine Ungeheuerlichkeit wäre. Eine Ungeheuerlichkeit, die nur dadurch noch überboten wird, daß das neue Blatt in demselben Parteigebiet hergestellt wird, das zwecks Herausgabe der „Bremer Bürger-Zeitung“ gegründet wurde.“

Die Genossen, die die „Bremerische Correspondenz“ herausgeben, hätten damit nämlich der Minderheit im übrigen Deutschland gezeigt, wie sie ihre Anschauung zur Geltung zu bringen vermöchte, wenn sie anders unter dem Belagerungsdruck des Spielkaums hätte, den die Hintermänner der „Bremerischen Correspondenz“ zweifellos haben werden. Denn die übergroße Mehrzahl der Parteiblätter steht zurzeit bekanntlich auf dem Boden der Politik des 4. August 1914; obendrein ohne die Toleranz zu üben, die wir uns solange zur vielfach nicht verstandenen Pflicht gegenüber Widerdenkenden gemacht hatten, bis aus unserem Lesekreise immer nachdrücklicher das Verlangen an und gerichtet wurde, gewisse Einwendungen keinen Raum mehr zu gewähren. Ueber das Maß von Wahrheitsliebe, mit dem die „Bremerische Correspondenz“ zu behaupten wagt, wir hätten jenen Genossen, die nicht unserer Meinung sind, die Spalten der „Bremer Bürger-Zeitung“ verschlossen, können wir deshalb mit all dem Gleichmut, den eine so geliebte Duldsamkeit gibt, das Urteil der Leser erwarten. . . . Nach alledem müssen wir den Schluss ziehen, daß hinter der „Bremerischen Correspondenz“ als ihre Geburthelfer und finanziellen Hintermänner in erster Linie solche Gewerkschafts- und Parteiangehörige stehen, die mit der Haltung der „Bremer Bürger-Zeitung“ in politischen und Parteifragen nicht einverstanden sind. Sie verurteilen mit den schärfsten Ausdrücken das Vorgehen der Zwanzig im Reichstage als undemokratisch und schlagen mit der Gründung ihres Blattes die Disziplin wie den Grundpfeiler der Demokratie ins Gefäß. Sie nennen die Abstimmung der Zwanzig vom 21. Dezember ein „Signal zur Parteipaltung“ und handeln, als ob sie auf ein solches Signal nur gewartet hätten, um die Spaltung Wirklichkeit werden zu lassen. Statt des . . . wie wir und die Minderheit der Reichstagsfraktion ihn wollen, proklamieren die Hintermänner der „Bremerischen Correspondenz“ den offenen Bruderkampf.“

Arbeiterbildungsschule Berlin.

Lehrplan für das erste Quartal 1916.

I. Sonntagsveranstaltungen.

- a) Naturwissenschaftliche Einzelvorträge (mit Lichtbildern):
Die Veränderungen der Erdoberfläche und ihre Ursachen. (Die Kräfte der Gebirgsbildung und Ausgleichung.)
 Sonntag, den 16. Januar 1916: Die vulkanischen Erscheinungen.
 Sonntag, den 23. Januar 1916: Die Wirkungen des Wassers auf die Erdoberfläche.
 Sonntag, den 30. Januar 1916: Die Wirkungen von Eis und Wind.
 Vortragende: Käthe Duncker.
- b) Vier kunsthistorische Vorträge (mit Lichtbildern):
Erster Abend: Sonntag, den 6. Februar 1916.
Zweiter Abend: Sonntag, den 13. Februar 1916.
Dritter Abend: Sonntag, den 20. Februar 1916.
Vierter Abend: Sonntag, den 27. Februar 1916.
 Alles Nähere wird rechtzeitig bekanntgegeben.
- c) Die Bedeutung der Musik für unser Gefühlsleben (verbunden mit praktischen Übungen im Musikhören):
Erster Abend: Sonntag, den 5. März 1916: Volkslied und Kunstlied. Ursprung der Künste. — Die Beziehungen zwischen Sprache, Musik und Tanz. — Die ersten Anfänge des Volksliedes. — Das deutsche Volkslied im 12. bis 15. Jahrhundert. — Die Entwicklung des Kunstliedes. (Mit Gesangsvorträgen.)
Zweiter Abend: Sonntag, den 12. März 1916: Oratorium und Oper. Entstehung der Oper, des Oratoriums, der Kantate, des Konzerts. — Meister des Oratoriums: Händel und Haydn; Meister der Oper: Gluck, Weber, Verdi, Wagner. (Mit Gesangsvorträgen.)
Dritter Abend: Sonntag, den 19. März 1916: Die Entwicklung der Instrumentalmusik. Bach und Beethoven. (Mit Klavier-vorträgen.)
Vierter Abend: Sonntag, den 26. März 1916: Wie hören wir zeitgenössische Musik? Brahms und Liszt, Richard Strauß und Debussy. (Mit Klavier- und Gesangsvorträgen.)
 Vortragender: Leo Kestenberg.
 Zu allen Sonntagsveranstaltungen beträgt der Eintrittspreis 10 Pf. pro Abend.
 Anfang 7^{1/2} Uhr, Ende gegen 10 Uhr abends.

II. Kurse an den Wochentag-Abenden.

- Dienstag: Der Balkan, seine Völker und seine wirtschaftliche Bedeutung.**
 Acht Vorträge. Erster Vortrag am Dienstag, den 25. Januar 1916.
 Vortragender: Ernst Däumig.
- Donnerstag: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.**
 Acht Vorträge. Erster Vortrag am Donnerstag, den 27. Januar 1916.
 Vortragender: Eduard Bernstein.
- Sonnabend: Die Nationalitätenfrage.**
 Acht Vorträge. Erster Vortrag am Sonnabend, den 29. Januar 1916.
 Vortragender: Emil Eichhorn.

Alle Vorträge und Kurse finden im Hörsaal, Lindenstraße 3, IV. Hof, rechts 3 Treppen statt.
 Das Unterrichtsgeld beträgt für jeden acht Vorträge umfassenden Kursus 0,50 M. Es ist spätestens am zweiten Vortragsabend zu entrichten. Die Anmeldungen erfolgen nur im Schullokal Lindenstr. 3, IV. Hof, rechts 3 Tr., am ersten Unterrichtstage. Arbeitslose haben unentgeltlich Zutritt. Die Vorträge beginnen an den Wochentagen stets um 7^{1/2} Uhr abends. Schluß gegen 10 Uhr.

Die Bibliothek
 steht allen Hörern der Vorträge und Kurse gegen Vorzeigung der Eintrittskarten und entsprechenden Personalausweis (Mietkontrakt usw.) zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung. Sie ist an allen Unterrichtsabenden von 7^{1/2}—9^{1/2} Uhr geöffnet. In der schulfreien Zeit nach Abschluß des vorliegenden Lehrplanes erfolgt die Bücherausgabe jeden Donnerstag von 8—9 Uhr abends.

Alle Zuschriften,
 die Schule oder Bibliothek betreffend, sind zu richten an den Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernruf: Moritzplatz 4740/41. 23138

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Bielepp, Reußbän. Für den Inzeratenteil verantw.: Ed. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

GARBÁTY

CIGARETTEN

DEUTSCHES FABRIKAT
TRUSTFREI

Wer sich nicht wohl fühlt

besonders an Rheumatismus, Nicht, Ischias u. Gschwulst, Blutverdickung, Hämorrhoiden, Stuhlbeschwerden, Magen-schwäche, Asthma, Erkältung leidet, der verlasse vertrauensvoll den altberühmten Reichels Wacholder-Extrakt „Medico“. Dieses wohlerprobte, hilfreich bewährte Naturprodukt, das vermöge seiner kräftig blutreinigenden, lösenden, ableitenden und ausfüllenden Wirkung mächtig helfend eingreift, findet ebenso bei Darm-, Nieren-, Blasen- und Frauenleiden, Wechselzuständen, Nervosität, wie überhaupt bei allen durch schlechtes Blut — dem Grundübel vieler Krankheiten — herrührenden Gesundheitsstörungen heilsame Anwendung. Er wirkt auf alle inneren Organe zugleich in der wohlthätigsten Weise ein, gleichsam wie ein Filter kühnend und erneuernd auf den ganzen Menschen. Für ältere Leute, um Arterienverkalkung vorzubeugen und Altersbeschwerden zu lindern, von wichtiger Bedeutung. Unendlich viele Erfolgsberichte attestieren glaubhaft die vielseitige Wirkungskraft und diejenigen, denen er Gelfundung brachte, zählen nach Hunderttausenden. Niemals offen ausgegeben, garantiert echt und unverfälscht nur in meinen Originalflaschen mit „Reichel Medico“ zu M. 2.— und 3.25, zur längeren Zeit größere Kanne M. 7.75 in Drogerien und Apotheken, wo nicht erhältlich, wende man sich an Otto Reichel, Berlin 48, Eisenbahnstr. 4, und lasse sich keineswegs etwas anderes dafür verkaufen, sondern

nehme Reichel's Wacholderextrakt

Verband der Tapezierer

Filiale Berlin.

Donnerstag, den 20. Januar 1916, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelauer No. 15, Saal 1:

Quartals-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Quartals- und Jahresbericht.
2. Diskussion.
3. Neuwahl der Erlsverwaltung.
4. Verbandsangelegenheiten und Verschleßes.

1782 Die Ortsverwaltung.

Frankenunterstützungs- und Begräbnisverein gewerblich.

Arbeiter zu Berlin.

Sonnabend, d. 22. Januar 1916,
abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15:

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Rechnungslegung des 1915.
2. Wahl des Vorstandes und der Revisoren.
3. Verschleßes.

Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.
H. K. Friedrich Brudenreich,
Erlg. Himmelsmannstr. 33.

Metallbetten

Nutzrahmenmatratzen, Kinderbetten, Schlitt an Privats, Katalog frei, Eisenmöbelfabrik Zuhl i. Thür.

Programme

in guter Ausführung gehören zu jedem Arbeiterfest

Der Arbeiterschaft würdige
Druckarbeiten liefert die
Vorwärts Buchdruckerei
Berlin SW. 65, Lindenstr. 3

Generalversammlung der Sterbe- u. Krankenunterstützungskasse No. 55

am 25. Januar 1916, abends 8 Uhr, im Kaiserhof Hotelstr. 8.

Tagesordnung: 115/5

1. Bericht der Revisoren.
2. Bericht u. Stellvertreterwahl.
3. Bericht u. Stellvertreterwahl.
4. Verschleßes.

Der Vorstand.

Kranzspenden

sowie sämtliche Blumenarrangements

liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. 3091, 7303.

Offene Füße

Krampfaderngeschwülste, auch veraltete, schmerzhaft Wunden, Entzündung unentz. Jucken halt ohne Nachteil laut vielen Erfolgsberichten die echte **Olinda-Salbe**. Absolut mildeste naturgemäße Wirkung. M. 1.25 und 2.75. Otto Reichel, Berlin 48, Eisenbahnstr. 4.

Eine große Partie

Diwandecken

in rot, blau, oliv u. Persermuster
M. 4, 6, 6, 7, 7, 75
Buntpersische, doppelseitige

Diwandecken

M. 7, 50—8, 75, 10, 50—12,—
Bunte Moquet-Pflüsch-Diwandecken
Größe 150x300 cm 16, 75—22, 50
3000 Kochel-Tischdecken
à 4, 50, 6, 00, 10, 00 u. 18, 00 M.
Teppich-Spezialhaus

Emil Lefevre

Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158.

Die lebendige Internationale.

Ein Bericht von Camille Huysmans.

Amsterdam (Holland), 9. Januar. (Fig. Ver.)

Der außerordentliche Parteitag, den die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands zur Beratung der von der Regierung eingebrachten Vorlagen über Verfassungs-, Steuer- und Arbeiterversicherungsreform einberufen hatte, fand heute einen Abschluß, dessen Bedeutung über den innerpolitischen Charakter des Kongresses hinausgeht. Nach Erledigung der Tagesordnung betrat Genosse Camille Huysmans, Sekretär des Internationalen sozialistischen Bureaus, die Redebühne. Stürmischer Jubel umrauschte ihn. Denn die Versammlung wußte, daß er gekommen war, um Zeugnis zu geben, daß die Internationale lebt und handelt. Was Huysmans nach Amstern geführt hatte, war die Aufgabe, nicht nur der holländischen Sozialdemokratie, sondern den Sozialdemokraten der ganzen Welt die Voitschaft zu bringen, daß alle Weidenschaft und Wirrungen des Weltkrieges das Band, das das Proletariat aller Länder verknüpft, nicht haben zerreißen können und daß die Exekutive des Internationalen Bureaus in fester Zuversicht ihre Arbeit fortsetzt. Genosse Huysmans sagte: „Es ist mir eine besondere Genugtuung, Sie im Namen der Exekutive der Internationale zu begrüßen.“

An der letzten Zeit habe ich wohl manchmal gehört, daß die Internationale tot sei. Unser Parteigenosse Gustav Herde hat sie in verschiedenen Artikeln feierlich begraben. Auch in Deutschland hat keine über ihr Begräbnis berichtet und selbst in Holland, wo man allgemein doch ruhiger denkt und wo der Zustand — das darf man doch sagen — weniger tragisch ist, habe ich hier und da denselben Gedanken verkünden gehört.

Werte Parteigenossen! Die Internationale ist nicht tot! Sie ist ganz und gar nicht gestorben. Die Internationale kann nicht sterben, solange eine revolutionäre Arbeiterklasse besteht, die zum Ziel hat, über die ganze Welt eine Bewegung einzuleiten, die der Herrschaft des Kapitalismus ein Ende bereitet, solange wird auch ein internationales Band zwischen den organisierten Arbeitern aller Nationen notwendig sein.

Die Internationale, sagen die einen, soll tot sein, weil sie den Krieg nicht hat verhindern können.

Die Antwort darauf ist einfach. Die Internationale allein hat ihre Pflicht getan. Aber sie hatte die Macht noch nicht, um den Krieg zu verhindern. Mehr noch: Wir wußten 1914 alle, daß sie die Macht dazu noch nicht haben konnte; sie hat niemand betrogen und niemand betrogen wollen.

Andere sagen: Die Internationale ist tot, weil die deutschen Sozialdemokraten für die Kriegskredite gestimmt haben.

Auch dieses Argument schlägt uns nicht. Eine bestimmte Haltung eines Unterzeils einer Gruppe kann wohl die Einheit dieser Gruppe brechen, aber darum noch nicht den Organismus selbst vernichten. Ist die katholisch-katholische Kirche verschunden, weil deutsche katholische Soldaten belgischen in den Schützengräben an beiden Ufern der Iper einander gegenüberliegen?

Es gibt sogar Leute, die behaupten, daß die Internationale tot sei, weil die Sozialisten ihr Vaterland verteidigen. Diese Quälnermeinung hat selbst bei Sozialdemokraten Eingang gefunden, die vergessen, daß die Selbstverteidigung nicht nur ein von allen internationalen Kongressen anerkanntes Prinzip ist, sondern auf dem rein menschlichen Recht beruht.

Andere sagen endlich: Die Internationale ist tot, weil sie nichts mehr von sich hören läßt.

Dies ist eigentlich der stärkste Vorwurf. Aber ich kenne ein holländisches Sprichwort, das sagt: „Ein schweigender Fisch ist noch kein toter Fisch!“ Die lateinische Uebersetzung davon lautet in der Schrift: „Tempus tacendi, tempus loquendi.“ Es gibt eine Zeit des Schweigens. Es gibt eine Zeit des Redens!

Die Exekutive der Internationale ist nun der Meinung, daß die Zeit des Redens gekommen ist. Aber wenn sie geschwiegen hat, so besagt das nicht, daß sie nicht gehandelt hat. Sie hat keinen einzigen günstigen Augenblick vorübergehen lassen, um handelnd aufzutreten, wie es ihre Pflicht gebot.

Was sagen in der Tat die Resolutionen von Stuttgart, Kopenhagen und Basel?

- 1. Wenn eine Kriegsgefahr droht, muß das Bureau alles tun, um dem Krieg zuvorzukommen.
2. Wenn ein Krieg nichtsdessenungeachtet ausbricht, muß das Bureau alles tun, um diesem Krieg rasch ein Ende zu machen.
Dabei wir das getan?

Genosse Huysmans zählt nun eine lange Reihe sozialistischer Interventionen im Oktober und November 1912 auf, d. h. in dem Augenblick, wo der Balkan Konflikt Osteuropas bedrohte, Interventionen, Manifeste, Versammlungen, Demonstrationen, und fährt fort:

Und so geht es weiter bis zum Vorabend vom 28. Juni 1914.

Drei Wochen zuvor erzählte man schon in den Wandelgängen des Reichstages, daß am Ende der Erntezeit Oesterreich an Serbien ein Ultimatum richten würde. Aber, wie uns im Bureau erklärt wurde, schien niemand dieser Mitteilung Glauben. Noch einmal wurden Kundgebungen organisiert, in Wien wie in Berlin, Budapest, Amsterdam, Brüssel, Paris und an anderen Orten.

Ich frage Sie nun aufrichtig: Welche Partei, welche Organisation, welche politische, soziale oder religiöse Gruppe hat gegen den Krieg getan, was wir getan haben? (Stürmischer Beifall.)

Ich antworte: Keine!

Und wir haben nicht nur geredet.

Unsere Aktion gegen den Krieg hat zur Folge gehabt, daß Hunderte Parteigenossen ins Gefängnis gewandert sind, unter dem Hohnlächer aller derjenigen, die uns jetzt vorwerfen, daß wir den Krieg nicht haben verhindern können. (Beifall.)

Die Richter, die uns in früheren Jahren zu schwerem Kerker verurteilt haben, kommen nun, um von uns über die Tat, die sie selbst begangen haben, Rechenschaft zu fordern. (Sehr richtig! Beifall.)

Am 24. Juli wurde das österreichische Ultimatum überreicht.

Am 25. Juli beschloß die Exekutive, Jaurès, Adler, Kollentz, Gailant und andere telegraphisch zu befragen, ob es ratsam sei, das Bureau zusammenzurufen.

Am 26. Juli beschloß die Exekutive in Uebereinstimmung mit den Delegierten, das Internationale Bureau für den 29. Juli einzuberufen und auf dieser Versammlung wurde beschlossen, die Aktion gegen den Krieg noch zu verstärken und den Vorschlag zu unterstützen, wonach der serbisch-österreichische Konflikt einem Schiedsgericht unterworfen werden sollte. Zu gleicher Zeit reisten die Delegierten von Deutschland und Frankreich zurück mit dem Auftrag, in Berlin darauf zu dringen, daß sich die österreichische Regierung in ihren Forderungen mäßige, und in Paris, daß Rußland nicht am Konflikt teilnehme. Die englischen und holländischen Mitglieder bekamen den Auftrag, in Rom und London ihr Bestes zur Unterstützung dieser Aktion zu tun.

Am Abend desselben Tages fand in Brüssel das bekannte große internationale Meeting statt, wo unter anderem das Wort führten:

Banderbelde, Troelstra, Kubanowitsch, Worgari, Keir Hardie und wo Jean Jaurès zum letztenmal sprach. Am Nachmittag des 31. Juli empfing ich ein Telegramm aus Berlin, daß Müller im Namen des Parteivorstandes mit uns zu konferieren wünsche. Am Abend um 11 Uhr wurde mir telephoniert, daß Jaurès ermordet sei.

Am 1. August, um 5 Uhr morgens, war Müller bei mir und nach einer Besprechung mit der Exekutive am Vormittag reisten Müller und ich nach Paris mit De Man als Schriftführer.

Um 1/2 7 Uhr abends hatten wir eine Sitzung mit der Fraktion im Palais Bourbon und abends um 10 Uhr mit der Zentralleitung der Partei. Was Müller dort erklärte, wissen Sie aus den unlängst erschienenen Artikeln der französischen und deutschen Presse. Er rief den Eindruck hervor, daß bis zu diesem Augenblick die deutsche Partei wahrheitsgemäß nicht für die Kriegskredite gestimmt gewesen sei. Die französischen Parteigenossen erklärten, daß sie, falls Frankreich angegriffen werden würde, die Kriegskredite annehmen müßten.

Mein persönliches Urteil war — und es kam an jenem Abend zweimal zur Aeußerung — daß sich die deutsche Partei in diesem Augenblick enthalten müßte. Meine Ueberszeugung war, daß Frankreich nicht angreifen würde, aber ich fühlte die Schwierigkeit der Lage der Deutschen, die auch noch später durch Banderbelde anerkannt wurde. Auf der einen Seite Frankreich, das demokratische Frankreich, auf der anderen Rußland, das zarische Rußland! Ich dachte über den Zustand, was Babel 1870 dachte. „Stimme ich für die Kredite,“ sagte er, „heißt ich die preussische Politik gut; stimme ich dagegen, erwecke ich den Anschein, der Politik Bonapartes anzuhängen.“ Das schien mir auch die Lage der deutschen Sozialdemokratie 1914. Nach meiner Meinung mußte mit der russischen Gefahr gerechnet werden, nach der gewaltigen Propaganda unserer deutschen Parteigenossen gegen das zarische Regime, dessen Rückwirkung sie in Deutschland fühlten. Gleichwohl war ich unter dem Eindruck all des Bösen, das in den deutschen sozialistischen Blättern vor August 1914 gestanden hatte, nicht nur gegen die deutsche Politik, sondern auch über die österreichische.

Genosse Anwesen, Sie wissen auch, daß in der letzten Zeit Kautsky bekanntgegeben hat, daß er auch für die Enthaltung war.

Am 4. August brach der Krieg aus.

In allen Protesten durften die Sozialdemokraten in allen Ländern erklären, daß sie für die Missetat keine Verantwortung hatten.

Belgien wurde bezwungen und trotz seines hartnäckigen Widerstands überwältigt.

Wir wurden von der ganzen Welt abgeschlossen. Aber die erste Parole, die durch die Exekutive gegeben wurde, war, die Beziehungen zwischen dem Centrum und den angeschlossenen Parteien aufrechtzuerhalten. (Beifall.) Wir fühlten wohl, daß für den Augenblick an eine Intervention oder eine Beratung des ganzen Bureaus nicht zu denken war — weder von der Seite Deutschlands, noch von anderen kriegführenden Nationen. Es war die Höhezeit der Kriegsfurie. Von anderen Seiten jedoch tauchten Entwürfe auf, um die Internationale, die keine Rettung nötig hatte, zu retten. Parteigenossen bildeten sich ein, daß sie es besser konnten und erneuerte Proteste genügend wären, um dem Krieg entgegenzutreten. Andere fühlten sich berufen, eine internationale Rolle zu spielen. Wir haben dies alles gesehen lassen, und nach der Befreiung Brüssels aus eigenem Antrieb das Sekretariat nach dem Haag verlegt. Dort sind wir wieder direkt oder indirekt mit allen Parteien in Briefwechsel gekommen, so daß, wenn die Beziehungen der Parteien untereinander — die Beziehungen von Partei zu Partei — nicht immer bestehen, die Beziehungen der Parteien mit dem Centrum, mit dem Bureau im Haag keinen Augenblick aufgehört haben. (Stürmischer Beifall.) Daß solches nicht immer eine leichte Aufgabe war, braucht nicht erst gesagt zu werden. Daß es für einen Belgier nicht immer angenehm war, vor einem Sozialdemokraten zu stehen, der die notwendigen Kredite bewilligt hatte, um sein Land mit Feuer und Schwert zu überziehen, braucht wohl nicht auseinanderzusetzen zu werden. Aber ich sah es als meine Pflicht an, kein Wort zu schreiben, das irgend eine der angeschlossenen Parteien verletzen konnte. Ich wollte nicht, daß später gesagt werden könnte, daß wir einige Verantwortlichkeit haben sollten an der Tatsache, daß eine uns anvertraute Waffe in Stücke geschlagen wurde. Ich hatte den Eindruck, daß vor allem in einer einmütigen, handelnden Internationale auch die niedergetretenen und bedrohten Nationalitäten ihre Stütze und ihre Wiederherstellung finden könnten. Ich sah es darum als meine Pflicht an, mein Amt über mein Herz und mein Gemüt zu stellen und ich bedauere es nicht, der internationale Sekretär von allen angeschlossenen Parteien der ganzen Welt geblieben zu sein. (Stürmischer Beifall.)

Dies wurde mir wohl manchmal übel bedeutet. Hinunter wurde mir vorgeworfen, daß ich das Vertrauen gewisser Parteien verloren habe, und in letzter Zeit — daß ich an Deutschland verkauft sei. (Weiterkeit.)

Danach haben wir für die Dauer des Kriegs die Exekutive so eingerichtet, daß sie das Vertrauen aller Parteien der kriegführenden Länder weiter gemessen muß. Die belgische Delegation ist geblieben, um das Vertrauen der verschiedenen Parteien zu bewahren, und auf ausdrückliches Verlangen zahlreicher angeschlossener Parteien. Das war nötig, weil diejenigen, die vom Kongress der Internationale ihr Mandat empfangen hatten, es auch behalten müßten. Die belgische Delegation ist uns darum geblieben, weil es ein Odium (eine Gehässigkeit) gewesen wäre, die Belgier zweimal zu treffen: einmal als Belgier, ein zweites Mal als Sozialdemokraten. Die Belgier haben den Krieg nicht gewollt. Sie sind die Schlachtopfer des Kriegs, und ihnen um dessentwillen einen Vertrauensposten wegzunehmen, wäre eine Tat der Ungerechtheit gewesen. Dies ist denn auch nicht geschehen. Das haben wir nicht gesehen lassen, aber um den Parteigenossen der zentralen Länder entgegenzukommen und ihnen eine Mitgliedschaft unserer Unparteilichkeit zu geben, haben wir die holländische Delegation der Exekutive mit gleichen Rechten hinzugefügt. Der Antrag wurden mit allen Stimmen der interessierten Delegationen angenommen. Wir haben ihn durch eine Abstimmung aller angeschlossenen Parteien bestätigen lassen. Der Antrag wurde denn auch mit allen Stimmen gegen eine Enthaltung — Frankreich — gutgeheißen. Frankreich enthielt sich, weil es der Meinung war, daß die Exekutive bleiben müßte, wo und was sie war.

Das Sekretariat und die Exekutive, so wie sie jetzt für die Dauer des Kriegs sind, sind also durch den Willen der ganzen Internationale im Amt.

Tätigkeit während des Kriegs.

Die erste Pflicht der Exekutive war: zu handeln. Von allen Seiten tauchten Forderungen nach einer Einberufung des Bureaus auf.

Wir sind darauf nicht eingegangen. Nehmen Sie an, wir hätten das Internationale Bureau zusammenberufen. Wir wußten, daß gewisse Parteien nicht kommen würden. Könnten wir in diesem Augenblick eine Rinderheit gegen eine Rinderheit ausbilden? Könnten wir die Rinderheit zwingen? Darin hätte uns die Mehrheit nie einwilligt. Das war ein Dieb in die Luft. Das war vielleicht die Zerstörung. Eine solche Freischüßelpolitik haben wir denn auch

nicht befolgen wollen. Unser Ziel war, die Parteien zur richtigen Zeit zusammenzubringen, aber nicht auf solche Weise. Unsere Pflicht ist, eine Bureauführung mit Zustimmung der verantwortlichen Parteien der kriegführenden Länder zu veranstalten. Ist eine Sitzung ohne Frankreich, Deutschland oder England möglich? Unsere Antwort ist: nein!

Für diese Politik übernehmen wir die volle Verantwortung. In gewissen Kreisen wird uns dies übelgenommen und werden wir selbst durch Resolutionen gebrandmarkt. Wir haben auch dies über uns ergehen lassen. Ungebuldige Parteigenossen haben dann auch anderswo internationale Konferenzen einberufen, aber Sie haben wahrnehmen können, daß die Hauptinteressenten dort durch ihre Abwesenheit glänzten und die Konferenzen sogar desabonniert haben. Ein solches Ergebnis kann sich ein freiwilligenkorps leisten, das nicht weiß, daß Geduld eine politische Tugend ist, aber wir dürfen uns solchen Dingen nicht aussetzen — wir, die Vertreter einer Internationale sind, die ihre Statuten achten will und überdies auch etwas politische Erfahrung gesammelt hat.

Bei diesem Abenteuer will ich mich denn auch nicht länger aufhalten. Ich gebe zu, daß die Absicht gut sein konnte, aber ich lege Wert darauf, im Namen meiner Kollegen zu erklären, daß ungeachtet aller Enteisungspläne des Bureau im Haag seinen Sitz hat und behält. (Beifall.)

Um handelnd aufzutreten, mußten wir in den Zustand Klarheit bringen.

Darum gliederte sich unser Plan in zwei Aufgaben: 1. die sozialdemokratischen Parteien der zentralen Länder, der Entente-Länder und der Zentralen zu geordneter Beratung über die vier Punkte, die die Grundlage aller Friedensresolutionen sind, zu bringen.

2. gesonderte Delegationen im Haag zu empfangen um auf die vier Punkte weiter einzugehen.

Wie Sie wissen, versammelten sich die neu-alten Sozialisten im November am 17. und 18. Januar 1915, die Entente in London am 14. Februar, die Zentralen in Wien am 20. April 1915.

Es wurden dort Resolutionen angenommen, die sicher nicht in allen Punkten übereinstimmen.

Aber in Kopenhagen, London und Wien haben die Sozialdemokraten für alle Nationen das Recht gefordert, über sich selbst bestimmen zu dürfen.

In Kopenhagen, London und Wien haben die Sozialdemokraten die Demokratie der Diplomatie und die Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle gefordert.

In Kopenhagen, London und Wien haben sich die Sozialdemokraten als Anhänger des obligatorischen Schiedsgerichts in allen Konflikten erklärt.

Die Bekräftigung dieser vier Punkte, die die Grundlage der Resolutionen von Stuttgart, Kopenhagen und Basel formen, war sicher ein erster Schritt. Wir können ruhig feststellen, daß, wenn die Leitung der Ereignisse in den Händen von Sozialdemokraten gelegen hätte, der Krieg nie ausgedrohen wäre. Und morgen, wenn die Bourgeoisie eingesehen haben wird, zu welchem Wahnsinn sie durch ihren unermesslichen Drang nach dem Imperialismus getrieben wird, — morgen wird sie nur einen Ausweg finden und zwar in der Richtung unserer Ideen.

Etwas mangelte noch an dieser Aktion: das Präzisieren der verschiedenen Punkte, worüber man in der Theorie eins war. Um zu einem praktischen Resultat zu kommen, wurde dann vom Januar/Februar 1915 an beantragt und durch die Exekutive angenommen, die verschiedenen Delegationen gesondert nach dem Haag kommen zu lassen, um mit jeder Delegation über ihre Stellung und über den Zustand zu beraten. Erst danach konnte man wissen, ob die Einberufung einer Bureau-sitzung zweckmäßig und möglich war. Dieser Vorschlag fand Zustimmung bei fast allen Parteien, aber stieß auf den Widerstand einer, später zweier Parteien. Belgien, obgleich ein befreites Land, kam offiziell und legte seinen Standpunkt dar.

Deutschland kam ein erstes Mal offiziell, ein zweites Mal offiziell. Frankreich antwortete, daß ein Kommen nach dem Haag als eine indirekte Unterhandlung mit Deutschland angesehen werden würde — etwas, was unmöglich schien in einem Augenblick, wo die deutsche Heere einen Teil von Frankreich besetzt hielten und alle Kräfte auf die Selbstverteidigung konzentriert waren. Die Engländer waren ursprünglich bereit zu kommen. Die Ernennung Hendersons zum Minister verpflichtete die englische Delegation, ihr Kommen zu vertagen. Jetzt zieht sie eine Konferenz in London vor, die auch in Vorbereitung ist.

Ich füge jedoch bei, wenn man die Erklärungen und Resolutionen dieser verschiedenen Gruppen von August 1914 mit den Erklärungen und Resolutionen der letzten Tage vergleicht, der Zustand vom sozialistischen Gesichtspunkt aus eine Annäherung zu zeigen scheint.

Der Redner gibt, um diesen Eindruck zu vollfertigen, einen Ueberblick auf die verschiedenen Kundgebungen — einerseits der deutschen Partei, bis zur Rede Scheidemanns und der Resolution über die Kriegsziele, andererseits der französischen Sozialisten bis zur Kongressresolution vom 25. Dezember 1915. Er weist namentlich auf die Sache dieser Resolution hin, die die Frage der Wiederaufnahme der Beziehungen mit der deutschen Partei mit der Entwicklung ihrer „Rinderheit“ in Verbindung bringen und bemerkt dazu, daß man, um den Unterschied zwischen der Haltung den französischen und deutschen Sozialisten zu begreifen, den Unterschied ihrer Lage berücksichtigen müsse: Deutschland kann den Frieden wollen, denn es hat ein gewaltiges Pfand. Frankreich kann nur Frieden wollen, wenn es sicher ist, nicht als besiegte Nation angesehen und behandelt zu werden. Ich weiß wohl, daß die ökonomische Lage dieser Länder mit ihrer militärischen nicht durchaus übereinstimmt. Aber in Frankreich — dies dürfen die Parteigenossen nicht vergessen — sind alle Kräfte zur Selbstverteidigung gespannt und in dieser Gemütsstimmung wird Nachgeben als Schwachheit angesehen. Welches würde wohl die Gemütsstimmung in Deutschland sein, wenn das französische Heer in Köln und das russische in Königsberg hünde? Ich füge noch hinzu, daß der Einfluß dieser sozialistischen Parteien ganz verschieden ist. In England und Frankreich besitzen die Arbeiter- und sozialistischen Parteien entscheidenden Einfluß, und es kann schwerlich eine Lösung durchgesetzt werden, die dem Willen der arbeitenden Klassen direkt widersprechen würde. In Deutschland ist der Einfluß der Partei wohl geringer, und wir sehen Beckmann Polweg noch nicht gleich Lloyd George vor dem Forum der vereinigten Gewerkschaften erscheinen.

Bei der Vergleichung all dieser Resolutionen fällt man wohl, daß die größte Schwierigkeit im einfach-lothringischen Problem liegt. Schon sind von beiden Seiten Aufklärungen und Auslegungen gegeben worden. Unser Ziel war — und das haben meine Kollegen wohl ein, als wir vorschlugen, die Delegationen im Haag zu empfangen — diese Punkte in kürzester Zeit aufzuheben.

Daß die Möglichkeit zur Aufhellung und Annäherung offenbleibt, ist klar. Selbstverständlich würde die Möglichkeit dieser Annäherung noch stärker hervortreten, wenn wir die Resolutionen der französischen Partei mit den Resolutionen der deutschen sogen. Rinderheit verglichen wollten, namentlich wenn man berücksichtigt, daß noch gewissen Behauptungen die sogen. Rinderheit der

Reichstagsfraktion die Mehrheit der sozialdemokratischen Wähler vertritt.

In jedem Fall werden Sie unmittelbar bemerkt haben, daß zum erstenmal die französische Partei Bedingungen der Annäherung aufstellt und mehr noch, ich stehe unter dem Eindruck, daß schon verschiedene dieser Bedingungen zum mindesten teilweise erfüllt sind.

Parteienossen, ich habe das Gefühl, daß wir auf dem guten Weg sind. Namentlich, wenn man auch die Tatsache in Rechnung zieht, daß wir in Frankreich desgleichen vor einer Minderheit stehen, sei es auch eine gar keine Minderheit.

Werte Parteienossen! Bis heute hat der Krieg bewiesen, daß es beinahe unmöglich geworden ist, eine große, modern organisierte kapitalistische Nation zu bezwingen. Wenn Deutschland fremdes Gebiet besetzt hält, so beherrscht England das Reich der See. Bis jetzt hat dieser furchtbare Krieg entschieden sein Ziel verfehlt.

Werte Parteienossen! Um was es mir hier zu tun war, war die Feststellung, daß der Organismus, der 1889 in Paris geboren worden ist, nicht gestorben ist einer Bourgeoisie zu Liebe, die bleib, was sie ist, oder Sozialdemokraten zu Liebe, die manchmal vergessen, was sie sind. (Sehr richtig! Beifall.) Ich wollte nur feststellen, daß dieser Organismus alles getan hat, was möglich war, um die Sendung zu erfüllen, die ihm die Resolutionen von Stuttgart, Kopenhagen und Basel auferlegt hatten. Ich wollte endlich zeigen, daß die Linien der politischen Bewegung nicht in einer parallelen Richtung gehen und einander erst im Unendlichen begegnen können, sondern sich langsam in einer Richtung ausprägen, die die Einheit des Proletariats über die ganze Welt wiederherstellen wird zur Bürgschaft eines dauernden Friedens.

Die Angelegenheiten davon sind mannigfaltig. Ueberall hört man das Wort verwenden, daß die Internationale eine Politik ausarbeiten muß, die über der Lage der Armen stehen — eine Politik, die der Wegweiser zu einer Gesellschaft werden muß, die einen Ausweg sucht. Unlängst, am 17. Dezember v. J., schrieb mein Freund Wandervelde im englischen „Clarion“ einen Artikel, den ich in einer sympathischen deutschen Uebersetzung in der Wiener „Arbeiterzeitung“ las. Er schrieb: „Ich glaube, daß der Augenblick bald kommen wird, wo die wahrhaft sozialistischen Elemente der Internationale verflochten sein werden, zu erklären, was sie über das Problem Ost-Lothringens oder über die Unabhängigkeit oder Autonomie Valens oder über die Mittel denken, die in Zukunft verhindern sollen, daß imperialistischer oder kolonialer Eroberungshunger neue Konflikte erzeuge.“ Diese Worte sehe ich als eine Aufforderung an, auf die eine Antwort kommen muß. — Das ist dasjenige, was in diesem Augenblick gesagt werden kann. Ueber die anderen Länder und Parteien ist es nicht nötig zu sprechen, weil da die Schwierigkeiten geringer erscheinen. Jeder fühlt auch wohl, daß die Lösung des Kriegsproblems und die Endentscheidung eigentlich im Westen liegt. Die orientalische Frage wird überdies im Baseler Manifest, das noch als unser politischer Leitfaden in den heutigen Verhältnissen liegt, ausführlich behandelt.

Die Aktion, die wir begonnen haben, werden wir mit Geduld, Vorsicht und Ausdauer, im vollen Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit fortsetzen. Im gegebenen Augenblick wird darüber berichtet werden.

Wir wollen die Sozialisten der ganzen Welt zum Einberufen bringen, damit, wenn schon der Krieg gegen unseren Willen entstand, die Friedensbedingungen von solcher Art sein sollen, daß sie nicht den Keim einer neuen Tragödie in sich bergen und damit die Arbeiterklasse, die die Last des Verbrechens von anderen zu tragen haben wird, auch diese Weltreise überwinde. Darum ist Einigkeit nötig. Die Einigkeit muß und wird unser Ziel und unsere Kraft werden.“

Der Bericht, den Genosse Huhsmans, selbst ergriffen von der Bedeutung dieser Stunde, wo die Internationale wieder laut zum ganzen Proletariat der Welt sprach, und unter steigender Bewegung der mit zurückgehaltenem Atem zuhörenden Versammlung vorgelesen hatte, rief am Schluß jubelnden Beifall wach. Und plötzlich erhoben sich aus freiem Antrieb alle Anwesenden: die Delegierten und das Publikum wie die Parteivorstandsmitglieder auf der Bühne und sangen den Chor von der großen Tat der Zukunft: die Internationale.

Genosse Huhsmans, Vorsitzender der holländischen Partei, dankte Huhsmans für seine ermutigende Rede, die beitragen werde, das Gefühl der internationalen Zusammengehörigkeit zu stärken. Er rühmte unter jähem Beifall die moralische Größe, die Selbstbeherrschung, die Huhsmans in stand gesetzt habe, seine Aufgabe als internationaler Sekretär zu erfüllen. Er hieß ihn in Holland, wo er nun für die Dauer des Kriegs bleiben wird, willkommen. Im geeigneten Augenblick werde der Ruf an die Bruderparteien ergehen, an die Stelle des zwecklosen Völkermordens wieder das große Kulturwerk der Sozialdemokratie zu setzen. — Huhsmans schloß mit einem Hoch auf die sozialistische Internationale, in das der Kongreß begeistert einstimmte.

Soziales.

Die zugebilligte Neujährvergütung.

In der zurzeit wieder brennend gewordenen Frage des Rechtsanspruches auf die in vielen Großbetrieben üblichen Neujährvergütungen fällt die I. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts unter dem Vorsitz des Magistratsrats Tschow ein interessantes Urteil. Der Fall betraf eine gegen die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft gerichtete Klage eines Angestellten M., der bereits zehn Jahre in der Gesellschaft tätig war und auch regelmäßig 10 Proz. des Gehaltes als Neujährvergütung erhielt.

Im letzten Jahre bekam er die Vergütung nicht, weil er infolge eigener Kündigung zur Zeit der Verteilung nicht mehr in Stellung war. Die beklagte Gesellschaft stützt sich dabei auf den bekannten Rebers, der einen Rechtsanspruch auf die Vergütung ausschließen soll und den Gehilfen darauf hinweist, daß er, wenn er vorzeitig austritt, auf keinen Fall Zahlung erhält. Die Beklagte weist ferner darauf hin, daß von den vom Kläger geforderten 482 M. ein Betrag von 188 M. noch gar nicht fällig wäre, da der Betrag für das zweite Halbjahr 1915 frühestens am 1. Juli d. J. zur Ausschüttung kommen könnte. Ueber die Gründe, die ihn zur Kündigung veranlaßt haben, führt der Kläger in der Verhandlung aus, daß er über zwei Jahre lang, also gerade in einer Zeit außergewöhnlich gestiegener Preise aller Gegenstände, des notwendigsten Bedarfs, keinen Pfennig Zulage erhielt. Er habe sich darum notgedrungen nach einem besser bezahlten Posten umsehen müssen. In rechtlicher Beziehung wies der Kläger darauf hin, daß die Angestellten auf Grund der Angaben der Beklagten versteuern müßten. Es würde eine schreiende Ungerechtigkeit bedeuten, wenn ein Staatsbürger zur Versteuerung eines Betrages gezwungen würde, den er hinterher gar nicht erhält. Die Vergütung werde auch in die Reichsversicherung mit einbezogen und bei der Anstellung werden die Gehilfen darauf hingewiesen, daß sie außer dem Gehalt 10 Proz. Gratifikation erhalten. Aus allen diesen Gründen rechne auch die Gehilfenschaft mit dieser Einnahme und hat gewöhnlich schon lange vorher in ihrer Wirtschaftsführung dementsprechend disponiert.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die beklagte Gesellschaft zur Zahlung von 288 M. Gratifikation nebst 5 Proz. Zinsen seit dem 15. Dezember 1915. In der Begründung heißt es: M. war zehn Jahre bei der Beklagten in Stellung. Zwingende Gründe, dem Kläger innerhalb zwei Jahren keine Gehaltsaufbesserung zuteil werden zu lassen, seien nicht gegeben, denn die A. E. G. befände sich in guter wirtschaftlicher Lage. Mit der Vorenthaltung einer angemessenen Gehaltszulage habe sie selbst das Prinzip der Anhänglichkeit mit zum Scheitern gebracht. In einem Falle wie dem vorliegenden sei die Gratifikation als ein untrennbarer Bestandteil des Gehaltes trotz des dieser Auffassung widersprechenden Rebers zu erachten.

Berichtszeitung.

Berechtigte Interessen?

Wegen Beleidigung des Reichstagsabgeordneten Körsten in seiner Eigenschaft als Arbeitnehmervertreter bei dem Gewerbegericht hatte das Schöffengericht Berlin-Mitte bekanntlich seinerzeit den Wuchhalter Friedrich Richter von der „Berliner Maschinenbau-A. G. vormalig Schwarzkopff“ zu 30 Mark Geldstrafe auf Grund des folgenden Tatbestandes verurteilt. Zwei in der Schwarzkopffschen Fabrik beschäftigte Formner, denen wegen eines fehlerhaften Gusses ein Lohnabzug gemacht worden war, hatten die Firma beim Gewerbegericht verklagt und dort abgeklagt. Der betreffende Verhandlung hatte der Angeklagte als Vertreter der Firma beigewohnt. Als die beiden Formner in dem Bureau erschienen, um sich ihr Geld zu holen, machte der Angeklagte diesen gegenüber seinem Unmute über das ergangene Urteil Luft und wollte den „Beißer mit der goldenen Brille“ (Herrn Körsten) für den „Fehlspuch“ verantwortlich machen. Dabei sagte er u. a.: „Ich werde dem Manne das Handwerk legen; er versteht nichts von der Sache, er ist zwar früher Formner gewesen, hat aber bloß Bilderrahmen gemacht. In diesem Streifalle hat er solange auf die anderen eingeherdet, bis er diese zu seiner Ansicht bekehrt hatte.“ — Das Schöffengericht hatte hierin eine Beleidigung eines Richters erblickt und die angegebene Strafe festgesetzt. — Wegen das Urteil war von seiten des Angeklagten und auch des Staatsanwalts Verufung eingelegt worden; letzterer hatte sie wieder zurückgezogen. — In der Verufungsverhandlung vor der I. Strafkammer nahm Rechtsanwalt Dr. Doebering für den Angeklagten den vollen Schutz des § 103 in Anspruch und beantragte demgemäß die Freisprechung. — Rechtsanwält Dr. Wetzauer bestritt, daß der Angeklagte bei seinen Äußerungen in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt

habe. Die erkannte Strafe sei überaus milde, denn er wenne auf einen Fall hinweisen, wo ein Rechtsanwält, der in seine Handakten eine herbe Äußerung über ein nach seiner Ansicht verfehltes Urteil geschrieben hatte, die zur Kenntnis der Behörden kam, als die Akten bei Gelegenheit eines anderen Prozesses eingefordert wurden, zu 500 M. Geldstrafe verurteilt worden sei. — Das Gericht verwarf die Verufung, da der Angeklagte die zweifellos beleidigende Äußerung nur in der Absicht getan habe, um dem Nebenkläger eins auszuwichsen.

Aus aller Welt.

Ein Prozeß wegen eines Vindesriches.

Eine löbliche Prozeßgeschichte wird sich dieser Tage, wie die „National-Zeitung“ schreibt, in der Schweiz abspielen. Ein Tierarzt sucht nämlich bei den zuständigen Gerichten seine Ehre wieder insandzusetzen, nachdem sie durch einen Bauer beschädigt worden, was auf folgende Weise geschah. Der Bauer kaufte ein Pferd und ließ es vor Abschluß des Handels, wie das in solchen Fällen üblich ist, durch einen Tierarzt auf seinen Gesundheitszustand untersuchen. Der Kauf wurde, gestützt auf die zustimmende Auslage des Veterinärs, abgeschlossen; aber das Pferd erwies sich nicht als so kräftig, wie es der Käufer hatte erwarten dürfen. Seinem Jorn machte der Bauer in einem Brief an den Tierarzt Luft, den er auch anderen Bauern des Dorfes zeigte und in dem er schrieb: ihm schmeie es, der Tierarzt sei mehr Rindvieh als Pferd. Daraufhin verklagte der Veterinär den Bauer wegen Beleidigung. Der Bauer jedoch, der selbst etliche bürgerliche Ehrenämter bekleidet, rechtfertigt sich mit der Behauptung, er habe nur vergessen, den Vindesrich anzubringen, indem er hatte sagen wollen, der Veterinär schmeie ihm mehr Rindvieh als ein Pferd. Der Veterinär gibt sich aber damit nicht zufrieden, und so werden sich die Gerichte in dieser waffenkürrenden Zeit mit einem Prozeß um eines vergeblichen Vindesriches willen zu beschäftigen haben.

Die Sturmflut in Hamburg, über die wir berichteten, hat gemaltige Schäden angerichtet. Zahlreiche Lagerfelder im Freizehafen wurden überschwemmt und zum Teil vollständig vernichtet. Im Hafen selbst waren einige kleinere Schiffe losgerissen und Anlegestellen zerstört, so daß an mehreren Stellen der Fahrverkehr des Hafens eingestellt werden mußte. Auch auf der Alster konnte der Fährbetrieb nicht in gewohnter Weise aufrecht erhalten werden, da die Alsterdampfer wegen zu hohen Wasserstandes unter dem dritten Bogen nicht hindurchfahren konnten. In Altona konnte man auf dem Fischmarkt Kahn fahren. Das Wasser stieg so schnell, daß zahlreiche Bewohner nur notdürftig belaidet sich in Sicherheit bringen konnten. Nur der Dammbau bei Neuenfelde brachte für die Elbe bei Hamburg die nötige Entlastung; sonst wäre wohl eine schwere Katastrophe eingetreten. Menschenleben sind, soweit sich bisher übersehen läßt, glücklicherweise nicht zu beklagen.

Auch in Holland hat eine Sturmflut arg gehaust; leider sind dort Menschen und Leben gekommen. Auf der überschwemmten Insel Marken sind 16 Menschen, darunter sieben Kinder, in den Fluten umgekommen. Das durch einen Nordweststurm in der Zuidersee angestaute Hochwasser ist im Abnehmen begriffen. In einem überschwemmten Bolde bei Rotterdam sind vier Kinder das Opfer der Fluten geworden. Die Meldungen aus allen Teilen des Landes bestätigen, daß die Sturmflut einen nach Millionen zählenden Schaden angerichtet hat.

Sehn Kinder durch eine blindgegangene Fliegerbombe getötet. In einer Kiesgrube in der Nähe des Flugplatzes A 11 in fand eine Kinderschar eine nicht explodierte Fliegerbombe. Obwohl der in der Nähe stehende Posten, der aus den lärrenden Rundgebungen der Kinder entnahm, daß diese ein Geschöß gefunden hatten, sie eindringlich warnte, den gefährlichen Gegenstand zu berühren, nahm ein Knabe die Fliegerbombe auf und warf sie in der Richtung nach dem Posten, wobei das Geschöß explodierte. Sehn in der Nähe stehende Kinder wurden getötet, darunter drei aus einer Familie.

Grubenunglück. Auf der Zeche Neumühl bei Hamborn erfolgte gestern nachmittag im Flöz G beim Abfeuern eines Sprengschusses eine Explosion, wobei zwei Leute tödlich verunglückten; drei Mann wurden schwer verletzt.

Selbstmord eines Untersuchungsrichters. In Dresden, wo erst kürzlich der Selbstmord des Rechtsanwalts Wetzer großes Aufsehen erregte, hat sich der Untersuchungsrichter beim Dresdener Landgericht Dr. Meher in einer nahegelegenen Heide erhängt. Er soll die Tat wegen eines Herzensleidens begangen haben.

Inventur **Ausverkauf**

Angebote

billige

Enorm

Preiser



Friedrichstraße 179
Tauentzienstraße 20
Rönigstraße 34
Leipziger Straße 65
Oranienstraße 47a

Möbbl. Turmstraße 50
Müllerstraße 30
Oranienstraße 34
Neußölln, Bergstr. 7/8
Friedenau, Ahlstr. 14

Aus Groß-Berlin.

Der Gemeinschaftsbahnhof Hermannplatz.

Seit Jahren wird eine bessere Verkehrsverbindung zwischen Neukölln und Berlin angestrebt. Diese Bestrebungen haben Erfolg gehabt, indem zwei Untergrundbahnen in Neukölln enden sollen. Die eine Bahn wird von der A. E. G. hergestellt und wird eine Verbindung zwischen Gesundbrunnen und Neukölln schaffen, während die andere Bahn, die Nord-Südbahn von der Stadt Berlin gebaut wird und zunächst von der Seestraße nach der Gneisenaustraße geführt werden sollte. Das Interesse Neuköllns geht aber vornehmlich dahin, eine gute, schnelle Verbindung nach der Friedrichstadt zu haben und so sind die Gemeinden Berlin und Neukölln dahin einig geworden, eine Verlängerung der städtischen Nord-Südbahn von der Gneisenaustraße nach dem Hermannplatz in Neukölln herzustellen. Jetzt beginnt die Tätigkeit des Zweckverbandes. Von ihm sind nun Vorschläge ausgegangen, die eine andere Gestaltung der beiden Untergrundbahnstämme der A. E. G. und der Nord-Südbahn herbeiführen wollen. Mit diesen Fragen haben sich in letzter Zeit Kommunalpolitiker und Verkehrstechniker lebhaft beschäftigt, auch ein Teil der Bürgerschaft von Neukölln hat der Frage Interesse zugewendet. Und morgen wird sich erneut die Verkehrsdeputation von Berlin und Neukölln in gemeinschaftlicher Sitzung mit der Sache beschäftigen. Es handelt sich um die zweckmäßigste Verbindung der am Hermannplatz sich berührenden Schnellbahnen. Zwei Bahnen werden den Hermannplatz berühren, die vom Gesundbrunnen kommende A. E. G.-Linie und die Nord-Südbahn der Stadt Berlin. Es lag daher nahe, beide Bahnen durch einen gemeinschaftlichen Bahnhof zu verbinden, um das Umsteigen von einer Linie auf die andere zu ermöglichen. Für diese Anlage sind nun die verschiedensten Projekte aufgestellt worden, die vielfach Änderungen erfahren haben. Drei Projekte stehen jetzt im Vordergrund der Beratungen. Zunächst der Vorschlag des Zweckverbandes Groß-Berlin, der die A. E. G.-Bahn anstatt den Kottbusser Damm entlang bis zum Hermannplatz, durch die Schönleber-, Zahnstraße und Hasenheide führen will und dort gegenüber der Bismannstraße den Mittelpunkt eines gemeinschaftlichen Bahnhofes mit der Nord-Südbahn vorzieht. Die Zugänge zu diesem Bahnhofe sollen in der Hasenheide gegenüber der Neuen Welt und weiter herauf bei dem alten Posthäuschen an der Ecke Hermannstraße angelegt werden. Da in Aussicht genommen ist, später die A. E. G.-Linie über den Hermannplatz zu verlängern, so soll nach diesem Vorschlage des Zweckverbandes die A. E. G.-Bahn von dem Gemeinschaftsbahnhofe in der Hasenheide durch die Berliner, Mainzer und Viebrichstraße in die Hermannstraße eingeführt werden.

Der Vorschlag der Stadt Berlin geht dahin, die A. E. G.-Bahn den Kottbusser Damm entlang bis zum vorläufigen Endbahnhof Hermannplatz zu führen und ihn dort mit dem Nord-Südbahnhof durch eine Treppe zu verbinden. Dieser T-Bahnhof findet ein Beispiel in dem Volkeringbahnhof Strauß-Kummelsburg, wo man von den Kaulsdorfer oder Lichtenberger Hagen über eine Treppe den Volkeringbahnhof erreicht. Die Zugänge zu dem A. E. G.-Bahnhof befinden sich nach diesem Projekt an der Urban-, Kaiser-Friedrich- und Berliner Straße. Die Zugänge für den Nord-Südbahnhof in der Hasenheide zwischen Bismann- und Hermannstraße und dann in der Berliner Straße gegenüber dem alten Jakobikirchhof.

Der dritte, bisher weniger beachtete Vorschlag, von der A. E. G.-Gesellschaft herrührend, will diese Linie ebenfalls, wie der Berliner Plan, durch den Kottbusser Damm bis zum Hermannplatz führen, dort aber die Verbindung beider Linien durch einen Turmbahnhof, wie er am Gleisdreieck besteht, herstellen. Die A. E. G.-Bahn soll jedoch wegen der Steigerung der Hermannstraße über der Nord-Südbahn durchgeführt werden, während Berlin nach wie vor daran festhält, daß die Nord-Südbahn oben fahren müsse.

Soweit die Projekte der drei Interessengruppen. Von diesen Plänen hat besonders der des Zweckverbandes etwas Bestehendes, da er zunächst die beste Umsteigemöglichkeit für das fahrende Publikum vorzieht. Wer auf der einen Seite des Bahnsteiges ankommt, braucht nur auf die andere Seite zu gehen, wenn er die andere Bahnlinie benutzen will. Diesem Vorteile stehen aber auch Nachteile gegenüber. Diese bestehen darin, daß die A. E. G.-Bahn durch die Schönleberstraße einen großen Umweg machen muß. Außer dem Verlust an Zeit entsteht auch eine wesentliche Verteuerung der Baukosten und damit eine geringere Rentabilität der Bahn. Es besteht ferner die Gefahr, daß die Verlängerung der Bahn nach der Hermannstraße überhaupt in Frage gestellt wird. Indem die Bahn zur Hermannstraße einen großen Bogen machen muß, erhöhen sich wiederum die Baukosten. Die Anwohner der Hermannstraße und der umliegenden Straßen haben aber ein dringendes Interesse daran, daß der Verlängerung der Bahn nicht unnötigerweise Schwierigkeiten zu erhöhen, der verlegt geradezu die Interessen der dort wohnenden Bevölkerung.

Dazu kommt, daß nach dem Plan des Zweckverbandes diejenigen Anwohner der Weiser-, Urban- und Kaiser-Friedrich-Straße, welche von diesen Straßenenden aus die A. E. G.-Linie erreichen, erst den Hermannplatz überschreiten müssen, um am Posthäuschen den Gemeinschaftsbahnhof zu erreichen, während sie nach dem Vorschlage der Stadt Berlin von den erwähnten Straßenenden aus sofort die A. E. G.-Linie benutzen können. Daneben hat das Projekt der Stadt Berlin noch den Vorzug, daß es eine bessere Lage des Nord-Südbahnhofes vorzieht. Nach diesem Plan befinden sich die Zugänge zum Bahnhof in der Berliner Straße am Jakobikirchhof und in der Hasenheide zwischen Hermannstraße und Bismannstraße. Sie entsprechen bedeutend mehr dem Verkehrsbedürfnis als das Zweckverbandesprojekt, nach dem sich ein Zugang ebenfalls zwischen Hermann- und Bismannstraße, der andere jedoch gegenüber der Neuen Welt befindet.

Aus allen diesen Gründen erscheint uns die Anlage des vom Zweckverband vorgeschlagenen Gemeinschaftsbahnhofes den Verkehrsbedürfnissen in keiner Weise entsprechend. Der Vorteil des bequemen Umsteigens wiegt die schweren Nachteile nach keiner Richtung hin auf.

Die Städte über Kriegsfragen.

Vorstandssitzungen des Preussischen und des Deutschen Städtetages haben Freitag und Sonnabend unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Vermuth im Berliner Rathaus stattgefunden. Die Verhandlungen des Deutschen Städtetages, bei denen es sich neben geschäftsmäßigen Fragen um eine große Anzahl für die Städte sehr wichtiger Dinge handelt, sind noch nicht abgeschlossen. Verhandelt werden unter anderem die schwierigen Fragen der Beschaffung der unbedingt notwendigen Beamten- und Angestelltenzahlen für die städtischen Verwaltungen während des Krieges; die Ausgaben der Städte in der Kriegszeit wachsen bekanntlich ununterbrochen, nach Art und Umfang. Weiter sind Finanzfragen, Realcreditfragen, Fragen der Beziehung zur Zentraleinkaufsgesellschaft, Fragen der Familienunterstützung, das Problem des Ersatzes von Fliegeroffizieren und endlich die überragend wichtigen Nahrungs- und Futtermittelfragen auf die Tagesordnung gesetzt.

Im Preussischen Städtetag ist am Freitag besonders das Problem des Kommunalcredits nach dem Kriege erörtert worden. Außerdem sind gutachtliche Äußerungen auf eine Reihe von Fragen der preussischen Staatsregierung beschlossen worden, besonders betr. Fiskalbesteuerung und die Gewährung von Mietunterstützungen.

Warnung vor zweifelhaften Inseraten.

Vom Deutschen Metallarbeiterverband wird uns geschrieben: „Während der Kriegszeit finden sich eine ganze Reihe Leute, die sich auf die verschiedenste Art Erwerb zu verschaffen versuchen. Es sind nicht immer ganz laute Wege, die da gegangen werden. So fiel uns vor einiger Zeit in einer hiesigen Tageszeitung ein Inserat folgenden Inhalts auf:

„Drehen lehrst an Weispindel. banz, auch Frauen, eine Woche, kostet 20,- M. Werkzeugfabrik, Landsberger Straße 97.“

Unsere Nachforschungen haben ergeben, daß diese „Werkzeugfabrik, Landsberger Straße“ sich in einem Räume befindet, der reichlich 4 Meter lang und 4 Meter breit ist. In diesem Räume sind mehrere sogenannte Mechanikerbänke untergebracht, außerdem eine Bohrmaschine, ein Schmiebefeuher, ein Amboss und ein Schleifstein, sodann an einer Heißbank mehrere Schraubstöcke. Eine der Drehbänke hat auch eine Weispindel, doch ist dieselbe schon stark bei Jahren und nicht intakt, so daß sie eigentlich nicht als Weispindelbenutzt gebraucht werden kann. Wie an diesen Werkzeugmaschinen jemand als Dreher ausgebildet werden soll, erscheint nicht ganz klar, denn alle Vorbedingungen hierzu fehlen vollständig. Doch aber die Ausbildung gar in einer Woche möglich wäre, ist nicht möglich und wohl in der Anfängling nur erwähnt, um Leute anzulocken, die glauben, gewissermaßen im Schnellzugtempo sich die Fertigkeiten des jetzt während des Krieges so stark begehrten Drehers anzueignen.

Einige in dieser Werkzeugfabrik beschäftigten „Lehrlinge“, die aber schon stark bei Jahren sind, zeigen auch, daß die Aussicht auf die Erlernung des Drehens innerhalb 8 Tagen in das Reich der Fabel gehört, denn sie sind schon länger als eine Woche dort beschäftigt, ohne auch nur die Elementarbefehle des Dreherberufes erfaßt zu haben.

Wertwändig bleibt trotz alledem, daß sich erwachsene Leute finden, die auf Ankündigungen, wie sie obiges Inserat enthält, hereinfallen. Wie die Tatsachen zeigen, haben sich tatsächlich einige Leute gefunden, die auf Grund des Inserats sich als Dreher ausbilden lassen wollen.

Wir möchten an dieser Stelle dringend warnen, auf solche Inserate einzugehen. Man kann dabei sein Geld verlieren ohne irgendwelche Vorteile dabei zu erlangen. Man kann höchstens um eine Erfahrung reicher werden, und das ist allerdings auch ein Vorteil.

Wer sein Geld nicht zum Fenster hinauswerfen will, beachte Inserate solchen oder ähnlichen Inhalts wie oben angegeben, nicht.

Arbeiterbildungsschule. Heute, Sonntag, den 16. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet der zweite Vortrag des naturwissenschaftlichen Vortragszyklus mit Lichtbildern statt. Genossin Käthe Duncker wird über die Kräfte der Gebirgsbildung und Ausgleitung, vor allem über die vulkanischen Erscheinungen sprechen.

Der Vortrag findet im Hörsaal der Schule, Lindenstraße 3, 4. Hof rechts, 3 Treppen statt. Der Eintrittspreis beträgt 10 Pf.

Abfahrt der ersten Valkanzüge.

Gestern früh haben, festlich erleuchtet und mit Kränzen und Fahnen geschmückt, die ersten Valkanzüge die Reichshauptstadt verlassen. Reges Leben herrschte auf den Bahnsteigen, wo zahlreiche Zuschauer mit stichtlicher Freude das Treiben in und am Zuge verfolgten. Neben Offizieren und ihren Angehörigen konnte man auch eine größere Anzahl sonstiger Reisenden in den Zügen beobachten. Der Minister der öffentlichen Arbeiten von Breitenbach bestieg den über die Stadtbahn fahrenden Valkanzug auf dem Bahnhof Zoologischer Garten, um ihn bis zum Bahnhof Friedrichstraße zu begleiten. In seiner Gesellschaft befanden sich neben einer Anzahl höherer Eisenbahnbeamten die Staatsminister Sydow, Dr. Lenzke und von Loebell.

auf dem Anhalter Bahnhof, an dem bekanntlich der über Wien fahrende Valkanzug abfährt, war in Vertretung der Staatsregierung der Direktor der Verkehrsabteilung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten Ministerialdirektor Franke in Begleitung des Präsidenten der königlichen Eisenbahndirektion Berlin und verschiedener anderer höherer Eisenbahnbeamten erschienen.

Selbstmord zweier Schwwestern. In einem Graben am Kleinen Zernsee bei Werder a. Havel wurde am Donnerstag eine weibliche Leiche und gestern wiederum eine solche gefunden. Es handelt sich um die Geschwister V. aus Schöneberg, 20 und 22 Jahre alt. Der Grund zu dem Selbstmord, der nach dem Leichenbefund zweifellos vorliegt, ist bisher auch den Eltern unbekannt geblieben.

Ein gefährlicher Kinderfreund treibt seit einiger Zeit in Moabit sein Unwesen. Mit ihm wird das Verschwinden zweier Schulfreunde, der zehnjährigen Lisbeth S. und der achtjährigen Hedwig G., in Verbindung gebracht, die beide seit gestern vermisst werden. Es handelt sich um einen fünfundsiebzigjährigen bis dreißigjährigen Menschen, der schon tagelang in der Nähe des Kleinen Tiergartens herumstreifte und Schulmädchen durch Versprechen von Süßigkeiten an sich zu locken versuchte. Gestern früh hielt er sich vor Schulbeginn vor der Richterischen Höheren Mädchenschule in der Wilsnader Straße 82 auf und belästigte die in den Hausflur tretenden Schülerinnen. Mehreren Mädchen versprach er Bonbons, wenn sie ihm folgten. Leider scheint es dem Unhold gelungen zu sein, zwei der Schülerinnen zu verschleppen. Der Posten, die unverzüglich be-

nachrichtigt wurde, ist es bis jetzt noch nicht gelungen, des Individuums habhaft zu werden. Nach den übereinstimmenden Schilderungen der Mädchen handelt es sich um einen schlanken, bartlosen Menschen, der einen schwarzen Mantel, dunkle Stiefel und schwarzen steifen Hut sowie einen Kneifer mit goldenem Rand trug. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß es sich um einen entpurrten Geisteskranken handelt.

Der Frauenmörder Hagen ist noch nicht nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht worden. Die Kriminalpolizei ermittelt immer noch wieder neue Zeugen, die den Verhafteten schmer belassen und seine Ausrede, er habe seine Geliebte mit deren Einverständnis getötet, widerlegen. Allen diesen Zeugen muß Hagen gegenübergestellt werden. Deshalb wird er einweilen noch im Einzelgewahrsam des Polizeipräsidenten behalten. Alles was der Beschuldigte über das Verhalten des Mädchens sagt, seinen Angaben von der Arbeitsstelle, seine Selbstmordgedanken usw., erweist sich als unwahr. Zu der Tötung selbst behauptet Hagen, seine Geliebte habe ihn, entgegen seinen Bedenken, ernstlich und dringend gebeten, sie umzubringen. Er habe sich lange geäußert, dann sei es aber plötzlich über ihn gekommen, es doch zu tun. Jetzt habe er ihr mit dem Daumen die Kehle zugegriffen, bis sie sich nicht mehr rührte. Sie habe nur ein paar mal die Arme bewegt, sich sonst aber gar nicht getraut. Vom Schreden gepackt habe er nach der Tat die Leiche erst liegen lassen. Erst später habe er sie in den Schrank gesteckt. Auf allen seinen Wegen habe er sich seitdem von der Polizei verfolgt geglaubt. Ueberall im Hause, auf der Treppe usw. habe er die Tritte und Stimmen der Verfolger zu hören geglaubt. Seiner Frau schrieb Hagen, daß er die Elise hinausgeschleift habe. Die Frau kam daraufhin einmal nach Berlin und übernachtete auch bei ihm in der Wohnung, ohne von dem Verbrechen eine Ahnung zu haben. Sie schlief in dem Bette, in dem er die Geliebte ermordet hatte, während deren Leiche noch im Kleiderstapel lag. Den Schlüssel zu diesem Behältnis hatte Hagen, wie er sagt, gleich weggeworfen. In Eileben will der Verhaftete bei der Weihnachtsfeier, die er mit seiner Frau und seiner achtjährigen Tochter verlebte, wie abwesend gewesen sein. Er habe immer teilnahmslos dagehungen. Die Angehörigen hätten ihn deshalb auch gefragt, was mit ihm sei. Er habe aber nur geantwortet, sie sollten ihn in Ruhe lassen. Auch das trifft alles nicht zu. In Eileben hat man Hagen nichts angemerkt. Zur Rückkehr nach Berlin, wo er seine Sachen ordnen zu wollen vorgab, erhielt er von seiner Frau das Geld. Er schlief dann weiter in der Wohnung. Von dem Verwesungsgeruch merkte er, wie er behauptet, nichts, weil er schnupfte. Jedemal, wenn er nach Hause gekommen sei, habe er erst nachgesehen, ob vielleicht jemand auf der Treppe sei und ob in der Wohnung Licht brenne. Erst wenn er sich überzeugt habe, daß es dunkel war, habe er sich beruhigt und die Wohnung aufgeschloßt.

Tödlicher Eisenbahnunfall.

Ein tödlicher Unglücksfall hat sich auf dem Rangierbahnhof Niederschöneweide zugetragen. Dort war der dreißigjährige Rangierer Hermann Schulze aus Adlershof mit dem Zusammenstellen eines Güterzuges beschäftigt. Als er einen von einer Lokomotive abgestoßenen Wagon mit feststehenden Wagen verbinden wollte, geriet er zwischen die Räder und erlitt eine so schwere Brustquetschung, daß er auf der Stelle starb.

Ein zweiter schwerer Eisenbahnunfall hat sich auf der Südringstraße ereignet. Zwischen den Bahnhöfen Hermannstraße und Tempelhof werden gegenwärtig Gleisverneuerungsarbeiten ausgeführt, bei denen auch der siebenjährige Arbeiter Fritz Rodas aus Niederschöneweide beschäftigt war. Als Donnerstagvormittag gegen 11 Uhr ein Güterzug aus der Richtung Neukölln herannahte, beachtete Rodas scheinbar nicht das Warnungssignal. Während die übrigen Arbeiter rechtzeitig sich in Sicherheit brachten, wurde der junge Mann von der Maschine des Zuges erfaßt und zur Seite geschleudert. Er erlitt einen schweren Schädelbruch und wurde in brennungslosem Zustande nach dem Neuköllner städtischen Krankenhaus geschafft.

Das Schwimmbad beim Volkshaus Oberberger Straße wird Donnerstag, den 20. Januar 1916, morgens 8 Uhr, wiedereröffnet. Damit sind sämtliche Schwimmbäder der städtischen Volksbadeanstalten wieder im Betriebe.

Drei Kinderleichen wurden gestern wieder aufgefunden. Die Leiche eines neugeborenen Knaben hinterließ eine Unbekannte in der Frauenbedürfnisanstalt in der Javalienstraße, gegenüber dem Hause 52. Sie war in Zeitungspapier eingewickelt. Die zweite Knabenleiche lag auf dem Grundstück Rankenfeldstr. 15 im Müllkasten. Die Leiche eines neugeborenen Mädchens fand man auf dem Flur des Hauses Fehlbeller Straße 28 hinter der Haustür.

Die älteste Berlinerin, Frau Witwe Heinrichs, ist gestern im Alter von 108 Jahren in ihrer Wohnung in der Zionskirchstraße sanft entschlafen. — Am Sonnabendnachmittag wurde der im Alter von 101 Jahren verstorbene Rentner W. Plau aus dem alten Georgenkirchhof, an der Friedenstraße am Königsstor, beigesetzt. Die städtischen Behörden hatten sich vertreten lassen.

Wegen der Bauarbeiten am Lindentunnel werden vom 17. d. M. ab die Linien 12, 18, 32 und 43 nicht mehr unmittelbar durch das Kastanienwäldchen, sondern durch die Straßen „Am Kupfergraben“ und „Dinter dem Viehhause“ geführt.

Kleine Nachrichten. Auf der Stadtbahn „gesiebert“ wurde ein Handlungsgehilfe aus der Stuttgarter Straße zu Charlottenburg. Er schlief in einem Nordringzuge, mit dem er von der Weisestraße über Schleisschen Bahnhof nach dem Grunewald fuhr, ein und erwachte erst an der Endhaltestelle. Jetzt entdeckte er, daß ihm die Brieftasche aus Schildebrübe gestohlen war. Sie enthielt 97 M. bares Geld und verschiedene Papiere. — Ein Hausdiesentäter wurde gestern in der Prudenstraße festgenommen. Dort wählte eine Dame in einem Zigarrengeschäft für einen Angehörigen Zigarren und Zigaretten aus und hielt dabei ihre Geldbörse in der Hand. Da kam ein Mann herein, kaufte für 5 Pf. Zigaretten, bezahlte sie, riß ihr das Portemonnaie aus der Hand und ergreift die Flucht. Auf die Hilferufe der Bezauberten legte der Gefangenenauffeher Spohr, der gerade aus dem Dienst kam, dem Flüchtigen nach, nahm ihn fest und brachte ihn nach der Wache.

Aus den Gemeinden.

Errichtung eines neuen Krankenhauses in Neukölln.

Das außerhalb der Berliner Stadt- und Ringbahn im Südwesten belegene Stadtgebiet Neuköllns bietet dem Besucher jetzt ein wesentlich anderes Bild als zu Anfang des Krieges. Seit dieser Zeit hat sich in dem genannten Stadtteil, der bekanntlich außer dem städtischen Armen- und Siechenhause keine öffentlichen Anstalten aufzuweisen hatte, insbesondere an dem nach Tempelhof führenden Mariendorfer Wege eine rasche Bautätigkeit entfaltet. Schon Anfang August v. Js. konnte die hier errichtete neue königliche Laubstammenanstalt ihrer Bestimmung übergeben werden. Inzwischen geht der diesem Institut gegenüber liegende Neubau der Brandenburgischen Provinzial-Gebammenlehranstalt seiner Vollendung entgegen, so daß Neukölln auch mit deren

Eröffnung um einen bedeutenden öffentlichen Bau reicher wird. Die genannten Anstalten werden aber in Kürze noch durch eine vierte ergänzt. Die Stadt Neulöbn hat befanntlich mit dem Mutterhaus der barmherzigen Schwestern vom Heiligen Karl Borromäus in Trier einen Vertrag geschlossen, wonach sich diese zur Errichtung eines modernen paritätischen Krankenhauses mit 600 Betten in Neulöbn verpflichtet. Das von der Stadtgemeinde zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellte annähernd 4 Hektar große Grundstück ist unmittelbar neben der Hebammenlehranstalt gelegen und bietet unter Berücksichtigung der großen Freiflächen der unmittelbar angrenzenden Gelände der beiden Anstalten sowie der Friedhöfe und des Tempelhofer Feldes für den geplanten Bau in Bezug auf ausreichende Luftzuführung die besten Vorbedingungen. Im übrigen ist bei der Projektierung der Anlage in jeder Hinsicht auf weitgehende Gestaltung des Geländes als Freiflächen zur Erholung der Kranken Wert gelegt. Da anstehende Kranke dem städtischen Krankenhaus in Budow überwiesen werden, soll von der Errichtung von Einzelgebäuden mit Ausnahme der Maschinen- und Kesselanlagen sowie des Leichenhauses abgesehen und das Krankenhaus im Korridor-system dreigeschossig errichtet werden. Der Haupteingang zum Krankenhaus befindet sich am Mariendorfer Weg. Für die Einteilung der zusammenhängenden Gebäudeanlage, die sich um die zentral liegende Kirche gruppiert, ist die Himmelsrichtung bestimmend. Alle Krankenzimmer sowie die dazwischen vorgelagerten offenen Terrassen und gedeckten Hallen liegen fast ausschließlich nach Süden. Die Baugruppe selbst wird gebildet aus dem parallel zum Mariendorfer Weg zu errichtenden 233 Meter langen Gebäudeteil der chirurgischen Abteilung, welcher durch einen Mittelbau von anderer Gestaltung betont, den Haupteingang erhält. An diesen Bauteil lagert sich, rechts vom Haupteingang nach dem Mariendorfer Weg zu, der Flügelbau des Verwaltungsgebäudes und am Ende nach der Straße 108a der des Arztwohnhauses vor. Parallel zu dem chirurgischen Gebäudeteil, in einer Entfernung von 52 Meter, ist in fast gleicher Länge wie dieser der Bauteil der medizinischen Abteilung angenommen. Beide Bauteile werden durch zwei Quersüßelbauten verbunden, die gleichzeitig in ihrer Mitte den Mittelpunkt der Gesamtanlage, die Kirche, begrenzen. Die Einteilung nach Geschlechtern geschieht derart, daß auf der westlichen Hälfte die Männerabteilung und auf der östlichen die Frauenabteilung angeordnet ist. Beide sind getrennt von den gemeinschaftlich zu benutzenden Verwaltungs- und Behandlungsräumen, sowie dem Wohnhaus der Schwestern.

Alle Abteilungen haben durch Gruppierung der Gebäudeteile und teilweise durch Mauern und Heden begrenzt, besondere Gärten. Ein gesonderter Gemüsegarten wird ebenfalls angelegt. In jeder Abteilung vermittelt ein Krankenfahrstuhl den bequemen Transport zum Erdgeschoss. An technischen Einrichtungen sind außer einer Wasser- und Dampfheizung sowie einer Elektrizitäts- und Gasversorgung, eine Vakuumreinigung sowie Fernmessereinrichtungen vorgesehen.

Parteiveranstaltungen.

Dritter Kreis. Am Sonntag, den 23. Januar, findet das 25jährige Stiftungsfest des Wahlvereins im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, statt. Billets à 80 Pf. sind bei den Bezirksführern sowie beim Kassierer Feldmann, Crantenstr. 180, zu haben.

Treptow-Baumischulenkweg. Die für Dienstag, den 18. Januar 1916, vorgelegene Mitgliederversammlung fällt umständehalber aus.

Nowawes. Mittwoch, den 19. Januar, abends 8^{1/2} Uhr, findet in Singers Volksgarten, II. Saal, die Versammlung des Wahlvereins statt. Vortrag des Genossen Dr. Nagel über: Der allgemeine deutsche Arbeiterverein.

Frauenveranstaltungen.

Schöneberg. Montag abend 9 Uhr findet in den Neuen Rathhäusern, Martin-Luther-Str. 69, eine öffentliche Frauenversammlung statt. Genossin Luise Sieg spricht über: Die Frauen und der Krieg.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Heute Sonntag, abends 7^{1/2} Uhr, bei Gentel, Weininger Straße 8: Vortrag des Herrn Sepp Dertter.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 490 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 4. Garde-Reg. 3. B. (f. Inf.-Reg. Nr. 98); Garde-Jäger-Batl. Gren., bezw. Inf., bezw. Füf.-Regiment Nr. 1 bis einschl. 5, 11, 12, 13, 16, 41 bis einschl. 45 (letzteres f. Gren.-Reg. Nr. 8), 47, 49, 51, 52, 54 bis einschl. 57, 59 bis einschl. 62, 64, 66, 69 (f. auch Garde-Jäger-Batl.), 70, 72, 74, 76, 77, 79, 82, 83, 84, 86, 87, 88, 90, 92, 93, 95, 97 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 60), 98, 99, 111 bis einschl. 116, 128, 131, 132, 135, 136, 138, 140, 141, 143, 146, 147, 149, 151 bis einschl. 157, 159, 161, 165, 166, 173, 175, 176, 184, 185, 186, 188, 189, 190, 190, 331, 334, 342. **Ref.-Inf.-Regiment Nr. 1,** 3, 7, 11, 12, 13, 49, 56, 59, 61, 64, 65, 67, 69, 76, 78 bis einschl. 83, 86, 87, 88, 90, 92, 93, 98, 99, 109, 110, 118, 203, 205, 207, 222 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 88), 224, 226, 228, 229, 232, 234, 235. **Landw.-Inf.-Regiment Nr. 3,** 4, 5, 9 bis einschl. 12, 15, 46, 48, 51, 53, 55, 56, 57, 65, 68, 76, 77, 83, 84, 93, 109, 110. **Brig.-Gr.-Batl. Nr. 78** (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 51). **Jäger-Bataillone Nr. 3,** 5, 6; **Ref.-Batl. Nr. 20.** **Radf.-Komp. Nr. 50;** **Inf.-Radf.-Komp. der 1. Kav.-Div.** **Reitungs-Maschinengew.-Abt. Diebenhofen;** **Feld-Maschinengew.-Jäger Nr. 20** (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 109), 79 (f. Inf.-Reg. Nr. 93), 94 (f. Inf.-Reg. Nr. 16), 274 (f. Jäger-Batl. Nr. 6).

Kavallerie: **Muirassiere Nr. 3;** **Dragoner Nr. 9,** 13, 17; **Ref.-Dragoner Nr. 7;** **Ulanen Nr. 7,** 9, 15; **Ref.-Ulanen Nr. 1.** **Kav.-Reg. Nr. 85.** **2. mobile Landst.-Escadron** sowie **1. Landst.-Gr.-Escadron** des 7. Armeekorps.

Feldartillerie: **7. Garde-Reg. Regiment Nr. 1,** 4, 6, 9, 10, 11, 15, 18, 22 bis einschl. 27, 31, 34, 37, 40, 41, 63, 75, 81, 82, 200; **Ref.-Regiment Nr. 7,** 15, 19, 21, 36, 51, 65; **Landw.-Reg. Nr. 2.** **Gebirgsartillerie-Batterie Nr. 1.**

Kuhartillerie: **Reg. Nr. 11.**

Pioniere: **1. Garde-Batl. Regiment Nr. 20,** 29, 30, 31; **Bataillone:** **I. Nr. 1,** I. Nr. 2, **Rr. 3,** I. Nr. 6, **II. Nr. 8,** I. Nr. 9, **I. Nr. 11,** I. Nr. 15, **I. Nr. 16,** I. Nr. 17, **I. und II. Nr. 27,** **I. Nr. 28.** **Gr.-Bataillone der Pionier-Bataillone Nr. 1,** 5, 8, 9, 27. **Pionier-Kompagnien Nr. 104,** 111, 248, 259; **Ref.-Kompagnien Nr. 44,** 82, 85; **1. Landw.-Komp. des 1., 2. des 14., 1. des 16. und 1. Landst.-Komp. des 11. Armeekorps.** **Pionier-Abteilungen**

des 1., 2. und 4. Kav.-Div. **4. Landst.-Pionier-Batt.-Komp. des 15. Armeekorps.** **1. Garde-Minenwerfer-Komp. Minenwerfer-Kompagnien Nr. 21 und 290.**

Armierungs-Bataillone Nr. 26, 28, 31, 33, 35, 62, 63, 64, 67, 69, 70, 73, 79, 81, 86, 88, 111, 115, 117. **Berichtigungen früherer Angaben.**

Liste Nr. 6 der aus Frankreich zurückgeführten preussischen Austauschgefangenen wird veröffentlicht.

Der Inhalt der jährlichen Verzeichnisse Nr. 241 wird mitgeteilt, deren Inhalt wir bereits angaben.

Briefkasten der Redaktion.

G. R. 21. Sie mühten durch Interventionen die Freigabe des Sohns erwirken. Da Ihre Schwester nur den einen verschleierten Gegenstand besitzt, muß der Wert das Spiegelbild freigeben. Der Wert kann aber Ihre Schwester durch Offenbarungszwang, Auskunft über ihre Vermögensverhältnisse zu geben. — **W. S. 1916.** 1. Wenden Sie sich mit einem Gesuch an den Landesdirektor der Provinz Brandenburg, in Berlin, Rathstr. 19/21. 2. Wenden Sie sich an den Grund der geliebten Marlen Ihres Ehemannes nur, wenn Sie zu zwei Drittel erwerbsunfähig sind. Reichen Sie einen Antrag unter Vorlegung der Entlassungsarten an das Versicherungsamt Berlin, Klosterstr. 65/67 ein. — **St. Lucretia.** Dafür ist keine bestimmte Grenze festgelegt.

P. W. 82. Vorläufig wird darauf keine erhöhte Rente gezahlt. — **R. S. 1891.** 1. Sie können den Betrag deshalb nicht vor Ablauf desselben lösen. 2. Der Wert kann nicht verpfändet werden, Sie selber können zu lassen. 3. Sie mühten die Baupolizei um ein Gutachten erlangen und eben auf Lösung des Vertrages klagen. — **Reichenborf 21. R.**

— **G. 10.** Sie können vom Wert Betrag für die Tax verlangen. — **Urtia 1909.** 1. und 2. R. — **S. 2. 666.** Wenn Ihnen schon in letzter Instanz das Erbschaftsrecht aberkannt ist, können Sie nichts weiter unternehmen. — **H. W. 90.** Reichen Sie Beschwerde an das Militär-Bureau des Magistrats Berlin, Klosterstr. 68, ein. — **W. R. 12.** Wenn der Wert nicht ausdrücklich auf die realistische Miete verzichtet hat, sind Sie verpflichtet, diese zu zahlen; event. kann der Wert erhebliche Sachen einbehalten. — **H. N. 108.** Sie müssen sich trotzdem zur Stammtafel melden. — **S. 28.** 1. Nachmusterung kann erfolgen. 2. Die Mitglieder der von Ihnen genannten Kapellen können nicht durch jeden Richter ersetzt werden. — **H. W. 77.** 1. Ja. 2. Die Veranlagungskommission stellt solche Formulare zu. — **P. W. 77.** Innerhalb eines Vierteljahres.

— **R. W. 100.** An die Direktion des hiesigen Straßenreinigungswesens, Berlin O. 2, Klosterstr. 68. — **R. 23. 69.** Bei der hiesigen Sparkasse. — **R. G. 50.** Können Sie erfahren im Bureau des Metallarbeiterverbandes, Liniestr. 82/85. — **S. C. 93.** Näheres kann Ihnen die Zentralkommission der Krankenkassen mitteilen, Meinerbergstr. 39/40. — **S. W. 117.** Bureau der hiesigen Straßenbahn, Berlin S. 61, Urbanstr. 167. Von der „Großen Berliner“ ist für Sie der nächste Bahnhof Treptow, Oststr. 111-114. — **G. S. 10.** Verheiratet. — **C. S. 77.** Das Gesetz datiert vom 9. Juli 1873 und trat am 1. Januar 1875 in Kraft. Die Ausgabe erfolgte schon im Jahre vorher. — **H. G. 16.** Bei den jetzigen vierfeldrigen Verordnungen wenden Sie sich mit beiden Fragen an Heßen an die Bahnverwaltung, Berlin, Schönberger Str. 4. — **H. P. 4.** Das erstere ist sowie als Herlagung eines Schieds oder dergleichen. Unter „Vortrag“ kann dasselbe gemeint sein. Jedoch versteht man darunter auch eine sogenannte „freie Rede“.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag. Vorwiegend trübe, mit wechsellagernden im Norden, besonders an der Küste vielfach starken Niederschlägen. Dazwischen zeitweise aufklarende. Dämrisch fortschreitende neue Abkühlung.

Inventur

= Ausverkauf

Stiller



Jerusalemstr. am Dönhoffplatz

Verkauf zu enorm billigen Preisen

nur

Henkel's Bleich-Soda

ist der beste und billigste Ersatz für Seife

Die Hälfte der Seife wird gespart, wenn die Wäsche vor dem Waschen in **Henkel's Bleich-Soda** in lauwarmem Wasser eingeweicht wird, denn **Henkel's Bleich-Soda** bewirkt ein schnelles Lösen aller Schmutzstoffe aus der Wäsche. Mithin wird das Waschen

und mit weniger Arbeit wird ebenso reine und weiße Wäsche erzielt.

wesentlich billiger

Henkel's Bleich-Soda ist das vorzüglichste Reinigungsmittel für Fußböden, Metall-, Holz-sachen und Küchengeräte, sowie beim allgemeinen Hausputz u. ist nur in Originalpackungen mit dem Namen **Henkel** und der Schutzmarke „LÖWE“

in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.



Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Am 6. September 1915 fiel auf dem Schlachtfelde unser Genosse
Reinhold Fatschild
Bezirk 26.
Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 2. Berl. Reichstagswahlkr.

Am 1. Januar starb im Lazarett der Arbeiter
Ernst Oschmann
Rauhenstr. 71, Bezirk 146 I.

Am 14. Dezember v. J. starb im Alter von 40 Jahren der
Küchelpolier
Friedrich Klamandt
Wiener Str. 35, Bezirk 108 I.

Am 5. Januar starb im Alter von 41 Jahren der Tischler
Waldemar Nehrig
Friedrichshofener Str. 37, Bezirk 304.
Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.

Am 3. November fiel der Steinbruder
Karl Krause
21 Jahre alt, Grenzstr. 16, 10. Wkt., Bez. 651.

Am 8. Januar fiel der 32-jährige Bauarbeiter
Paul Schwialkowski
Siemensstr. 15, 14. Wkt., Bezirk 706.

Zur Felde fiel der Schreiber
Willi Blume
29 Jahre alt, Christianiistr. 99, 19. Wkt., Bezirk 832.
Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 6. Berliner Reichstagswahlkr.

Zur Lazarett verstarb unser langjähriger Funktionär, der Arbeiter
Paul Altmann
Pannierstr. 16, 3. Bezirk.

Zur Felde fiel der Maurer
Karl Barkhold
Barthstr. 16, 16. Bezirk.

Zur Felde fiel der Gärtler
Otto Fischer
Kottbusser Damm 70/71, 1. Bezirk.

Zur Lazarett verstarb der Steher
Hermann König
Kogalstr. 20, 15. Bezirk.
Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirk Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

Hermann Born, Geschäftsdienner.
Reinhold Buller, Geschäftsführer.
Walter Engel, Geschäftsdienner.
Walter Georgi, Industriearbeiter.
Hermann Hinz, Stallmann
Hermann Lude, Geschäftsführer.
Hermann Lück, Vater.
Ludwig Maaß, Omnibuschauffeur.
Gustav Radzun, Expeditionsarbeiter.
Ernst Schaedel, Bierfahrer.

Ehre ihrem Andenken!

Die Bezirksleitung.

61/7

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigverein Berlin.

Im Felde sind folgende Kollegen gefallen:

Beerbaum, Otto, Maurer, Bezirk Neukölln
Glabe, Hermann, Malbepolier, Bez. Kranienb. Borst.
Laschke, Friedrich, Maurer, Bezirk Köpenick
Lusch, Ernst, Maurer, Bezirk Moabit
Peisker, Reinhold, Maurer, Bezirk Zehlendorf
Puphal, Hermann, Hilfsarbeiter, Bezirk Moabit
Radlow, Hermann, Maurer, Bezirk Neukölln
Sassin, Robert, Maurer, Bezirk Osten I
Sroka, Paul, Hilfsarbeiter, Bezirk Wedding
Stahn, Reinhold, Hilfsarbeiter, Bezirk Charlottenburg
Thomusheit, Friedrich, Fuhrer, Bez. Schöneberg
Tinius, Hermann, Einhalter, Bezirk Lichtenberg
Zimmermann, Johann, Kohrer, Bezirk Schöneberg

Ehre ihrem Andenken!

Die örtliche Verwaltung.

140/3

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß folgende Kollegen auf dem
Schlachtfelde gefallen sind:

August Borchardt, Gasanstalt Danziger Str.
Albert Schulz, Gasanstalt Schmargendorf.
Anton Bischof, öffentliche Beleuchtung.
Bernhard Albrecht, 3. Revier-Zuspektion.
Albert Kroll, Charlottenburg.

Wir werden ihnen ein ehrenvolles Andenken bewahren.

32/4

Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen Kollegen.

Bruno Barthel, Gärtler,
geb. 27. 3. 1887 Berlin.
Max Benzin, Schlosser,
geb. 2. 3. 1891 Berlin.
Paul Bunar, Mechaniker,
geb. 23. 9. 1880 Wilmersleben.
Alfred Dörfert, Werkzeugmacher,
geb. 7. 12. 1885 Berlin.
Wilhelm Eisermann, Metallarbeiter,
geb. 7. 8. 1878 Berlin.
Otto Fischer, Gärtler,
geb. 15. 3. 1882 Berlin.
Ernst Grauer, Schlosser,
geb. 17. 7. 1893 Tichtholz.
Otto Hanke, Schlosser,
geb. 27. 3. 1895 Friedrichshofe.
Walter Heinze, Schlosser,
geb. 2. 2. 1892 Glogitz.
Karl Kaaz, Schlosser,
geb. 25. 12. 1887 Medin.
Hermann König, Zinkgießer,
geb. 15. 6. 1878 Schlagentzlin.
Max Manthey, Metallarbeiter,
geb. 17. 7. 1889 Schöneberg.
Ernst Merschel, Schlosser,
geb. 29. 10. 1886 Zegel.
Wilhelm Plaschke, Schmied,
geb. 17. 3. 1885 Schmieditz.
Albert Richter, Maschinenarbeiter,
geb. 18. 8. 1896 Berlin.
Erich Riedelsberger, Schlosser,
geb. 13. 8. 1893 Berlin.
Heinrich Schuhmacher, Metallarbeiter,
geb. 16. 3. 1884 Leichlingen.
Reinhold Zühlke, Gießgießer,
geb. 1. 2. 1885 Neu-Anspach.

Ehre ihrem Andenken!

110/12

Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokr. Kreiswahlverein Niederbarnim.

Bez. Borsigwalde-Wittenau.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Barbier

Paul Jockisch

am 14. Januar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen
Montag, den 17. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, vom Trauerhause
aus statt.

Die Genossen treffen sich bei
Heiber.

1966 Die Bezirksleitung.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Infolge einer im Felde zu-
gegangenen Lungentuberkulose ver-
starb am 13. Januar 1916 unser
Kollege, der Steinmetz

Ewald Jahnke

Die Beerdigung findet am
Montag, den 17. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Berliner Zentral-Fried-
hofes in Friedrichshofe aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

171/1 Die Ortsverwaltung.

Max Helmig

83. Infanterie-Regiment

infolge Herzschwäche.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Nun ruhe sanft in Friedensland,
von uns nie vergessen im Heimat-
land.

1256

Deutscher Holzarbeiterverband.

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Modell-
tischler

Frans Ensmann

Stabstr. 35

im Alter von 41 Jahren ge-
storben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 18. Januar, nach-
mittags 11 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofes der Sebastian-
Gemeinde in Reinickendorf aus
statt.

Um rege Beteiligung ersucht

81/14 Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges starb

am 7. Januar 1916 im Lazarett

unser innig geliebter Sohn und

Bruder, der Kanonier

Albert Richter

(Fuhart-Batterie 601).

Dies zeigen tiefbetrübt an

Reinhold Richter) als Eltern.

Emma Richter) als Mutter.

Erna Richter als Bruder.

Was sind Hoffnungen —

was sind Entwürfe...

Friedrich Huhnfleisch

im 36. Lebensjahre.

Ein Andenken werden wir

stets in Ehren halten.

Die Kollegen und Kolleginnen

der Firma W. Grenlich.

Ruhe sanft in fremder Erde.

1245

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Zur Felde gefallen sind folgende Mitglieder:

Paul Hoffmann, Tischler, 44 Jahre alt.
Max John, Möbelpolierer, 30 Jahre alt.
Rudolf Loh, Tischler, 31 Jahre alt.
Waldemar Nehrig, Klavierarbeiter, 41 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

81/10

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.

22. Abt. Bez. 778.

Am Freitag, den 14. Januar,
verstarb unser Genosse, der Modell-
tischler

Franz Ensmann

Stabstr. 35.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 18. Januar, nach-
mittags 11 Uhr, von der Leichen-
halle des Sebastian-Kirchhofes in
Reinickendorf aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

127/8

Deutscher Buchhändler-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied,
der Kollege

Adolf Schönert

nach langem Leiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Montag,
den 17. Januar, nachmittags
3 Uhr, auf dem Heiligkreuz-
Kirchhof in Mariendorf statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

127/3

Verband der Sattler und Portefeullier.

Ortsverwaltung Berlin.

Den Kollegen hiermit zur Nach-
richt, daß am 5. d. M., im
Festungslazarett unser lang-
jähriges und treues Mitglied, der
Sattler

Friedrich Huhnfleisch

im Alter von 35 Jahren ver-
storben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

167/2

Auguste Quittschau

Charlottenburg, Hallerstr. 24.

Im hiesigen Felde ist im Rahmen
der Hinterbliebenen der trauernde
Gatte **F. Quittschau**.

Die Einsegnung findet Mitt-
woch 12 Uhr im Krematorium
Berchtholdstr. statt.

1296

Auguste Quittschau

Charlottenburg, Hallerstr. 24.

Im hiesigen Felde ist im Rahmen
der Hinterbliebenen der trauernde
Gatte **F. Quittschau**.

Die Einsegnung findet Mitt-
woch 12 Uhr im Krematorium
Berchtholdstr. statt.

1296

Als Opfer des Weltkrieges starb

am 7. Januar 1916 im Lazarett

unser innig geliebter Sohn und

Bruder, der Kanonier

Albert Richter

(Fuhart-Batterie 601).

Dies zeigen tiefbetrübt an

Reinhold Richter) als Eltern.

Emma Richter) als Mutter.

Erna Richter als Bruder.

Was sind Hoffnungen —

was sind Entwürfe...

Friedrich Huhnfleisch

im 36. Lebensjahre.

Ein Andenken werden wir

stets in Ehren halten.

Die Kollegen und Kolleginnen

der Firma W. Grenlich.

Ruhe sanft in fremder Erde.

1245

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

(B. u. G.) Berlin, Bezirk 10.

Am 14. Januar starb unser Mit-
glied

August Block

Lorvingstr. 19.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 18. Januar 1916,
nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Trauer-
hause aus nach dem Kirchhof der
Friedens-Gemeinde in Nordend
statt.

Um rege Beteiligung bitten

Die Ortsverwaltung.

257/8

Statt Karten.

Allen Freunden und Verwandten,
besonders den Kollegen sowie allen
Bereitsmitgliedern für die zahlreiche
Beteiligung an der Beerdigung
meines lieben Mannes meinen herz-
lichsten Dank.

127/3

Bitte **Lina Gutsche**,

Raunauerstr. 15.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme beim Hinscheiden meines un-
vergesslichen Mannes, Vaters, Sohnes
und Bruders sage ich hierdurch
allen Teilnehmern, insbesondere
Herrn Waldes Manasse für seine
trophreichen Worte, den Kollegen und
Kolleginnen der Maria-Werke, der
D. L. B. (Abteilung Schieferer) und
dem Wahlverein Neukölln (12. Be-
zirk) unseren tiefgefühlten Dank.

127/3

Witwe **Ida Schneider** nebst Töchtern
und Anverwandten.

1167/1

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und zahlreicher Kranz-
spenden beim Feingange unseres
teuren Entschlafenen

Adolf Mücke

sagen sich allen Verwandten, Be-
kanten, Freunden, Hausbesuchern
sowie der Wagenhändler-Bräuerel, Ab-
teilung I und II und seinen Kollegen
unseren herzlichsten Dank.

1312/1

Die trauernden Hinterbliebenen.

Ida Mücke geb. Schmiedt

nebst Tochter.

Kastanienstraße Nr. 19.

1312/1

Dankfagung.

Für die zahlreichen Beweise herz-
licher Teilnahme bei der Beerdigung
meines lieben Mannes

Bernhard Albrecht

sage ich hiermit allen Beteiligten
meinen herzlichsten Dank.

Frau Hedwig Albrecht.

1312/1

Enorm billige Preise!

Imprägn. wolene Mäntel . . . nur 14.50

„ seidene „ . . . nur 33.— u. 39.—

Gummimäntel in mehreren Farben . . . nur 28.—

Uster . . . Stück M. 8.90

Kashim . . . „ 12.50

Kostwärdige . . . „ 2.50

Garnierte wolene Mäntel . . . 12.50

Weiße Stickerkleider . . . 9.75

Morgensätze . . . 7.50

Büsten . . . 4.60

(Samt, Seide, Wolle, Taif)

Tricot-Anorak . . . Stück M. 3.90

Weißer Sticker-Unterrock . . . 3.25

Unterhosen . . . 0.79

Covercoat-Paletots . . . 19.51

Alpaka-Mäntel . . . 12.50

Woll-Mäntel . . . 12.50

Capas u. Havelocks Stück 7.50 u. 11.50

Sch- und Astracannmäntel spottbillig!

Peitzkragen über 50% ermäßigt.

Lodenkostüme Stück 12.50

Loden-Röcke . . . 5.90

Loden-Capes Stück 7.90

Loden-Paletots . . . 17.50

S. Klein

Berlin, Jerusalemer Strasse 44-45

Ecke Schützenstr.
Nähe Oberhoffplatz

Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

